

Wien, am Montag, den 3. Mai 1926

Die Haupttreffer der Reiselotterie. Bei der am 30. April abgehaltenen Ziehung der Reiselotterie des Wiener Jugendhilfswerkes entfiel der erste Haupttreffer auf die Nummer 289.774, der zweite Haupttreffer auf die Nummer 175.346 und der dritte Haupttreffer auf die Nummer 244.640. Ziehungslisten sind von Freitag an in allen Wiener Trafiken zu haben.

Die Pariser Gemeindeabordnung in Wien. Die Delegation des Pariser Gemeinderates hat auch am Freitag eine Reihe von städtischen Einrichtungen besichtigt. Unter Führung des Oberstadtbaurates Ingenieurs Hamann wurde der grosse städtische Fuhrhof in der Traisengasse besucht, wo ein Kehrzug vorgeführt wurde und auch die moderne Kehrichteinsammlung, sowie die Reparaturwerkstätte einer eingehenden Besichtigung unterzogen worden ist. Besonderes Interesse erregte bei den Gästen die Arbeit des Raupenschleppers, die auf den städtischen Kehrichtabladepätzen vor sich geht. Bei der Besichtigung der Gemeindefriedhofanlage in Kagran äusserten die Mitglieder der Delegation unverhohlen ihr Erstaunen über die Sauberkeit in den Wohnungen und anlässlich der Besichtigung der Wohnhausanlage Sandleiten, die ungefähr zweitausend Wohnungen umfassen wird, teilweise schon bewohnt, teilweise noch im Bau ist, lobten die Gäste die Anordnung der Stiegenaufgänge von den Höfen, wodurch die Kinder den Gefahren der Strasse entrückt sind. Die Mitglieder der Abordnung erklärten, dass sie fast in allen europäischen Staaten den Volkswohnungsbau studiert hätten, aber in Wien bei ihren Besuchen in städtischen Wohnhausanlagen wirklich die beste Lösung vorgefunden hätten, was scheinbar der seit Jahren planmässig betriebenen Grund- und Bodenpolitik der Gemeinde zuzuschreiben sei. Mit der Besichtigung des Amalienbades beschlossen die ausländischen Gäste das Programm am Freitag. Sie waren dann Gäste des Bürgermeisters bei einer Opernvorstellung. Am Samstag wurde das städtische Strandbad Gänsehäufel besucht, wobei insbesondere die Grösse der Anlage das Interesse der Delegation erregte. Die Abordnung wohnte auch der Maifeier vor dem Rathaus bei und wurde nachher von Bürgermeister Seitz empfangen, der in seiner Ansprache des liebenswürdigen Empfänges gedachte, den die Stadt Paris ihm und den übrigen Wiener Gemeindevertretern anlässlich der Kunstgewerbeausstellung in Paris bereitet hat. Nach einer Würdigung der grossartigen Regelung des Pariser Verkehrs und der Leistungen auf dem Gebiet des Volkswohnbaues sagte der Bürgermeister: Nun erweisen Sie uns, die hohe Ehre einer Studienreise nach Wien, dadurch bekunden Sie eine uns sehr ermutigende Anerkennung dessen, was Wien auf dem Gebiet des Wohnbauwesens, der Stadtverschönerung und der öffentlichen Fürsorge in den letzten Jahren geleistet hat. Es ist mir mitgeteilt worden, dass Sie von all dem, was Ihnen in diesen Tagen gezeigt wurde, sehr befriedigt sind und so dürfen wir hoffen, dass Sie von Wien die besten Eindrücke und vielleicht auch mancherlei Anregung mit sich in Ihre Heimat nehmen werden. Ihr Besuch geht aber über die Bedeutung einer blossen Studienreise weit hinaus. Ich erblicke vielmehr in Ihrem lieben Besuch auch einen Beweis dafür, dass das Bestreben, unter den Völkern freundschaftliche Beziehungen herzustellen, schöne Früchte getragen hat. Es ist jedenfalls ein Zeichen edelsten Friedensgesinnung, wenn unsere modernen Grosstädte gegenseitig die Erfahrungen, die sie auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens gewonnen haben, miteinander austauschen. Namens der De-

legation erwiderte der Vizepräsident des Generalrates des Seinedepartements Henry Grangier, der für die freundliche Aufnahme auf das herzlichste dankte und sagte, dass alle Mitglieder der Abordnung noch unter dem Eindruck der grossen Schöpfungen ständen, die von der Stadt Wien in so kurzer Zeit vollbracht worden sind. Wir werden in unserer Heimat die Erfahrungen, die wir in Wien gesammelt haben, nutzbringend verwerten. Insbesondere Ihre Wohnhausbauten können uns als Modelle dienen. Auch wir sind mit Ihnen einer Meinung, dass durch die Pflege der innigen Beziehungen zwischen den Stadtverwaltungen die Solidarität der Völker wiederhergestellt werden wird. Schliesslich sprach sich Vizepräsident Grangier noch bewundernd über die imposante Kundgebung vor dem Rathaus aus, wobei er auf die Disziplin verwies, die bei dem Aufmarsch der Massen bekundet wurde. Ein solches Volk, meinte der Redner, ist würdig seiner Freiheit und würdig der kulturellen Schöpfungen, die die Stadtverwaltung im Interesse der breiten Massen vollbringt.

Die Gäste machten dann noch eine Rundfahrt auf den Höhenstrassen von Wien und hatten so Gelegenheit das gewaltige Luftreservoir der Stadt kennen zu lernen, besuchten Schönbrunn und wohnten am Abend der Festbeleuchtung des Rathauses bei. Am Sonntag verliessen die Pariser Gäste Wien.

Eine Lehrlingsfeier im Josefstädter Waisenhaus. Die Gemeinde Wien führt gegenwärtig zwei Lehrlingsheime, in denen mehr als 170 Pflinglinge untergebracht sind. Auch der Wiener Fortbildungsschulrat besitzt zwei Heime mit mehr als 120 Lehrlingen. Am Sonntag wurde nun versucht, diese Lehrlinge und auch Lehrlingmädchen anderer Anstalten zu einer Feier zu versammeln, die im grossen Festsaal des Josefstädter Waisenhauses abgehalten wurde. Der Saal war überfüllt. Unter der Leitung Professors Bentz und Marianne Piringer wurde ein reichhaltiges ernstes und heiteres Programm abgewickelt, wobei vor allem ehemalige Pflinglinge vom Lehrlingmädchenheim in Neulengbach mitwirkten. An dem frohen Fest der Lehrlinge nahmen auch der städtische Wohlfahrtsreferent Stadtrat Professor Tandler und der Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glückel, die Gemeinderätinnen Bartisal und Bock teil, die von dem Anreger der Veranstaltung Direktor Marianek begrüsst wurden. Stadtrat Professor Tandler richtete namens der Gemeindeverwaltung einige herzliche Worte an die Anwesenden, wobei er vor allem betonte, dass die Gemeinde Wien bestrebt ist, der schulentwachsenden Jugend eine besondere Fürsorge angedeihen zu lassen und ihr nach den harten Tagen der Arbeit auch einige Stunden Freude und Frohsinn bereiten will. Diese Feier soll erst der Anfang sein; ihr werden bald weitere folgen.

Wien, am Dienstag, den 4. Mai 1926

Eine neue städtische Dienstvermittlungsstelle. Die Gemeinde Wien führt gegenwärtig vier Dienstvermittlungsstellen, die in der Inneren Stadt (Landesgerichtstrasse 8), auf der Landstrasse (Hauptstrasse 98) in Mariahilf (Gumpendorferstrasse 106) und in Rudolfsheim (Lehnergasse 8) untergebracht sind. Im Jahre 1925 wurden von diesen vier Stellen insgesamt 6195 Vermittlungen durchgeführt, wobei die Vermittlung in der Gumpendorferstrasse mit 1926 Fällen an erster Stelle steht. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise bringt es mit sich, dass viele Fabrikarbeiterinnen, die bereits längere Zeit beschäftigungslos sind, Hauspersonalposten suchen und dass auch sonst der Zuzug zur hauswirtschaftlichen Arbeit stärker geworden ist. Die Gemeindeverwaltung wird daher eine neue Dienstvermittlungsstelle auf der Wieden (Rechte Wienzeile 1) eröffnen. Diese Stelle ist wegen ihrer Nähe zum Naschmarkt, wo immer ein grosser Verkehr von Dienstgebern und Dienstnehmern sich abwickelt, sehr vorteilhaft gelegen und dürfte sich eines überaus grossen Zuspruches erfreuen. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Weber hat der städtische Finanzausschuss beschlossen, für die notwendigen Adaptierungsarbeiten 8500 Schilling zu bewilligen. Mit diesen Arbeiten wird sofort begonnen werden, so dass in kürzester diese neue Dienstvermittlungsstelle ihre Tätigkeit aufnehmen wird können.

Die Burgtheaterausstellung im Rathaus. Die von der Direktion der Städtischen Sammlungen anlässlich des Burgtheaterjubiläums im Historischen Museum der Stadt Wien veranstaltete Ausstellung "Burgtheatermitglieder von einst und jetzt", die wegen des allgemeinen Interesses bereits einmal verlängert worden ist, bleibt bis einschliesslich Sonntag zugänglich. Es gelten die für die Städtischen Sammlungen festgesetzten Besuchszeiten. Zugang von der Feststiege II.

Die Wiener Sterblichkeit im März. In Wien sind im März insgesamt 3015 Personen gestorben; an der Spitze stehen mit 459 Todesfällen die Krankheiten der Kreislauforgane. Im erwerbsfähigen Alter standen 51 Prozent, im schulpflichtigen Alter 1'2 Prozent, im Kleinkindesalter 11'6 Prozent und im Säuglingsalter 3'8 Prozent aller Verstorbenen. Im Greisenalter starben 36 Prozent aller im März in Wien Verstorbenen. Das weibliche Geschlecht war mit 52'3 Prozent an der Gesamtsterblichkeit beteiligt. Im März 1925 sind in Wien 2245 Personen gestorben und im Februar 1926 betrug die Zahl der Todesfälle 2125.

Die Kunstpreise der Stadt Wien. Die zur Bewerbung um die Kunstpreise der Stadt Wien eingebrachten Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst können in der Zeit vom 9. bis 31. Mai an jedem Wochentag von 8 bis 11 Uhr in den Städtischen Sammlungen im Neuen Wiener Rathaus, Stiege IV, erster Stock gegen Rückgabe der Empfangsbestätigung abgeholt werden. Werke, die nach diesem Termin vom Bewerber nicht rückübernommen werden, müssen auf Kosten und Gefahr des Eigentümers durch die Post zugestellt werden.

Schülerfahrtbegünstigungen auf der Strassenbahn. Für das kommende Schuljahr können schon jetzt die Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen auf den städtischen Strassenbahnen eingereicht werden. Diese Ansuchen werden bestimmt in den Ferienmonaten erledigt, so dass dann zuverlässig die Kinder bei Beginn des neuen Schuljahrs die Fahrtermässigung erhalten. Später einlangende Ansuchen können nicht zeitgerecht erledigt werden. Die Formulare für die Einreichung sind bei allen Fahrscheinverkaufsstellen zu haben.

Wien, am Mittwoch, den 5. Mai 1926

.....

Gesuche um Anstellungen bei der Gemeinde Wien. Die Industrielle Bezirkskommission hat an die Wiener Gemeindeverwaltung eine Zuschrift gerichtet in der mitgeteilt wird, dass viele Arbeitslose die ihnen zugewiesenen Stellen mit der Begründung ablehnen, dass sie bei der Gemeinde Wien für einen Posten vorgemerkt seien. Diese Mitteilung veranlasst die Personalabteilung der Gemeinde Wien nochmals öffentlich darauf aufmerksam zu machen, dass eine Vormerkung bei der Gemeinde nicht nur keinen Anspruch, sondern auch nur äusserst geringe Aussichten auf eine Anstellung eröffnet. Die Aufnahmemöglichkeiten bei der Gemeinde Wien sind ausserordentlich schlechte. Es wäre daher ganz gegen das Interesse der Aufnahmewerber, wenn sich bei Ihnen der Glaube festsetzen würde, dass sie auf eine Anstellung bei der Gemeinde Wien rechnen können und wenn sie aus diesem Glauben heraus andere private Posten ablehnen würden. Die Gemeindeverwaltung macht mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, dass für Beamte im Gemeindedienst überhaupt eine fast lückenlose Aufnahmssperre besteht und dass auch Aufnahmen von manuellen Arbeitern in den städtischen Unternehmungen nur in sehr seltenen Fällen vollzogen werden können. Dabei muss auch ausdrücklich auf die Altersbestimmungen hingewiesen werden, die bei der Gemeinde so wie bei den Eisenbahnen und bei der Post gehandhabt werden müssen, weil sie im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Pensionskasse stehen. Es ist daher allen bei der Gemeinde Wien um eine Stelle Vorgemerkten dringend anzuraten, dass sie, wenn ihnen eine private Arbeitsmöglichkeit vorgeschlagen wird, zugreifen und nicht auf die äusserst unsichere Einberufung in den Gemeindedienst warten.

.....

Die Wählerlisten für die Arbeiterkammerwahl. Nach der Wahlordnung der Kammern für Arbeiter und Angestellte werden die Wählerlisten für die Wahlen in die Sektionen der Arbeiter und Angestellten in Wien in den Amtsräumlichkeiten der Bezirksvorstehungen vom 8. Mai angefangen bis einschliesslich 28. Mai an den Wochentagen Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr, an Samstagen von 8 bis 16 Uhr und an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 9 Uhr zu allgemeiner Einsicht aufgelegt. Innerhalb dieser Frist ist jedermann, gleichviel ob er das Wahlrecht besitzt oder nicht, also auch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten, berechtigt, Einsprüche gegen die Aufnahme angeblich nicht Wahlberechtigter oder gegen die Nichtaufnahme angeblich Wahlberechtigter, zu erheben. Auch kann die Einreihung eines in die Wählerliste eines Wahlkörpers aufgenommenen Wahlberechtigten in die Liste eines anderen Wahlkörpers verlangt werden. Die Einsprüche sind nach Betrieben gesondert mündlich oder schriftlich einzubringen.

.....

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amstführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Josef und Pauline Frumm, Matthias und Antonie Kaiser, Friedrich und Maria Schlerka und Johann und Ernestine Schwanzer anlässlich ihrer Goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

.....

Eine neue städtische Schülerherberge. Am Freitag um 11 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die neue Schülerherberge des Stadtschulrates in der Leopoldstadt, Untere Augartenstrasse 3, im Beisein der Mitglieder des Gemeinderates und der Vertreter der Presse eröffnen.

.....

Wien, am Mittwoch, den 5. Mai 1926. Zweite Ausgabe

Die Wohnbausteuer ist auch von einem vereinbarten Mietzins zu zahlen!Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes

Sechs Mieter eines Hauses in der Josefstadt hatten dem Hauseigentümer für die Berechnung des gesetzlichen Mietzinses nach dem Mietengesetz freiwillig höhere Beträge zugestanden als die im August 1914 vereinbart gewesenen Mietzinse. Diese um fünfzig Prozent gegenüber den Mietzinsen des Jahres 1914 erhöhten Mietzinsgrundlagen wurden in der Wohnbausteuererklärung für das Jahr 1923 als Bemessungsgrundlage für die Wohnbausteuer einbekannt und von den Mietern auch mit ihrer Unterschrift bestätigt. Der Magistrat hat dann die Steuer von diesen Beträgen bemessen. Nach den Bestimmungen der zweiten Wohnbausteuernovelle musste der Hauseigentümer eine neue Wohnbausteuererklärung abgeben. Hier wurden wieder die gleichen Beträge für die Berechnung der Wohnbausteuer eingesetzt, doch verweigerten die Mieter ihre Unterschrift. Der Magistrat hat aber die Wohnbausteuer von den höheren Beträgen bemessen, die die sechs Mieter freiwillig dem Hausbesitzer zugestanden hatten. Eine dagegen bei der Beschwerdekommision eingebrachte Eingabe wurde abgewiesen, worauf die sechs Mietparteien den Verwaltungsgerichtshof anriefen. Der Vertreter des Wiener Magistrats Obermagistratsrat Dr. Urban erklärte bei der Verhandlung, dass darin, dass die Parteien dem Hauseigentümer freiwillig höhere Mietzinse zugestanden haben, anerkannt worden ist, dass die im August 1914 gezahlten Mieten zu niedrig und daher nicht ortsüblich waren. Der Magistrat führte auch kein Parifikationsverfahren durch, weil die Richtigkeit der einbekannten Mietzinse von den Mietern selbst durch ihre Unterschrift in der Wohnbausteuererklärung anerkannt war. Der Verwaltungsgerichtshof hat die Beschwerden als unbegründet abgewiesen, weil durch die Steuererklärung vom Jahre 1923 durch die Mieter selbst eine Steuerbemessungsgrundlage geschaffen wurde. Die zweite Wohnbausteuernovelle verfügt, dass die Bemessungsgrundlage für die Zuschläge genau dieselbe bleibt wie für die bisherige Steuer. Wenn daher die bisherige Bemessungsgrundlage unter Mitwirkung der Mieter selbst festgestellt worden war, war kein Anlass für den Magistrat vorhanden, die Grundlage für die Bemessung der Steuer neu festzustellen.

Die elektrische Strassenbeleuchtung. In Durchführung des Programmes für die Umwandlung der bestehenden Gasbeleuchtung in elektrische Beleuchtung werden

nummehr auch in Meidling der Gaudenzdorfergürtel, die Grünberggasse, die Zenogasse und Tivoligasse, in Ottakring die Habichergasse und Lindauer gasse und in Währing die Gersthofstrasse von der Station Gersthof der Stadtbahn bis zur Scheibenberggasse und die Herbeckstrasse von der Gersthofstrasse bis zur Scheibenberggasse elektrisch beleuchtet werden. Die Arbeiten mit denen sofort begonnen werden wird, erfordern eine Ausgabe von 92.000 Schilling.

Wien, am Donnerstag, den 6. Mai 1926

Neue städtische Wohnhausanlagen.Fünfhundert Wohnungen. 7¼ Millionen Baukosten.

Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Siegel hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten wieder eine Reihe von Entwürfen für die Errichtung von städtischen Wohnhausbauten genehmigt. In der Leopoldstadt wird nach den Plänen des Architekten Leopold Schulz in der Mari nelligasse, Ecke Taborstrasse, ein städtische Neubau errichtet werden, der 52 Wohnungen, von denen mehr als die Hälfte aus einem Zimmer, einer Kammer, Küche und Vorraum bestehen wird, enthält. Auf der Landstrasse wird der von der Gemeinde in den Jahren 1922 bis 1923 erbaute Erdbergerhof in der Dittrichgass Ecke Drorygasse, durch einen Anbau, enthaltend 75 Wohnungen, vergrössert werden. Die Entwürfe stammen von dem Architekten Bruno Richter. Ferner wird in der Schlachthausgasse nach den Entwürfen der Architekten Arthur Berger, Jose Berger und Martin Ziegler, eine städtische Wohnhausanlage mit 137 Wohnungen, acht Geschäftslokalen und einem Exedit der Strassenbahn, erbaut werden. In Favoriten wird in der Hasengasse ein Gemeindeneubau mit 17¼ Wohnungen errichtet; die Pläne stammen von dem Architekten Georg Rupprecht. In Simmering westlich von der Kaiser Ebersdorfer Artilleriekaserne, baut die Gemeinde nach den Entwürfen des Stadtbauamtes ein Wohnhaus mit 36 Wohnungen. Schliesslich werden noch in Währing zwei Wohnhausbauten errichtet werden. Ein Bau ist in der Gentzgasse, wird 18 Wohnungen und zwei Geschäftslokale enthalten. Die Pläne wurden von Architekten Ludwig Schöne entworfen. Der zweite Bau ist ein Zubau zu der schon bewohnten Anlage in der Kreuzgasse-Antonigasse, wird 13 Wohnungen und zwei Geschäftslokale zählen und dürfte in kürzester Zeit vollendet werden. Insgesamt enthalten die erwähnten Wohnhausanlagen 509 Wohnungen. Die voraussichtlichen Baukosten betragen 7,404.000 Schilling.

Anlässlich der bereits vollzogenen Vermietung der grossen städtischen Wohnhausanlage in Favoriten auf dem Quarinplatz, wird Bürgermeister Seitz am Sonntag um 11 Uhr vormittags die feierliche Eröffnung vornehmen.

Am Sonntag Festbeleuchtung des Rathauses. Zum Empfang der am Sonntag abends in Wien ankommenden dreihundert amerikanischen Hoteliers wird das Rathaus festlich beleuchtet werden. Beginn 10 Uhr abends.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Für das Schuljahr 1926/27 werden schon jetzt Einschreibungen entgegengenommen. Es werden einjährige Lehrkurse an der Hauswirtschaftsschule für Mädchen von vierzehn bis sechzehn Jahren und an der Haushaltungsschule für Mädchen (Mindestalter sechzehn Jahre), abgehalten. Auskünfte täglich von 10 bis 1¼ Uhr, Samstag von 10 bis 13 Uhr in der Kanzlei in Mariahilf, Brückengasse 3, oder in der Zweigstelle auf der Landstrasse, Petrusgasse 10.

Eröffnung einer städtischer Schülerherberge. Am Freitag um 11 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die neue städtische Schülerherberge in der Leopoldstadt, Untere Augartenstrasse 3, im Beisein der Mitglieder des Gemeinderates und der Vertreter der Presse feierlich eröffnen.

Wien, am Freitag, den 7. Mai 1926

Die neue Schülerherberge der Stadtschulrates.

Eröffnung durch den Bürgermeister.

In den letzten Jahren unternahmen wiederholt Schulklassen aus den verschiedenen Bundesländern mit ihren Lehrpersonen Ausflüge nach Wien, um an Ort und Stelle das Leben der Grosstadt kennen zu lernen, Museen, Sammlungen, Baudenkmäler und technischen Anlagen, zu besichtigen. Oft waren diese Reisen unzulänglich vorbereitet; Unterkunft und Verpflegung der Kinder waren zu geringen Preisen fast nicht zu haben und manchmal mussten Lehrwanderungen ohne ihr Ziel erreicht zu haben, abgebrochen werden. Um diesen Uebelstand abzuheben, hat der Stadtschulrat für Wien im Jahre 1923 in der Inneren Stadt in der Johannesschule eine Schülerherberge errichtet, die sich aber bald als zu viel zu klein erwies. Schliesslich konnte die Zahl dieser Herbergen auf sieben erhöht werden. In diesem Jahre besuchten bereits 102 Gruppen mit 2695 Schulkindern Wien, von denen neun Zehntel die Stadt überhaupt noch nicht gesehen hatten. Da diese Herbergen in den verschiedensten Stadtteilen lagen und dadurch alle Nachteile einer Dezentralisation empfindlich spürbar waren, wandelte der Stadtschulrat das Schulgebäude in der Untere Angartenstrasse 3 in eine allen Anforderungen der Hygiene und Wohnlichkeit entsprechende Schülerherberge um.

Heute mittags wurde nun die neue Einrichtung feierlich eröffnet. Im geräumigen Schulhof hätten sich bereits die ersten Gäste für das neue Heim, Schulkinder aus Bad Aussee und Salzburg eingefunden. Bürgermeister Seitz, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, in Vertretung des Unterrichtsministers Sektionschef ^{Landesrat Helmer} Pohl, alle amtsführenden Stadträte, die meisten Mitglieder des Stadtschulrates, viele Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretung nahmen an der Feier teil, die von einem Schülerorchester der Knabenbürgerschule Sterneckplatz mit Mozarts "Figaros Hochzeit" eröffnet wurde. Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel begrüßte die Gäste und verwies in launigen Worten darauf, dass in die Schule, die im Jahre 1801 errichtet und nunmehr in eine Schülerherberge umgewandelt wurde durch fünf Jahre Bürgermeister Seitz als Lehrer gewirkt hat und dass auch Stadtrat Breitner diese Schule besuchte. Nunmehr werde das Gebäude, das durch einviertel Jahrhunderte Schulzwecken diene, einem anderen Zweck zugeführt, der aber innig mit der Schulreform zusammenhängt. Die Schulreform führt die Kinder aus der Enge der Klasse heraus in die weite Welt. Mit Hilfe der Elternvereine und der Lehrerschaft, die sich in besonders anerkennenswerter Weise in den Dienst dieser Sache stellt, werden am Schulschluss Schülerreisen unternommen, die unsere Wiener Kinder vor allem in die Alpenländer führen. In den Bundesländern geht das Sehnen der Kinder wieder dahin, die Grosstadt zu sehen. Um diesen Kindern eine geeignete Unterkunft zu bieten, ist dieses Heim errichtet worden. Auch hier gebührt der Lehrerschaft für ihre tätige Mitwirkung herzlicher Dank. Dank gebührt auch dem Unterrichtsministerium, das diesen Schulkindern den Besuch der Staatstheater ermöglicht und Dank muss auch der Gemeindeverwaltung gezollt werden, die für billiges Essen, ordentliches Wohnen, Strassenbahnfahrten usw. sorgt. Von Jahr zu Jahr steigt die Zahl der Schulkinder, die

aus den Bundesländern nach Wien kommen. Es ist nicht uninteressant zu wissen, aus welchen Ländern die meisten Besuche kamen. Aus dem Burgenland sind im vergangenen Jahr 20 Gruppen, aus Niederösterreich 34 Gruppen, aus Oberösterreich eine Gruppe, aus Salzburg 6 Gruppen, aus Steiermark 14 Gruppen, aus Kärnten zwei Gruppen und aus Tirol drei Gruppen nach Wien gekommen. Aus dem Ausland ist der Besuch gleichfalls sehr reger. Es kamen aus Deutschland 53 Gruppen, aus Ungarn 13 Gruppen, aus Jugoslawien zwei Gruppen, aus der Tschechoslovakei 13 Gruppen, aus Polen, Dänemark und Holland je eine Gruppe. Die Lehrerschaft hat das neue Heim so wohnlich als nur möglich ausgestattet. Unter Leitung des Professors Rothe sind wahrhaft künstlerische Wandmalereien in den Schlaf- und Speisecälen entstanden, sodass mit vollem Recht wieder von einem Stück Aufbauarbeit gesprochen werden kann, das von der Gemeinde Wien geleistet worden ist. Präsident Glöckel dankt schliesslich noch dem Oberlehrer Ronge, der sich als Herbergvater am meisten um das Zustandekommen und die Durchführung der Einrichtung der Schülerherbergen bemüht hat und es freue ihn mitteilen zu können, dass das Unterrichtsministerium auf Vorschlag des Stadtschulrates ihm den Direktortitel verliehen habe. (Lebhafter Beifall). Ich bitte nun den Herrn Bürgermeister das neue Heim zu eröffnen.

Namens der auswärtigen Schulkinder sprach der Direktor der Bürgerschule in Bad Aussee Grassmugg der Gemeinde Wien und dem Stadtschulrat für diese vorbildliche Fürsorge den herzlichsten Dank aus. Die Aussiger Schulkinder haben das ganze Jahr gespart und nicht ein Kind ist zurückgeblieben. Wir wollen unsere Kinder mit all den kulturellen Einrichtungen Wiens vertraut machen und all jenen, die uns dabei helfen, gebührt herzlicher Dank.

Das Schulkinder Anna Giler begrüßte nun die auswärtigen Schulkinder und den Bürgermeister mit einem sinnigen Gedicht, worauf die Singklasse der Mädchenbürgerschule Staudingergasse drei Volkslieder vortrug, die lauten Beifall fanden.

Hier folgt die Rede des Bürgermeisters. Sie ist auf dem zweiten Bogen enthalten.

Nach der Rede des Bürgermeisters führten fünf Knaben und fünf Mädchen der Bürgerschule in Bad Aussee den "Ausseer Steirertanz" vor, dem Ausseer Lieder und Jodler folgten. Schliesslich trug das Schülerorchester und der Knabenchor der Bürgerschule Sterneckplatz Johann Strauss' prächtigen Walzer "An der schönen blauen Donau" vor, der allgemeinen Beifall fand.

Der Bürgermeister und die übrigen Gäste traten nun den Rundgang durch das Gebäude an. Der Eingang ist mit zwei duftig gemalten Bildern des Bürgerschullehrers Adolf Müllner geschmückt. Alle Räume darunter zehn Schlafräume mit zusammen 180 Betten, zwei Tag- und Speiseräume, ein Krankenzimmer, eine Küche, eine Brausebad, ein Wirtschaftsraum, eine Kanzlei, haben, wie es gewöhnlich in Massenunterkünften üblich ist, gar nichts kasernenmässiges an sich. Bilder zieren die hell getünchten Wände und die Vorhänge an den Fenstern dämpft das grell einfallende Tageslicht. Alles strahlt vor Freundlichkeit und Sauberkeit. Die Herberge ist nahezu ganz besetzt und es ist erfreulich, wie fürsorglich die Kinder ihre Sachen in Ordnung halten.

Nach der Besichtigung sangen die Kinder im Schulhof frische Lieder, womit die Feier beendet wurde.

Rede des Bürgermeisters anlässlich der Eröffnung der
Schülerherberge :

Bürgermeister Seitz lebhaft begrüsst, sagte: Es ist ein schöner Gedanke, die Kinder von ganz Oesterreich zu einander in Beziehung zu bringen, sie ihr Vaterland schauen zu lehren, die einen aus den einfachen ländlichen Verhältnissen in die grosse Stadt und die Kinder der Grosstadt in die Länder hinaus zu führen, ist ein wunderschöner Gedanke.

Eine solche Herberge ist zunächst nur ein Instrument gegenseitiger Hilfeleistung. Wenn wir aber die Sache ausbauen, wird sie zu einer sehr nützlichen Bekundung der Solidarität der Länder. Ein Redner hat von der Kluft gesprochen, die früher einmal zwischen den Ländern und Wien bestanden hat. Aber die Zeit, wo man von dem "Wasserkopf" Wien sprach, wo man den Grundsatz propagierte, dass die in jedem Land eingehobenen Bundessteuern auch nur für das betreffende Land verwendet werden dürfen, ist längst vorüber. Man hat erkannt, dass Wien ein starker Aktivposten im Staate ist, dass die der Bevölkerung von Wien abgenommenen Bundessteuern wichtige, ja geradezu unerlässliche Zuschüsse zur Verwaltung anderer Länder sind. Wir Wiener sind nicht nachträglich und kleinlich. Wir freuen uns der Entwicklung und haben alles Böse vergessen, ja wir sind uns der Pflicht bewusst, die die Grosstadt gegenüber der Gesamtheit hat. Der Gedanke der Zusammengehörigkeit soll sich immer mehr vertiefen; er muss schon den Kindern anezogen werden, sie sollen sich als Oesterreicher mit gemeinsamen Interessen fühlen. Wir sehen eine Entwicklung des Schulwesens wie wir sie uns nie geträumt haben und die prächtigen Darbietungen der Kinder von auswärts und von Wien, die wir hier gehört haben, zeugen für den ungeheuren Fortschritt unseres Schulwesens. Das alles war nur möglich, dank der Tüchtigkeit der Lehrpersonen und der Begeisterung der Eltern, die erkannt haben, dass uns nur geholfen werden kann, wenn wir unsere Kinder zu kenntnisreichen, tüchtigen Menschen erziehen. Die Stadt Wien grüsst alle ihre kleinen Gäste von auswärts aufs herzlichste. Sie sind uns willkommen und wir hoffen, dass unsere Kinder bei ihnen draussen dieselben Sympatie finden. Wir wünschen, dass ihnen die Stadt Wien gut gefalle und dass ihnen der Besuch der Grosstadt/ihr Leben in Erinnerung bleibe. Somit erkläre ich die Herberge für eröffnet. (Lebhafter Beifall)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

144

Wien, am Freitag, den 7. Mai 1926. Zweite Ausgabe.

WIENER GEMEINDERAT

als

LANDTAG

Sitzung vom 7. Mai 1926.

Dr.
Präsident Danneberg eröffnet um 4 Uhr nachmittags die

Sitzung.

St. R. Richter berichtet über die Gesetzesvorlage, durch die die Heimatrechtstaxen neu geregelt werden. Durch die dritte Finanzverfassungsnovelle wurde bestimmt, dass bei der Festsetzung irgend welcher Gebühren ein Höchstausmass festzulegen ist, nicht mehr aber eine Abstufung in Prozenten erfolgen darf. Ein solches Höchstausmass war bisher nicht festgesetzt, es wurde vielmehr nach dem Einkommen, nach dem Aufenthalt die Heimatrechtstaxe berechnet. Um diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, wird die Tabelle, wie sie im Jahre 1923 festgesetzt wurde, aufgehoben, die Beträge von 1¹/₄ bis 5 Schilling gestrichen, eine Abrundung der Groschen nach unten und oben vollzogen und schliesslich bestimmt, dass der Gesetzentwurf rückwirkend mit 1. Jänner 1926 in Kraft zu treten hat.

G. R. Doppler (chr. soz.) bringt neuerlich den Wunsch der Minderheit zum Ausdruck, dass im Amtsblatt die Namen der Personen aufgeführt erscheinen, an die die Verleihung des Heimatrechtes erfolgt ist. Es habe sich in den letzten Jahren eine Methode herausgebildet, einerseits ausländischen Studenten das Heimatrecht zu verleihen und ihnen so eine niedrigere Inskriptionsgebühr an der Universität zu verschaffen, andererseits aber werde das Heimatrecht nicht mit der gewünschten Schnelligkeit an Personen verliehen, die sich nachgewiesener Massen in vollkommen gesicherten Verhältnissen befinden. Die ungleichmässige Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen werde durch diese Veröffentlichungen unmöglich werden. Budgetäre Gründe können nicht dagegen sprechen.

St. R. Richter verweist im Schlusswort darauf, dass die Veröffentlichung der Namen aus Ersparungsgründen abgeschafft werden sei, ^{sowie} dass aus den Namen allein nichts hervorgehe, weil man die Methode und die Voraussetzungen der Heimatrechtverleihung nicht im Gemeinderat kenne. Im Ausschuss jedoch wäre Gelegenheit, beides kennen zu lernen. Nach der Verordnung aus dem Juli 1925 jedoch gibt das Bundeskanzleramt erst die Zustimmung für Aufnahmen in den Heimatverband, sodass vorher eine Veröffentlichung nicht möglich sei, nachher aber auch höchstens in den Ausschussberichten.

Das Gesetz wird hierauf in erster und zweiter Lesung angenommen.

St. R. Breitner berichtet über die Gesetzesvorlage, wodurch die Lustbarkeitsabgabe in einigen Punkten abgeändert wird und führt einleitend aus: Das Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe hat uns erst vor einigen Monaten beschäftigt, aber wir dachten nicht an eine Sommerbegünstigung, weil wir eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse glaubten. Die wirtschaftliche Not jedoch ist nicht kleiner geworden, die allgemeine Krise, die nicht nur in Wien und Oesterreich herrscht, breitet sich auch sonst aus. Es ist daher am Platze, durch eine Sommerbegünstigung jenen Theaterbetrieben, die doch noch ihre Lebenskraft bewahrt haben zu helfen, damit sie leichter durchhalten. Der Sommer war immer eine Zeit schwächeren Theaterbesuches. Die schwache Sommersaison war in der Vorkriegszeit allgemein die Regel, sämtliche Betriebe ^{fast} zugesperrt, lediglich das damalige Jantschtheater, das heutige Lustspieltheater, und das

Etablissement "Venedig in Wien" repräsentierten für den Fremden im Sommer die Theater Wiens. ^{Jetzt} ist es doch etwas besser geworden. Der vorliegende Entwurf gibt eine weitere Erleichterung. Der Prozentsatz wird bei Prosa- und Opernaufführungen um zwei Prozent ermässigt, bei Operetten und Revuen um fünf Prozent, sodass die gesamte Abgabe bei Sprechtheatern fünf Prozent beträgt, was sicher als nicht übermässig bezeichnet werden kann. Bei Operettentheatern beträgt die Nettoabgabe zehn Prozent. Ferner wird die bisher acht Monate umfassende Begünstigung ^{ganz kleine} für Kinos ^{riefe auf} das ganze Jahr ausgedehnt. Die Kleinkinos haben einen ^{schweren} Kampf gegenüber den grossen Kinos ^{zu führen.} Eine Reihe entscheidender

Ausgabeposten ist nämlich für grosse und kleine Kinos gleich, etwa für gleichwärtige Filme, für den Operateur, für Strom- oder die Apparate. Den Zwergbetrieben, die zumeist in den Arbeitervierteln gelegen sind, soll auch deshalb eine stärkere Begünstigung gewährt werden, weil sie die Folgen der Arbeitslosigkeit besonders stark spüren.

G. R. Angermayer (chr. soz.) wendet sich dagegen, dass die Begünstigung zeitlich beschränkt ist, obwohl der ruinöse Charakter längst bekannt ist. Die Minderheit hat vorausgesehen, wie sich dieses Gesetz auswirken wird, und ihre Befürchtungen sind leider eingetroffen. Von dem ursprünglichen Gesetz, dass die Reichen treffen sollte kann längst nicht mehr die Rede sein. Nicht nur wir, sondern auch die Unternehmer sind wiederholt an den Finanzreferenten herangetreten, das Gesetz abzuändern, weil es das Steuerobjekt erschlägt. Tausende von Existenzen sind vernichtet worden, aber allen diesen Argumenten setzt Stadtrat Breitner nur das der allgemein wirtschaftlich schlechten Lage und der Konkurrenz der Sportveranstaltungen und Kinos entgegen. Erst letztthin wurde bei der Konstituierung des Beirates der Fremdenverkehrskommission darauf hingewiesen, wie ungeheuer sich die Uebersteuerung auswirkt. Direktor Beer bekam aber sozusagen eine Frotzelei zur Antwort. Der Herr Bürgermeister erklärte nämlich, dass von einer Uebersteuerung nicht die Rede sein könne. Die Vorlage erinnert an einen Kranken, der in der Agonie liegt und dem man im letzten Moment noch etwas Nahrung einflössen will. Der stille Kompagnion hat sich eingeschlichen, ist zum Würgeengel geworden und dieser Vampir leisst ein Drittel der Einnahmen an sich. Das Steuerobjekt ist erschlagen worden. Erinnern wir uns nur an die Worte Stärks und Eislers bei der Versammlung in der Volkshalle! Wir stehen vor einem ausgesprochenen Theatergrab und noch immer will man nicht glauben, dass die Steuern, vor allem die Lustbarkeitsabgabe der Gemeinde Wien schuld daran sind. Die Arbeitsgemeinschaft kann das Ronachertheater nicht mehr weiter führen, die Einnahmen der letzten drei Tage gingen glatt für die Steuern auf und das artistische und technische Personal bekam keinen Heller. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Carltheater und in der Volkoper. Vor einigen Tagen wurden mir die dortigen Verhältnisse von jemand geschildert, der nicht wusste, dass ich Gemeinderat bin, der aber nicht unserer Partei angehört. Dabei verkündete uns letztthin der Herr Stadtrat, dass die Lustbarkeitssteuer pünktlicher eingezahlt wird als früher unter den privaten Unternehmern. Redner wendet sich schliesslich gegen die Methode, wie die Freikarten besteuert werden und erklärt, dass eine Subvention, wie die dem Bühnenverein gegebene, nichts mehr nützen könne. Die Besteuerung der Heurigschänken, die ein Charakteristikum Wiens bilden, sei zu hoch. Redner stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat als Landtag wolle beschliessen:

Der Stadtsenat als Landesregierung wird beauftragt, innerhalb der Frist von sechs Wochen dem Gemeinderate der Stadt Wien als Landtag eine Novelle zum Gesetz über die Lustbarkeitsabgabe vorzulegen, welche unter Berücksichtigung der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse Abgabepflicht und Steuersatz einer wesentlichen Einschränkung zuführt.

St.Rtin. Dr. Motzko (chr. soz.) beschäftigt sich mit dem letzten Absatz der Vorlage, und verlangt, dass die Begünstigung auch jenen Kinos zuteil werde, die im Besitze eines Vereines sind. Besonders die Vereinskinos bieten einen Schutz gegen die Flut von ausländischen und schmutzigen Filmen und leisten viel auf dem Gebiete der Volksbildung. Rednerin verlangt eine gründliche Revision der Lustbarkeitsabgabe.

St.R. Breitner verweist in seinem Schlusswort darauf, dass die Gemeinde nicht den Unternehmer besteuere, sondern den Besucher. Während beispielsweise in Paris die Abgabe von eigenen Gemeindeangestellten in jedem Theater unmittelbar von den Besuchern eingehoben wird, haben wir zur Vereinfachung des Apparates von diesem Vorgang Abstand genommen. Die Not der Theater ist keine vereinzelte lokale Erscheinung, sie ist ziemlich allgemein, nicht nur in Wien und in Oesterreich sondern weit darüber hinaus. Ihre Ursachen sind mannigfaltiger Art, nicht zuletzt die, dass die Geschmacksrichtung des Publikums sich entscheidend geändert hat. In Wien gibt es täglich 80.000 bis 100.000 Kinobesucher und auf den verschiedenen Sportplätzen zählt man 40.000 bis 60.000 Menschen, in Dutzenden von Lokalen haben wir Tausende von Erscheinungen, die in der Vorkriegszeit nicht beobachtet worden sind und die naturgemäss den Theaterbesuch höchst ungünstig beeinflussen. Aus einer Aufstellung ergibt sich, dass sämtliche österreichische Bühnen mit Defizit arbeiten und Löhne tief unter den vertraglichen Verpflichtungen ihrem Personal zahlen. Dieselbe Erscheinung ist bei den Bühnen im Ausland zu beobachten. Gewiss ist bei uns die Lustbarkeitsabgabe keine Förderung, aber wir benötigen sie zur Deckung unserer Ausgaben. In der Vorkriegszeit haben die Theater wesentlich höhere Summen für Pachtschilling bezahlt als sie jetzt an Lustbarkeitsabgabe entrichten müssen. Den Argumenten der Frau Gemeinderätin Motzko wegen Besteuerung der Vereinskinos könne nicht zugestimmt werden, die Gemeinde sei ausser Stande hier gleichsam eine Subventionierung eintreten zu lassen.

Die Gesetzesvorlage wird hierauf in beiden Lesungen angenommen, der Resolutionsantrag Angermayer abgelehnt.

G.R. Täubler erstattet das Referat über den Hauptrechnungsabschluss des Wiener Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1924 und über den Hauptvoranschlag des Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1926. Das unbedeckte Erfordernis beträgt 6.257.730 Schilling. Davon hat die Gemeinde 45 Prozent zu entrichten, die Gewerbetreibenden für 55 Prozent aufzukommen.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) übt Kritik, dass sich in der Person des Referenten alle Macht vereinige, dass eigentlich er allein der Fortbildungsschulrat sei und die Devise gelte: Täubler macht alles. Er ist der Amtsdirektor, der der Dienstpragmatik untersteht und als Obmann-Stellvertreter kontrolliert er sich selber, ob er diese Dienstpragmatik einhält. Seit der Erkrankung des Nationalrates Widholz sei Täubler buchstäblich der Alleinherrscher. Diese Situation ist nach Anschauung der Christlichsozialen verfassungswidrig, denn es darf Machtgefühl und Machtbewusstsein nicht zum Schaden der Allgemeinheit werden. Die Sozialdemokratische Mehrheit im Fortbildungsschulrat ist die reinste Abstimmungsmaschine, die Gewerbetreibenden, die für die meisten Lasten aufkommen müssen, haben am wenigsten zu reden. Nirgend ist eine so ungerechte Verteilung von Pflichten

und Rechten zu sehen. Redner bezeichnet es als eine Perfidie, einen Missbrauch der Macht, dass der vom Handelsministerium ernannte Genossenschaftsinstruktor Dr. W. abetz nicht zu den Sitzungen des Fortbildungsschulrates eingeladen werde. Diesem ungesetzlichen Zustand müsse ein Ende gemacht werden, das sei ja der reinste Terror und Bolschewismus. Obgleich die Gewerbetreibenden wie gesagt 55 Prozent des Aufwandes tragen müssen entsenden sie in den Fortbildungsschulrat nur sieben Delegierte, während die Gemeinde deren 14 entsendet, trotzdem sie geringere Leistungen zu erfüllen hat. Schon aus diesem Titel allein fordern die Gewerbetreibenden eine Revision des Fortbildungsschulgesetzes bezüglich dessen Zusammensetzung. Auf das schärfste zu tadeln sei auch der seit einigen Jahren geübte Vorgang die Umlagen auf derselben Höhe zu halten, obgleich Jahr für Jahr sich beträchtliche Ueberschüsse ergeben haben, die stets dem sogenannten Bau- und Einrichtungsfonds zufließen. Aus den Mitteln dieses Fonds ist auch das neue grosse Schulhaus in der Märzstrasse errichtet worden. Wenn es fertig sein wird, sollte man darauf die Inschrift setzen: Errichtet von den Wiener Gewerbetreibenden zum Wohl und zur Ausbildung der gewerblichen Jugend. Denn die Gewerbetreibenden allein haben die Baukosten bestritten. Wenn über Lehrlingsmisshandlungen geklagt wird, so müsse betont werden, dass diese Misshandlungen weniger durch die Meister vielmehr durch die Gehilfen erfolgen, wie eine Gerichtsverhandlung beweist, die heute in den Zeitungen zu lesen ist. Ein Lehrling namens Koller habe einen Gehilfen durch einen Messerstich schwer verletzt, weil er sich der jahrelangen Demütigungen und Misshandlungen durch diesen Gehilfen erinnert hatte. Verderblich sei, die politische Beeinflussung der gewerblichen Jugend durch agitatorische Schriften und Versammlungen. In den Lehrlingsheimen werde systematisch sozialdemokratische Parteipolitik betrieben, ein Teil der Lehrlinge sei radikalisiert und stehe im kommunistischen Lager. Die Lehrlinge werden gegen ihre Meister aufgehetzt.

Redner schliesst, wenn die Gemeinde ihr Werk, "Das neue Wien" herausgibt, so werde sie wahrscheinlich wieder alle Schöpfungen der christlichsozialen Ära für sich in Anspruch nehmen, denn sie selbst könne nicht viel Werke verzeichnen. Die Gemeindeverwaltung möge trachten, dass alte Wien, wie sie es von den Christlichsozialen übernommen, zu vervollkommen, denn es war ein Wien der bürgerlichen Ordnung, in welchem es den Arbeitern tausendmal besser gegangen ist wie heute.

G.R. Beisser (soz. com.) bestreitet, dass die Mehrheit im Fortbildungsschulrate die Minderheit unterdrücke. Dann wendet er sich gegen die Behauptungen Rummelhardts über die Lehrlingsmisshandlungen und stellt fest, dass ungefähr 80 aller inspizierten Betriebe die Lehrlinge über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit arbeiten liessen. Auch die anderen Vorschriften seien in 80 Prozent der Betriebe nicht beachtet worden. Anlässlich seien die Lehrlingsmisshandlungen zurückgegangen, aber 90 Prozent davon entfallen auf die Meister, die Misshandlung durch den Gehilfen besteht höchstens in einer Opfergabe, aber was sagen sie, wenn Meister ihre Lehrlinge mit Eisenstäben schlagen. Auch katholische Lehrlingsorganisationen lehnen sich gegen Uebergriffe und Ungesetzlichkeiten der Lehrherren auf, wie aus einem Flugblatt des katholischen Lehrlingsbundes hervorgeht, durch welches eine Versammlung zum Proteste gegen jene Meistervereinigungen einberufen wird, die das neue Gesetz zu umgehen trachten.

Sitzung vom 7. Mai 1926.

Dass die Minorität nur von dem Budget spricht, ist jedenfalls als gutes Zeichen aufzufassen für die Arbeit, die der sozialdemokratisch geleitete Fortbildungsschulrat leistet.

G.R. Panosch (chr. soz.) bemängelt, dass der Rechnungsabschluss und der Voranschlag erst heute dem Gemeinderat vorgelegt werden und wendet sich dagegen, dass die Gewerbetreibenden die grössten Lasten tragen müssen. 45 Prozent leistet die Gemeinde Wien, 55 Prozent ^{aber} der Gewerbestand. Die Referate die der Minderheit zugewiesen werden, sind herzlich unbedeutend, präsidiale Entscheidungen haben vielmehr Bedeutung als jene Referate, die man nur zurückweisen könne. Die Meisterlehre verdirbt nicht die Jugend. Die Meisterlehre reicht aber vielfach nicht aus, das war der Grund, dass man schon vor 30 Jahren eine Lehrwerkstätte der Uhrmacher schaffen musste. Sie schmücken sich heute mit fremden Federn, das Haus in der Mollardgasse haben wir geschaffen und die Gemeinde Wien hat früher viel grössere Opfer gebracht als heute. Wir verlangen eine gerechte Zusammensetzung des Fortbildungsschulrates, wir wenden uns gegen ^{seinen} parteimässigen Charakter. Redner stellt den Antrag: der Landtag beauftragt den Landesamtsdirektor ehestens, die notwendigen Vorarbeiten für eine den tatsächlichen Verhältnissen und dem Bedürfnissen des Gewerbestandes entsprechende Novellierung des Fortbildungsschulgesetzes in Angriff zu nehmen und sich hiebei mit allen an der Lehrlingserziehung und an der Ausbildung und Fortbildung der Lehrlinge interessierten Faktoren ins Einvernehmen zu setzen.

G.R. Täubler beschäftigt sich in seinem Schlusswort mit den auf die Verwaltung bezüglichen Bemerkungen. Er erklärt, dass seinerzeit die zwei Kurien Land Niederösterreich und Wien insgesamt 45 Prozent der Mittel aufzubringen hatten, und zwar Wien 25 und Niederösterreich 20 Prozent. Heute sind die Personalausgaben bedeutend gestiegen, daraus ^{aber} geht/hervor, dass die Bezüge der städtischen Angestellten ebenso wie der Lehrer des Fortbildungsschulrates in den letzten Jahren bedeutend gestiegen sind. Ein Vielfaches machen ferner die Ausgaben für die Fürsorge aus und wir sind stolz darauf, dass Lehrjungen und Lehrlinge in Jörger- und Margaretenbad schwimmen können und ich erkläre heute schon, dass das Amalienbad auch mehrmals in der Woche der Jugend zur Verfügung stehen wird. Wir schicken die Kinder auf Wanderungen hinaus, wir lassen sie turnen und Musik betreiben. Redner beschäftigt sich mit der Festsetzung der Umlageprozente, die nach dem Budget des Bundes errechnet werden müssen. Das Wiener Fortbildungsschulwesen steht heute wirklich an erster Stelle und ich stehe nicht an zu erklären, dass wir einen guten Grund vorgefunden haben, den wir weiter gut verwalten wollen und dass wir alles tun werden, was in unseren Kräften steht, das Fortbildungsschulwesen weiter auszugestalten.

Bei der Abstimmung wird der Hauptrechnungsabschluss des Wiener Fortbildungsschulrates für das Jahr 1924 und der Voranschlag für das Jahr 1926 genehmigt, der Antrag Panosch abgelehnt.

Präsident Dr. Danneberg schliesst um sieben Uhr die Sitzung.

.....

Bürgermeister Seitz eröffnet um sieben Uhr die Sitzung und hält dem verstorbenen Altbürgermeister Dr. Weiskirchner folgenden Nachruf: Am vergangenen Dienstag haben wir Altbürgermeister und Ehrenbürger Dr. Richard Weiskirchner zu Grabe getragen. Mit ihm ist eine markante Persönlichkeit aus dem Leben, insbesondere aus dem politischen Leben geschieden, viele Jahre hindurch im Mittelpunkt der Verwaltung unserer Stadt gestanden ist. Am 14. März 1861 in Wien als der Sohn eines Lehrers geboren, trat Weiskirchner nach Absolvierung seiner juridischen Studien im Jahre 1883 als Konzeptsbeamter in den Dienst der Stadt Wien. Nachdem er im Jahre 1901 zum Magistratsvizepräsidenten ernannt worden war, trat er schon zwei Jahre später als Magistratsdirektor an die Spitze der städtischen Beamtenschaft. Im Jahre 1897 wurde er vom neunten Wiener Gemeindebezirk in das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates entsendet, im Jahre 1898 vom achten und im Jahre 1908 vom neunten Bezirk in den niederösterreichischen Landtag gewählt, dessen Landmarschall-Stellvertreter er später geworden ist. Im Jahre 1907 erfolgte seine Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses, das zum erstenmal auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zusammengetreten war. Im Jahre 1909 wurde Weiskirchner zum Handelsminister ernannt, im selben Jahr wurde er vom dritten Wiener Gemeindebezirk in den Gemeinderat entsendet. Vom Beginn des Jahres 1913 bis zu den Neuwahlen des Jahres 1919 bekleidete er das Amt eines Bürgermeisters. Von dieser Zeit an entfaltete er seine weitere Tätigkeit im Nationalrat, versah dort die Würde eines Präsidenten des Hauses, bis in Krankheit gezwungen hat, der politischen Laufbahn zu entsagen.

Schon diese gedrängte Darstellung des Lebenslaufes Richard Weiskirchners zeigt uns, wie er gearbeitet hat und in wievielen wichtigen Funktionen der städtischen Verwaltung in der alten Staatsverwaltung und der Republik er an massgebender Stelle gestanden ist. Wir alle erinnern uns seines Wirkens insbesondere dort, wo er an erster Stelle stand: als Vorsitzender des Gemeinderates oder des Nationalrates oder des Reichsrates. Wir erinnern uns seiner strengen Objektivität, seiner Unparteilichkeit und seines konzilianten Wesens. Wir gedenken der ungeheuren Arbeit, die er wie ich schon oft gesagt habe, in jedem Sinne und seinem Geiste für die Stadt Wien geleistet hat. Die Stadt Wien hat sein Wirken anlässlich seines Todes dadurch geehrt, dass der Bürgermeister angeordnet hat, es sei ihm ein Ehrengrab zuwidmen und das Leichenbegängnis durch die Stadt Wien selbst zu besorgen. Ich erwarte die volle Zustimmung des Gemeinderates zu dieser Verfügung des Bürgermeisters. Wir wollten dadurch zum Ausdruck bringen, dass wir über den Unterschied der Parteien hinweg überall dort, eine umfassende und wirkliche Arbeit und Lebensleistung entsprechend würdigen und anerkennen. In der Liebe zur Stadt Wien finden sich alle Parteien zusammen und damit auch in der Ehrung solcher Männer, die für die Stadt Wichtiges und Grosses geleistet haben-

des Gemeinderates
Die Mitglieder haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen für diese Kundgebung und erbitte mir die Genehmigung, sie dem amtlichen Protokoll der heutigen Sitzung einverleiben zu dürfen.

In der

Reihe der ohne Wortmeldung genehmigten Beschlüsse erscheinen: Die Strassenherstellung der Stutterheimstrasse im XV. Bezirk (Kostenbetrag 40.000 S.), Strassenbauten in der Paulinengasse (60.000 S) in Währing, Neireichgasse und Gellertgasse in Favoriten (180.000 S, 50.000 S), der Neubau der Hauptkanäle in der Untermeidlingerstrasse (80.000 S), Anschaffung von zwei

Schnelllastwagenzügen für den Lastkraftwagenbetrieb (65.000 S), die Ausnahme vom Parkschutzgebiet bei einigen Bauten/einige Baulinienbestimmungen. Ferner auf Antrag des Stadtrates Siegel der Bau einer neuen Jungschweinstallgruppe auf dem Zentralviehmarkt St. Marx (Kosten 132.000 S) sowie die Entwürfe für die Wohnhausbauten: III. Dietrichgasse (900.000 S), Schlachthausgasse (1.800.000 S), X., Hasengasse (2.376.000 S), Kaiserebersdorf (520.000 S), sowie XVIII., Antonigasse (252.000 S). Schliesslich die Anträge des Stadtrates Speiser, Mehrererfordernis für den Lehrerpensionsfonds in der Höhe von 527.000 S, des Gemeinderates Thaller für eine Subvention von 300 S an die Numismatische Gesellschaft, des Gemeinderates Litsch auf einen Grundtausch in der Donaustadt und des Gemeinderates Suchanek auf Verkauf des Erholungsheimes Arbe.

G.R. Hliss (Soziald.) beantragt die Gewährung einer Subvention von 50.000 Schilling für den Verband für freiwillige Jugendfürsorge, den die Gemeindeverwaltung seit einer Reihe von Jahren unterstützt und der diese Unterstützung auf Gemeindeunterstützung die ihm angeschlossenen Vereine entsprechend ihrer Leistung waftteilt.

G.R. Wawerka (chr. soz.) erklärt, dass selbstverständlich gegen den Antrag nichts einzuwenden ist. Eigentümlich sei nur, dass ein Zuschusskredit verlangt wird, obwohl der Verband jedes Jahr subventioniert werde und daher der Betrag in den Voranschlag eingesetzt hätte werden können. Es müsse auch festgestellt werden, dass dem Verband der Fürsorgeverein Sozietas und der Verein Kinderfreunde angehören, die infolge ihrer Grösse von der Gemeindegemeinschaft die höchsten Beträge erhalten, weshalb man auch von einer verkehrten Subventionierung dieser beiden Parteivereine sprechen könne. Wenn die Minderheit dagegen trotzdem keine Einwendung so erhebt, so deshalb weil der Verband auch viele unpolitische Fürsorgevereine zu seinen Mitgliedern zählt. Ungerecht ist es, dass die Gemeinde den Fürsorgeverein Caritas nicht unterstützt. Er zählt ebenso viele Vereine wie der Verband für freiwillige Jugendfürsorge, hat in Ferienheime 2669 Kinder entsendet, die zusammen 51.000 Tage verpflegt worden sind, hat neunhundert Kinder in Schutzauufsicht und dreitausend Säuglinge in Pflege. Mehr als hundert Anstalten sind ihm angeschlossen. Die Gemeinde hat aber für diesen so verdienstlich wirkenden Verein nichts übrig.

Schliesslich verlangt Redner die Vorlage einer Liste der Subventionsansuchen, wenn dies nicht geschieht, so ist das unanständig. Die Minderheit kann auf diese Forderung nicht verzichten.

Bürgermeister Seitz erklärt, dass der Vorgang, der geübt wird, vollkommen geschäftsordnungs- und verfassungsmässig sei.

G.R. Hliss erwidert, dass der Caritasverband aus dem Verband für freiwillige Jugendfürsorge ausgetreten ist. Daran sei die Gemeinde unschuldig. Die Gemeinde könne nicht den einzelnen Verein der Fürsorge betreibt unterstützen, sondern sie subventioniere ausschliesslich den Verband, dem sich der Caritasverband eben anschliessen müsse.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Iser (Soz.) berichtet über die Errichtung einer Gartenanlage beim Technischen Museum auf der Mariahilferstrasse. Die Anlage konnte erst jetzt geschaffen werden, da erst langwierige Verhandlungen mit den dort ansässigen Schrebergärtnern geführt werden mussten. Nun wird aber mit grosser Beschleunigung gearbeitet und Wien wird eine schöne Anlage mehr erhalten. Die Kosten der Errichtung betragen 70.000 Schilling.

G.R. Hüber (chr. soz.) wünscht, dass das alte Projekt über die Ausgestaltung des Schmelzer Friedhofes beraten werde und dort eine Gartenanlage errichtet werden möge.

G.R. Iser erklärt, dass er sich mit der zuständigen Magistratsabteilung wegen dieser Sache in Verbindung setzen werde, worauf der Antrag genehmigt wird.

Die Gemeinderäte Kunschak und Genossen haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem es heisst: Am 28. März fand in der Volkshalle des Rathauses eine grosse Kundgebung der Wiener Baugewerbetreibenden statt. Bei dieser Kundgebung wurde von einzelnen Rednern, wie auch in einem Beschluss, die Forderung erhoben, dass die Wohnbautätigkeit des Bundes der Länder und Gemeinden eingestellt und die private Bautätigkeit wieder beizubehalten sei. Über diese Forderung der Baugewerbetreibenden mögen die Meinungen geteilt sein. Darüber kann jedoch kein Zweifel aufkommen, dass die Baugewerbetreibenden das unbestreitbare Recht der freien Meinungsäusserung besitzen und berechtigt sind, ihre Forderungen zu formulieren, wie sie glauben, dass dies im Interesse ihres Standes gelegen ist.

Es hat nun der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII unter Zahl 946/26 allen Einberufern der erwähnten Baugewerbetreibenden ein Schreiben folgenden Inhaltes zugehen lassen:

"Sie standen als Einberufer zur Baugewerbetreibenden Kundgebung am 28. März auf der Einladung. Nach einem Beschluss dieser Kundgebung sind sie dafür, dass die Gemeinde Wien jegliche Bautätigkeit einstellt. Da wir somit annehmen, dass Sie verzichten, mit der Gemeinde in geschäftliche Beziehungen zu treten, wurden die städtischen Unternehmungen verständigt, dass Sie als Kontrahent nicht in Betracht kommen."

Mit diesem Schreiben verletzt der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe VIII in brutalster Weise das staatsgrundgesetzlich gewährleistete Recht der freien Meinungsäusserung. Sein Vorgehen qualifiziert sich aber auch als Missbrauch der Amtsgewalt, da es nicht in das Belieben eines Stadtrates gestellt sein kann, Gewerbetreibende vorweg von der Bewerbung um städtische Arbeiten auszuschliessen, lediglich deshalb, weil sie sich an Ständekundgebungen beteiligen, bei welchen Beschlüsse gefasst werden, die der Politik der Gemeinderatsmehrheit zuwiderlaufen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen:

Die Verfügung des amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe VIII vom 29. April 1926 wird aufgehoben und das Recht der von dieser Verfügung betroffenen Gewerbetreibenden, sich um städtische Arbeiten zu bewerben und als Kontrahenten in Betracht gezogen zu werden, im vollem Umfang wieder hergestellt.

G.R. Grolig (soz. dem.) berichtet über einen Grundtausch zwischen dem Trinitarierorden mit der Gemeinde Wien in der Donaustadt und beantragt die Annahme.

G.R. Körber (chr. soz.) verweist auf den schlechten Zustand der Parkanlagen des Volkwehrplatzes und beantragt, diese Anlagen, dem Wunsche der dortigen Bewohner entsprechend auszugestalten.

G.R. Grolig erwidert, es werde diesem Wunsche nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Der Referentenatrag wird sodann angenommen, der Antrag Körber abgelehnt.

G.R. Suchanek (soz. dem.) berichtet über den Verkauf des Erholungsheimes auf der Insel Arbe an Herrn Franjo Kukulic in Arbe um den Pauschalbetrag von 90.000 Schilling und beantragt die Genehmigung des Kaufvertrages.

G.R. Schütz (soz. dem.) beantragt die Festsetzung des Generalregulierungs- und Baulinienplanes für das Gebiet zwischen der Hüttelbergstrasse und Wolfersberggasse im XII. Bezirk.

G.R. Kunschak (chr. soz.) hat gegen den Antrag selbst nichts einzuwenden, empfindet es jedoch als Halbheit, weil die Gemeindeverwaltung nicht für die Kanalisierung und Wasserversorgung dieses Gebietes vorgesorgt habe.

G.R. Schütz erwidert, man könne nicht gleich überall wo eine Ansiedlung erfolge kostspielige Investitionen für Kanalisierung und Wasserleitungsanlagen machen. In dem betreffenden Gebiet werde, wenn die Verhältnisse sich bessern dem Wunsche der Siedler Rechnung getragen werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Siegel legt sieben Entwürfe für das Wohnbauprogramm des Jahres 1926 vor, zunächst den Entwurf für den Wohnhausbau im III. Bezirk, Dietrichgasse mit den Kosten von 900.000 Schilling.

G.R. Kunschak (chr. soz.) empfindet es als einen Uebelstand, dass in den neuen Wohnhausbauten so viel Einzelzimmer für ledige geschaffen werden. Hier handle es sich aber nicht um ledigenheime, sondern um Kabinette mit Wohnküche und man werde allmählich wieder auf den alten Zustand zurückkommen, dass Kabinette von Familien bewohnt werden. Redner bemängelt dann, dass in Hernalts von einem städtischen Wohnhaus auf Wunsch eines Mieters das Wappen der Stadt Wien entfernt werden musste, weil dem Manne augenscheinlich das Kreuz im Wappen nicht passte. Hoheitlich sei nicht der Gemeinderat Jenschik, der in diesem Hause wohne, durch das Kreuz beunruhigt worden. Ganz Hernalts lache über diesen Schwabenstreich, dass nach zwei Jahren eigens ein Gerüst aufgestellt werde, um das städtische Wappen zu entfernen. Weiter fragt Redner ob die Annahme sich bewahrheitete, dass im Reumannhof ein Dankmal des verstorbenen Altbürgermeisters aus den Geldern der Wohnbausteuern aufgestellt werden sollte.

St.R. Siegel erklärt es für richtig, dass in jüngster Zeit eine größere Zahl von Einzelzimmer in Neubauten vorgesehen werden, dass geschehe auf Verlangen des Wohnungsamtes, welches solche Wohnungen für Einzelpersonen brauche. Bezüglich der Wappengeschichte könne Referent erst Auskunft geben, wenn er die Angelegenheit erhoben haben werde. Im Reumannhof sei die Aufstellung einer Büste des verstorbenen Altbürgermeisters geplant und es werde eine besondere Vorlage dem Gemeinderate zugehen. Die Gemeindsorgs in den Wohnbauten für künstlerischen Schmuck und wenn sich dieser Schmuck in einer Büste Reumanns ausdrücke, werde diese Wahl sicherlich im Gemeinderate nicht auf Widerstand stossen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Siegel legt den Bauentwurf für die Wohnhausanlage in Ottakring Kreitzengasse Thaliastrasse mit den Kosten von 2,900.000 Schilling vor.

G.R. Scholz (chr. soz.) bemängelt, dass vor diesem Neubau schon seit Monaten grosse Ziegelvorräte lagern, die unter dem Einfluss der Witterung und sonstigen Einflüssen sehr leiden, sodass daraus der Gemeinde grosser Schaden erwachse. Auch bei anderen Gemeindebauten werde Zement in grossen Mengen lange vor der Benützung abgelagert, sodass dessen

Güte entwertet werde.

Der Referent erwidert dass mit den einzelnen Fabriken Ziegelabschlüsse getroffen worden und die Ziegel per Bahn nach Wien kommen. Man könne sie nirgends anderwärts als eben bei den Bauplätzen ablagern. Legend eine schädliche Einwirkung geschehe nicht dadurch auch das Lagern von

Zement sei nichts ungewöhnliches, die Erfahrung lehre, dass Zement monatelang aufbewahrt werden könne, ohne in seiner Bindekraft zu leiden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Weber legt das Siedlungsbauprogramm für das Jahr 1926 vor. Die Kosten betragen 5,500.000 Schilling. Die Genossenschaften Südstadt, Altmannsdorf - Hetzendorf, Gartensiedlung, Mein Heim, Freihof, Aus eigener Kraft und Kriegerheimstätten errichten insgesamt 445 Häuser. Dazu kommen noch 55 später zu verteilende Häuser, sodass das Siedlungsprogramm für 1926 insgesamt 500 Häuser umfasst.

G.R. Ulreich (chr. soz.) bezeichnet die Erbauung der 500 Siedlerhäuser als eine platonische Verneinung vor dem Siedlungsgedanken. Insbesondere müsse er sich gegen den Punkt 3 wenden, wonach die Genossenschaft sich verpflichtet, die Siedlerhäuser nur an solche Personen zu vergeben, die entweder wohnungslos sind und deren Wohnbedarf vom Wohnungsamte der Stadt Wien als besonders dringend anerkannt ist, oder die ihre bisherigen Wohnungen dem Wohnungsamte frei von Untermietern zur Verfügung zu stellen in der Lage sind und die eine bezügliche rechtsverbindliche und unbedingte Erklärung des Hauseigentümers beibringen. Redner urgiert den Baurechtsvertrag der Siedlung Wolfersberg, der irgend einer Stelle hänge.

St.R. Weber erklärt dieses platonische Verneigen vor dem Siedlungsgedanken könne sich jede Stadt Oesterreichs und Deutschlands gefallen lassen. Denn mit Ende des Jahres wird die Zahl von 3400 Siedlungshäusern erreicht sein, von denen jedes im Durchschnitt vier Bewohner aufweist, so dass in den Siedlungen 13.000 Menschen wohnen. Das ist eine kleine Stadt wie etwa Krems. Gegen die planlose Errichtung von Siedlungshäusern muss sich jede Stadtverwaltung, die auf die Wohnungslosen Bedacht nimmt, wenden. Wenn zu den Baukosten ein so entscheidender Beitrag geleistet wird, so haben die Wohnungsbedürftigen auch ein Anrecht, dass ihre Interessen vertreten werden. Was die Siedlung Wolfersberg anlangt, so wurde der Baurechtsvertrag im Ausschuss für Wohnungswesen bereits beschlossen, und beschäftigt jetzt die Grundabteilung. Im Laufe der nächsten Woche wird er dem Ausschuss für Wirtschaftsangelegenheiten vorgelegt werden. Die Bautätigkeit wird jedoch dadurch nicht gehindert, ja es wurde vielmehr die nachträgliche Bewilligung für eine Reihe von Objekten erteilt, die vorher ohne Baubewilligung errichtet wurden waren und deren Bauzustand entsprechend ist. Im Interesse der Entwicklung und der Schönheit des Stadtbildes ist es notwendig, die planlose Bautätigkeit einzudämmen. Man kann nicht jedem gestatten, wo es ihm passt, Häuschen zu errichten und so das Aussehen der Stadt verschandeln.

Dem Antrage wird zugestimmt.

Nach einem weiteren Referate des Stadtrates Weber wird für die Erhaltung der Gartenanlagen der städtischen Neubauten ein Zuschusskredit von 30.000 Schilling bewilligt.

Nunmehr gelangt der Dringlichkeitsantrag Kunschak und Genossen wegen der Entleerung von Gemeindelieferungen an Baugewerbetreibende zur Verhandlung.

G.R. Kunschak begründet kurz die Dringlichkeit des Antrages und gibt der Abschauung Ausdruck es handle sich hier augenscheinlich persönliche Massnahme, die offenbar mit den anderen amtsführenden Stadträten nicht vereinbart wurde, weil sonst ähnliche Schreiben der anderen amtsführenden Stadträte hinausgegangen wären. Die Angelegenheit müsse in voller Öffentlichkeit klargelegt werden, weil es sich hier offensichtlich um den Uebergriff eines einzelnen Stadtrates handelt, mit dem sich weder der Stadtsenat noch die Gemeinderatsmehrheit identifizieren können.

Dem Antrag wird die dringliche Behandlung zuerkannt.

G.R. Kunschak (chr. soz.) verweist nun darauf, dass nach seiner Ansicht der Vizebürgermeister Emmerling seine Amtsbefugnisse total verkenne denn sein Erlassstehe im Widerspruch mit der Demokratie. Es gehe doch nicht an, bestimmte Versammlungen gleichsam unter Strafsanktion zu stellen und die Einberufer, wie es geschehen ist, von der Bewerbung in städtischen Bauten auszuschalten. Wenn die Mehrheit einen solchen Vorgang sanktionieren würde, müssten sämtliche Versammlungen von städtischen Angestellten die sich mit einer Kritik der Gemeindepolitik beschäftigen, verboten werden.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass der Brief am 5. Mai in seinem Auftrag von dem Büro der Verwaltungsgruppe für Unternehmungen ausgesendet wurde, die Versammlung aber am 28. März stattgefunden hat. In der Zwischenzeit kamen nämlich von den verschiedensten Seiten Erklärungen der auf der Einladung Angeführten, dass sie nie um ihre Einwilligung befragt worden sind, dass sie nichts näheres gewusst haben davon und dass man ihren Namen widerrechtlich gebraucht habe. Um Klarheit in diesem Dunkel zuschaffen ging der Brief hinaus. Ein höherer Funktionär der Wiener Gewerbetreibenden hat sein Mandat zur Verfügung gestellt, weil sein Name verwendet wurde, obwohl er damals gar nicht in Wien weilte. Man las, dass die Gemeinde zur vollständigen Einstellung der Bautätigkeit gezwungen werden solle, dass 76 Millionen Goldkronen unwirtschaftliche verbaut werden und dass die rote Rathaus herrschaft endlich gestürzt werden soll. Es gibt aber auch eine geschäftliche Moral. Am einen Tag hetzt man gegen die Gemeinde und am anderen Tag will man von ihr Aufträge haben. Eine solche Feststellung war daher notwendig. (Gemeinderat Huber: Die Steuern aber nehmen sie von allen!)

Kein einziger Gewerbetreibender in Wien kann behaupten, je bei einer städtischen Lieferung übergegangen worden zu sein, weil er einer christlichsozialen Organisation angehört. Wir haben eine grosse Anzahl von christlichsozialen Gewerbetreibenden bei den Bauten beschäftigt. Ich greife aus der Zahl der Anschriften nur einige heraus. Da heisst es zum Beispiel, dass der Schreiber nichts gewusst hat von der Versammlung, kein Gegner der Gemeindebautätigkeit ist, sich persönlich nicht an der Versammlung nicht beteiligt hat, kein Kostenbeitrag geleistet hat und dass somit sein Name widerrechtlich verwendet wurde.

Wir haben nicht einen einzigen Gewerbetreibenden wegen seiner politischen Gesinnung von der Lieferung ausgeschlossen, wir schreiben die Arbeiten aus und jeder kann sich daran beteiligen. Auch in Zukunft wird die Vergabung nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten erfolgen, selbstverständlich auch wie bisher an Christlichsoziale. Aber man kann uns doch nicht zumuten, dass wir jemanden, der uns heute beschimpft, morgen einladen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

G.R. Kunschak erwidert, die Antwort des Vizebürgermeisters habe ihn keineswegs befriedigt, er sei dem Vizebürgermeister für seine Ausführungen trotzdem sehr dankbar, denn seine Handlungsweise habe einen Einblick in seine Amtspraxis eröffnet. Sie stelle sich als nichts anderes dar, als ein politischer Rascheit. Es sei nicht Sache des amtsführenden Stadtrates, die Einberufer einer Versammlung zu ermitteln, wenn er das tun wolle, müsse er sich anderer Mittel bedienen. Aber das mit dem Rüst-

zeug seiner amtlichen Stellung zu tun und mit der Drohung, dass bestimmte Gewerbetreibende nicht mehr städtische Arbeiten bekommen, für einen solchen Vorgang könne man kein anderes Wort finden, als dass ein Missbrauch der Amtsgewalt sei, eine Handlung die die Kriterien der Erpressung enthalte. (Beifall bei der Minderheit).

Bei der Abstimmung wird der Dringlichkeitsantrag abgelehnt. (Lärm bei der Minderheit).

St.R. Kunschak: Also die Sanktionierung der Erpressung.

G.R. Buber: (chr. soz.): Erpressergesellschaft! Die Früchte werdet ihr ernten.

G.R. Preyer (chr. soz.): Ein Skandal sondergleichen, die reinste Faschistenwirtschaft ist das.

Während sich Gemeinderat Preyer aus dem Sitzungssaal entfernt ruft er unaufhörlich: Faschistenwirtschaft. Die Mehrheit begleitet diese Rufe mit dem ironischen Gegenrufen: Wacker, wacker! Hausieren Faschierete!

Die öffentliche Sitzung wird sodann um 1^{1/2} Uhr geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

145

Wien am Samstag, den 8. Mai 1926.

.....
Ausländische Athleten im Rathaus Anlässlich des vom Sportklub "Hakoah" veranstalteten grossen Internationalen leichtathletischen Meetings wurden heute vormittags deutsche, tschechische und ungarische Athleten vom Vizebürgermeister E_mmerling im Sitzungssaal des Stadtsenates in Vertretung des Bürgermeisters begrüsst. In einer kurzen Ansprache verwies Vizebürgermeister E_mmerling auf die Bedeutung Wiens als Stätte des Körpersportes und auf die regen Beziehungen, die mit dem Ausland gepflegt werden, und gab der Freude über den Besuch der ausländischen Gäste Ausdruck. Im Namen des Sportklubs "Hakoah" dankte Paul Földes für den Empfang und erinnerte daran, dass der Sportklub zum dritten Mal Gelegenheit genommen hat, ausländische Konkurrenten nach Wien zu ziehen. Als erste nach dem Kriege erschienen englische Fussballmannschaften auf Einladung der Hakoah in Wien, diesen folgten französische Schwimmannschaften. Der Präsident des österreichischen Leichtathletik-Verbandes Hermann W_raschtil dankte hierauf ebenfalls für den Empfang.

.....
Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Kanalräumungsgebühren erfahren für den Monat Mai 1926 keine Veränderung gegenüber dem Vormonate und betragen daher das Dreissigfache des August-Monatszinses 1914, beziehungsweise des der Bemessung der Wohnbausteuer zugrundegelegten Monatsmietzinses.

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche finden am Dienstag, den 11. Mai 1926/um zehn Uhr vormittags eine Sitzung des Stadtsenates statt. Eine Sitzung des Gemeinderates wird nicht abgehalten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

Karl H o n a y

Wien, Montag, den 10. Mai 1926

Eröffnung eines städtischen Wohnhausbaues in Favoriten. Sonntag vormittags wurde der bereits bezogene Wohnhausbau X., Quarinplatz 10-12 feierlich eröffnet. Es hatten sich eingefunden Bürgermeister Seitz, Vizebürgermeister Emmerling, die Stadträte Breitner, Prof. Dr. Tandler, Weber, Siegel, Kokrda, Magistratsdirektor Dr. Hartl, viele Gemeinderäte und eine grosse Anzahl der Bewohner Favoritens. Das Haus war festlich geschmückt. Nach dem Chor "Empor zum Licht", den der Favoritner Arbeiter Gesangverein zum Vortrag brachte, sprach zunächst Nationalrat Hölzl namens der Mieter und schilderte eingehend den Bau, der 131 Wohnungen mit 92 Loggien, 16 Bädern und 26 Geschäftslokalen und einen öffentlichen Kindergarten umfasst. Der grosse Innenhof enthält einen Spielplatz, der im Winter als Eislaufplatz dient. Bezirksvorsteher Sigl spricht der Gemeinde den Dank der Bevölkerung und den Ingenieuren und Arbeitern den der Bewohner des Hauses aus. Lebhaft begrüsst ergriff nunmehr Bürgermeister Seitz das Wort: Wenn man dieses Haus betritt, empfängt einen Eindruck von den gewaltigen Leistungen, die Architekten, Baumeister und Handwerker vollbracht haben. Wer sich als alter Wiener früherer Jahrzehnterinnert, wer daran denkt, wie gerade im X. Bezirk ehemals Arbeiter gehaust haben, wird ermessen, welcher ungeheurer Fortschritt sich vollzogen hat. Heute steht an der Stelle einer Einöde ein Wohnbau, der allen Anforderungen moderner Hygiene entspricht. Die Strasse ist nach einem Arzt benannt, der vor mehr als einem Jahrhundert sehr viel für die Sanitätspflege Wiens geleistet hat. Wir erinnern uns aber auch eines anderen Arztes, der vor Jahrzehnten die Proletarierwohnungen hier durchforscht hat. Viktor Adler ging damals zu den Ziegelarbeitern und was er schilderte machte einen so ergreifenden Eindruck, dass wir es bis heute nicht vergessen haben. Eine ungeheure Volksbewegung hat es zustande gebracht dass die Gemeinde an der Stelle dieser menschenunwürdigen Wohnungen schicke und gesunde Häuser bauen kann. Die Lösung der Wohnungsfrage ist im strengen Sinne des Wortes keine Parteisache, da könnte ganz Wien mit uns gehen, weil den Angehörigen aller Parteirichtungen Volkswohlfahrt und Volksgesundheit am Herzen liegen müssen. Wir wissen, dass die Wohnungen nicht gerade gross sind, deshalb haben wir für die Kinder eigene Räume vorgesehen, nicht nur zur Entlastung, sondern auch um sie schon im vorschulpflichtigen Alter im Kindergarten zu erziehen. Der Bürgermeister dankt für sich und die Gemeindefunktionäre für den herzlichen Empfang und bittet die Bewohner, dafür zu sorgen, dass die Häuser so schön bleiben, wie sie sind, und erklärt den Wohnbau für eröffnet. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall und stürmische Hochrufe.)

E I N L A D U N G

Mittwoch, den 12. Mai 1926, pünktlich um 4 Uhr nachmittags im Sitzungssaal des Städtischen Rathes

P r e s s e k o n f e r e n z

Stadtrat Weber wird über den in Wien stattfindenden Internationalen Städtebaukongress und über die damit verbundene Städtebauausstellung berichten.

Wien, am Montag, den 10. Mai 1926. Zweite Ausgabe.

Ueberreichung der Bürgerdiplome an die Chormeister Führich und Schoof.

Samstag nachmittags fand im Rahmen einer kleinen Feier die Ueberreichung der künstlerisch ausgestatteten Bürgerdiplome an die Chormeister Professor Führich und Professor Schoof statt. Bürgermeister Seitz verwies in seiner Ansprache auf die grossen Verdienste, die sich beide um das Musikleben Wiens erworben haben.

Die Augartenbrücke elektrisch beleuchtet. Im Rahmen der Ausgestaltung der elektrischen Beleuchtung wird nunmehr auch die Augartenbrücke über den Donaukanal mit öffentlicher elektrischer Beleuchtung ausgestattet und zwar gelangen 15 hochkerzige Halbwattlampen zur Installation. Mit den Arbeiten, deren Kosten rund 7000 Schilling betragen wird sofort begonnen werden.

Zwei neue Wohnhausbauten. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, in Währing und Floridsdorf je einen Wohnhausbau zu errichten. Der Bau in Währing, Weinhausergasse, wurde dem Architekten Ing. Michael Rosenauer übertragen. Er wird 209 Wohnungen sowie zwei Geschäftslokale enthalten. Die Baukosten werden sich auf rund 2,720.000 Schilling stellen. Der andere Bau, dessen Entwürfe das Stadtbauamt ausgearbeitet hat, liegt in Floridsdorf, Kinzerplatz. Er wird 106 Wohnungen, drei Einzelwohnräume und 6 Geschäftslokale umfassen. Die Baukosten sind mit 1,650.000 Schilling vorgesehen.

Empfang im Rathaus. Heute mittags wurden die Mitglieder der American Hotel Association durch den Bürgermeister in Sitzungssaal des Stadtsenates feierlich begrüsst. Es waren erschienen Vizekanzler Dr. Waber, Finanzminister Kollmann, die Präsidenten des Nationalrates Dr. Dinghofer und Eldersch, der Vorsitzende des Bundesrates Dr. Huglmann, Bundeskanzler ausser Dienst Dr. Renner, der amerikanische Gesandte Washburn, der englische Gesandte Mr. Chilston, der Generalkonsul von Portuka Weiss, der amerikanische Generalkonsul Hurley, der italienische Geschäftsträger Auriti, Landeshauptmann Dr. Buresch, Generaldirektor Dr. Schonka, die Sektionschefs Präsident Dr. Prüger und Dr. Dorrek, Generaldirektor Dr. Maschat, Minister ausser Dienst Heinl, Rektor Dr. Gruntzel, der Präsident des Verbandes der Hoteliers Oesterreichs Kommerzialrat Karl Sukfüll, Polizeipräsident Schober, Landesrat Helmer, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsführenden Stadträte Speiser, Breitner, Professor Tandler, Weber, Siegel, Kojrda und Richter, die Stadträte Rummelhardt und Dr. Wotzke, Präsident Zimmerl, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Oberstadtphysikus Dr. Böhm, Kontrollamtsdirektor Millner, Präsident des Stadtschulrates Glöckel, Hofrat Dr. Leisching, Regierungsrat Washuber, der Präsident des Verbandes der städtischen Angestellten Enlein, viele Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, Präsident der österreichischen Schriftstellergenossenschaft Karl Hans Strobel. Die Mitglieder der amerikanischen Reisegesellschaft waren mit ihren Damen vollzählig erschienen.

Bürgermeister Seitz hielt hierauf an die Versammelten folgende Ansprache: Als Bürgermeister und Landeshauptmann heisse ich sie im

Namen der Stadt Wien herzlich willkommen. Ihr Besuch freut uns ganz besonders, weiler, wie ich glaube, uns durch Männer des praktischen Lebens, die die Welt kennen, neuerlich bekräftigt, dass Wien seinen traditionellen Ruf nicht nur als eine Stadt alter Kultur, sondern als Stadt, was sie waren, ein Volk der Arbeit, das auch im Unglück seine Würde bewahrt.

Dass sie zu uns gekommen sind, freut uns vor allem deshalb, weil wir wissen, dass der Hotelier nicht nur Geschäftsmann im engeren Sinne des Wortes ist, nicht nur ein Pflegevater der leiblichen Bedürfnisse, sondern vielfach auch geistiger Berater. Unsere Hoteliers haben, das kann ich sowohl aus eigener Beobachtung als auch nach amtlichen Berichten wohl sagen, im Kriege schwer gelitten. Ihre Häuser wurden vielfach zerstört und es ist auch sonst manches Unglück über sie hereingebrochen. Ich kann Ihnen aber das Zeugnis nicht versagen, dass sie mit Mut und mit ausserordentlicher Geschicklichkeit, die ihnen eigen ist, sich bemüht haben, den ursprünglichen ^{Zu-}stand wieder herzustellen. Wir sind auch mit den Hoteliers hier und da in Konflikt geraten, das ist ja kein Wunder, denn es ist ja der Wunsch eines jeden Gewerbetreibenden volle Steuerfreiheit zu haben. Ich bin ihnen auch immer entgegengekommen, soweit es möglich ist und wir werden auch weiterhin bemüht sein, alles mögliche zu tun, te der Industrie, vor allem aber als Verkehrszentrum und als Handelsstadt, nicht verloren hat. Die Stadt Wien hat schon vor zweitausend Jahren als römische Siedlung bestanden, die im Laufe der Geschichte als römische Siedlung bestanden. Sie hat im Laufe der Geschichte wechselvolle Schicksale erfahren, immer aber hat sie oh ^{ihrer} begünstigten Lage einen Knotenpunkt gebildet für den Verkehr zwischen Norden und Süden, zwischen Okzident und Orient. Der Fremdenstrom von Osten nach Westen geht ausschliesslich über Wien. Der ganze Strom von Westen nach Osten erfährt, wie wir erfahrungsgemäss wissen, mancherlei Abspaltung, zuletzt gehen Fremde aus dem fernen Westen oft über München nach Italien Wien links liegenlassend. Es ist nicht unbegreiflich, die moderne Zivilisation und insbesondere der moderne Verkehr haben eine egalierende Wirkung. Der Fremde, der nur im raschen Flug die Welt kennen lernen will, findet überall die gleichen Erscheinungen. Die Architektur einer Stadt ist in der Nähe der Hotels, die die Fremden beherbergen, gewöhnlich dieselbe, das Heim, das er findet, ist in jeder Stadt das gleiche, selbst die Darbietungen der Kunst sind, man erinnere nur an die Starpolitik der Theater, ziemlich einer Art. Kurz man begreift, dass schliesslich viele Reisende den Eindruck haben, es sei doch ein ewiges Einerlei und die Reise möglichst abkürzen. Nur wer tiefer eindringen will, wer die Verschiedenheit der Kultur der Völker kennen lernen will, in Wissenschaft und Kunst, in der Industrie, im Handel und im sozialen Leben, oder wer wissenschaftliche Interessen hat, neue Methoden kennen lernen will, den führt sein Weg auch nach Wien.

Man nennt uns seit dem Krieg eine arme Stadt und wir sind es auch. Der Krieg hat die Kapitalien zerstört, insbesondere soweit sie Rentenkaptalien waren, auf Staatspapiere oder Häuser begründet. Aber wir sind nicht pauperisiert worden, wir waren immer ein Volk der Arbeit und wie der einzelne Mensch, der in Unglück gerät und verarmt, wenn er nur je immer innere Würde besessen hat, sie auch in der Armut nicht verliert und seine Würde beibehält als Gentleman der Arbeit, so zeigt sich dieselbe Erscheinung auch bei den Völkern. Die Wiener sind geblieben um ihnen wieder aufzuhefen.

Wien, am Dienstag, den 11. Mai 1926

Gemeindesubventionen. Der städtische Finanzausschuss hat nach Berichten des Gemeinderates Hiess eine Reihe von Vereinen und Körperschaften subventioniert. Es erhielten der Selbsthilfebund der Körperbehinderten Oesterreichs fünfhundert Schilling, der Verein "Heimat", Zufluchtsstätte für schutzlose Mädchen und Frauen tausend Schilling, die Sozialpädagogische Gesellschaft fünfhundert Schilling, die Vereinigung bildender Künstlerinnen Oesterreichs tausend Schilling und der Verein der Museumsfreunde und die Vereinigung bildender Künstler anlässlich der von ihnen veranstalteten Ausstellung Deutscher Kunst dreitausend Schilling. Für den im Mai in Wien stattfindenden Deutschen Bibliothekartag wurde nach einem Bericht des Gemeinderates Thaller eine Gemeindesubvention von fünfhundert Schilling bewilligt.

-.-.-.-.-

Am Donnerstag Werktagstarif auf der Strassenbahn. Am Donnerstag (Feiertag) gelten auf den städtischen Strassenbahnen die Frühfahrscheine, Fürsorgefahrscheine, Wochenkarten und Hin- und Rückfahrscheine, wie an einem Werktag. Die Wochenkarten und die Hin- und Rückfahrscheine können schon von 11 Uhr vormittags ab zur Rückfahrt benützt werden.

-.-.-.-.-

Grosse Spende für die Kinderrettungswoche. Das Bankhaus S. M. Rotschild hat dem Wiener Jugendhilfswerk anlässlich der Kinderrettungswoche dreitausend Schilling gespendet.

-.-.-.-.-

Freie Lehrstelle beim Wiener Fortbildungsschulrat. Am 1. Juni wird beim Fortbildungsschulrat in Wien eine vertragsmässige Lehrstelle für den kunstgewerblichen Unterricht besetzt. Von den Bewerbern wird der Nachweis der Abolvierung der Akademie der bildenden Künste oder das Abgangszeugnis der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums für Kunst und Industrie, sowie eine mehrjährige, fachliche, künstlerische Betätigung gefordert. Die Gesuche sind an das Bundesministerium für Handel und Verkehr zu richten und bis längstens 15. Mai beim Fortbildungsschulrate in Wien, Mollardgasse 87, einzureichen. Sie müssen mit einem Schillingstempel versehen sein und sind ihnen auch alle Personaldokumente und fachlichen Nachweise anzuschliessen.

-.-.-.-.-

Ein neuer "eiserner Rathausmann." Der auf der Spitze des Rathhausturmes stehende "eiserne Rathausmann" (in Wirklichkeit aus Kupfer) wurde seinerzeit in der Kunstschlosserei Ludwig Wilhelm hergestellt und im Jahre 1882 von der Firma der Gemeinde Wien zum Geschenk gemacht. Vor kurzem haben nun die Erben Wilhelms auch eine verkleinerte Kopie dieses Standartenträgers, die seinerzeit in der Weltausstellung in Chicago ausgestellt war, der Stadt Wien gewidmet. Die Figur ist aus blankem Eisen handgetrieben gefertigt und mit der Ständarte 1'95 Meter hoch. Sie wird demnächst an einem geeigneten Platz im Rathaus, voraussichtlich im grossen Festsaal aufgestellt werden.

-.-.-.-.-

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Für das Schuljahr 1926/27 werden schon jetzt die Einschreibungen entgegengenommen. Ansuchen um Freiplätze sind bis längstens 31. Mai bei der Schulleitung in ^{der} Margaretenstrasse 152 oder in Ottakring, Abelegasse 29, einzubringen. Kanzleistunden täglich von 8 bis 14 Uhr.

-.-.-.-.-

Wien, am Mittwoch, den 12. Mai 1926

Internationaler Wohnungs- und Städtebaukongress

Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Kommission eingesetzt, die die Vorarbeiten für den in Wien vom 14. bis 19. September stattfindenden Internationalen Wohnungs- und Städtebaukongress und die damit verbundene Städtebauausstellung durchführt. Die Kommission hat unter dem Vorsitz des Wiener Landtagspräsidenten Dr. Danneberg bereits eine Reihe von Sitzungen abgehalten und in einer heute im Rathaus abgehaltenen Pressekonferenz machte amtsführender Stadtrat Weber interessante Mitteilungen über diese grosse Tagung.

Der Internationale Verband für Städtebau, Landesplanung und Gartenstädte, der diesen Kongress veranstaltet, hat sich die Aufgabe gestellt, die Erfahrungen, die auf diesen Gebieten in den verschiedenen Ländern gemacht werden, auszutauschen und zu vertiefen. Seit seinem Bestand hat der Verband bereits zehn Kongresse abgehalten, von denen insbesondere die Tagungen in Gothenburg (1923), Amsterdam (1924) und New York (1925) hervorgehoben zu werden verdienen. Auf Einladung der Stadt Wien, wird der diesjährige Kongress unmittelbar nach der Herbstmesse, vom 14. bis 19. September in Wien abgehalten werden.

Der Kongress wird sich mit der Erörterung von zwei Problemen befassen, die für die Entwicklung der Städte von besonderer Bedeutung sind. Er wird zunächst die Bodenfrage in ihren Beziehungen zum Städtebau und zur Landesplanung erörtern und dann die rationelle Verteilung von Einfamilienhaus und Mehrfamilienhaus besprechen. Für das erste Thema werden dreizehn und für das zweite vierzehn Berichte von bekannten Fachleuten der verschiedenen Länder erstattet werden. Diese Berichte werden gedruckt und den Kongressmitgliedern rechtzeitig zugesendet. Bundespräsident Dr. Hainisch und Bürgermeister Seitz werden die Kongressteilnehmer empfangen. Den Gästen wird auch Gelegenheit geboten werden, einen Ueberblick über die städtebauliche Entwicklung Wiens zu gewinnen und die Bestrebungen der Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Wohnungs- und Siedlungswesens kennen zu lernen. An den Kongress wird sich eine Besichtigung der städtebaulich interessanten Stadt Krems anschliessen. Voraussichtlich dürfte auch eine grosser Teil der Kongressmitglieder an einer Studienreise teilnehmen, die von der Deutschen Gartenstadtgesellschaft einvernehmlich mit dem Internationalen Verband von Salzburg aus die Städte München, Augsburg, Nürnberg, Rothenburg, Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, Frankfurt, Köln, Essen und Düsseldorf berühren wird, wodurch den Teilnehmern an der Hand dieser ausgewählten Beispiele Gelegenheit gegeben wird, den deutschen Städtebau des Mittelalters, der Barockzeit und vor allem auch der Gegenwart zu studieren.

Für den Wiener Städtebaukongress zeigt sich in allen Kulturstaaten lebhaftes Interesse. Schon auf Grund der ersten vorläufigen Anzeige sind bei dem Internationalen Sekretariat und auch bei der Stadt Wien so zahlreiche Schreiben eingelaufen, dass mit einer sehr grossen Beteiligung gerechnet werden darf. Es dürfte der Wohnungs- und Städtebaukongress in Wien die bedeutendste internationale Veranstaltung werden, die bisher auf diesem Gebiete zustande gekommen ist.

Im Zusammenhang mit dem Kongress wird auch eine Städtebauausstellung veranstaltet werden, die in den Räumen des Künstlerhauses untergebracht wird und vom 11. September bis 3. Oktober zugänglich ist. Sie ist als eine anschauliche Ergänzung der Kongressverhandlungen gedacht und wird daher in erster Linie solches Material bringen, dass auf die beiden Kongressthemen Bezug hat. Es werden aber wichtige neuere Schöpfungen des Städtebaues gezeigt werden. Es sei nur erwähnt, dass Architekt Lörscher (Berlin) seine interessanten Entwürfe für Angora, der neuen Hauptstadt der Türkei, ausstellen wird. Seit Monaten wird an der Vorbereitung der Ausstellung gearbeitet. Sehr gut wird Deutschland vertreten sein, das bis jetzt die unbestrittene Führung auf dem Gebiet des Städtebaues behauptet hat. Die Auslandsvertretung des deutschen Städtebaues hat sich bereits mit der Beteiligung an der Wiener Ausstellung befasst und einen bekannten Ausstellungsfachmann, den Regierungsrat Dr. Langen vom Deutschen Siedlungsarchiv mit der Sammlung des deutschen Ausstellungsmaterials betraut. Es kann daher erwartet werden, dass von der ungeheuren Fülle des deutschen Materials das beste und neueste nach Wien geschickt wird. Zur Vorbereitung der schweizerischen Abteilung wurde vom schweizerischen Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues eine besondere Kommission bestellt. In Frankreich hat diese Aufgabe Professor Bruggeman von der Association Francaise pour l'Etude de l'Amenagement et de l'Extension des Villes übernommen. Aus Holland wird eine Auswahl von städtebaulichen Schöpfungen geboten werden. Das belgische Material wird vom Sekretär der Internationalen Städtevereinigung in Brüssel Senator Vink zusammengestellt werden. In England arbeitet für die Ausstellung der Sekretär des Internationalen Verbandes für Städtebau, Landesplanung und Gartenstädte H. Chapman. In Russland interessiert sich der Präsident des zentralen Genossenschaftsverbandes W. V. Belousoff für die Vorbereitung einer russischen Abteilung, die zu erstensmal einen Ueberblick über die Tätigkeit des modernen Russland auf diesem Gebiet geben wird. Ausserdem ist auch die Beteiligung von Amerika, Dänemark, Schweden, Norwegen, Polen, Tschechoslowakei, Italien, Spanien und Palästina in Aussicht gestellt. Die Vorbereitung der Ausstellung wurde, soweit sie das Ausland berührt, dem Geschäftsführer des Wiener Kongressbüros Regierungsrat Dr. Kampffmeyer übertragen.

Da die ausländischen Gäste begreiflicherweise der städtebaulichen Entwicklung Wiens besonderes Interesse entgegenbringen, wird zum erstensmal versucht werden, an der Hand von Originalplänen und Darstellungen aller Art die städtebauliche Entwicklung Wiens seit den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart zu schildern. Die Abteilung, die das alte Wien behandelt, wird vom Direktor der Städtischen Sammlungen Dr. Reuther vorbereitet, während die neuere Entwicklung Senatsrat Dr. Jäger besprechen wird. Das Gesellschafts- und Siedlungsmuseum wird auch hier mitwirken. Oberstadtbaurat Bittner hat die Ausarbeitung einer guten Uebersicht über die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien übernommen. Den österreichischen Architekten wird in der Ausstellung ein eigener Raum für ihre Gemeindegewerke zur Verfügung gestellt. So wird diese Ausstellung nicht allein für den Fachmann neues wertvolles Material bringen, sondern auch den Laien fesseln und dazu beitragen, das Verständnis für die im Verhältnis zu ihrer Bedeutung noch viel zu wenig gewürdigten Fragen des Städtebaues in weite Kreise zu tragen.

Wien, am Mittwoch, dem 12. Mai 1926. Zweite Ausgabe

Gemeinderat Rudolf Müller gestorben. Heute vormittags ist im Spital der Stadt Wien in Lainz der sozialdemokratische Gemeinderat Rudolf Müller gestorben. Der Tod Müllers kam nicht unerwartet; seit einigen Wochen hatten die Aerzte jede Hoffnung auf Genesung von der tückischen Krankheit, einer tuberkulösen Infektion des Kehlkopfes, aufgegeben. Rudolf Müller wurde am 27. Dezember 1869 geboren, stand also im siebenundfünfzigsten Lebensjahr. Vom Beruf Steinmetz war er der Gründer der gewerkschaftlichen Organisation dieser Arbeiterschicht und viele Jahre ihr Sekretär. Nach dem Kriege, als die Gewerkschaft der Steinarbeiter sich mit dem Bauarbeiterverband vereinigte, wurde er Sekretär der Oesterreichischen Baugewerkschaft und blieb es bis zu seinem nun erfolgten Ableben. Der Verstorbene wurde im Oktober 1919 Mitglied der Bezirksvertretung Hernals und am 4. Mai 1919 als Vertreter von Hernals in den Wiener Gemeinderat entsendet. Er gehörte auch bis zur Verwaltungsreform dem Wiener Stadtrat an, wo er sein Hauptaugenmerk dem Strassenbau zuwendete. Seit Juni 1920 wirkt Müller im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten, wo er grösstenteils die Referate über die Strassenbauten innehatte. Wegen seines aufrechten Wesens erfreute sich der Verschiedene gleicherweise bei seinen politischen Freunden und Gegnern voller Wertschätzung. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass auf den Türmen des Rathauses die Trauerfahnen gehisst werden. Die sterbliche Hülle des Dahingeschiedenen wird am Samstag um 6 Uhr abends im Krematorium der Stadt Wien den Flammen übergeben.

Wieviele Sitzungen werden im Rathaus abgehalten? Im Jahre 1925 wurden 33 Sitzungen des Wiener Gemeinderates und 10 Sitzungen des Gemeinderates als Landtag abgehalten. Der Wiener Stadtsenat hielt 43 Sitzungen ab. Von den acht Gemeinderatsausschüssen hielt der Ausschuss für technische Angelegenheiten die meisten Sitzungen, nämlich 38, ab. Ihm folgen der Gemeinderatsausschuss für Finanzen mit 28, die Gemeinderatsausschüsse für Personalangelegenheiten und für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten mit je 25, der Ausschuss für die städtischen Unternehmungen mit 23, der Ausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten mit 22, der Wohlfahrtsausschuss mit 12 und der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen und Sozialpolitik mit 11 Sitzungen.

Keine Sprechstunden beim städtischen Wirtschaftsreferenten. Bis auf weiteres entfallen bei dem amtsführenden Stadtrat Kokrda die Sprechstunden.

Graskarten für die Kriau. In der städtischen Kleingartenstelle sind noch Graskarten für die Kriau zu vergeben. Preis einer Karte zwanzig Schilling. Anmeldungen täglich in der Kanzlei I. Doblhoffgasse Nr. 6

Feierliche Eröffnung eines städtischen Wohnhausbaues in Währing. Am Sonntag um 11 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die bereits bezogene mehr als sechshundert Wohnungen umfassende Anlage in der Kreuzgasse-Paulinengasse-Antonigasse in Gegenwart der Mitglieder des Gemeinderates eröffnen.

Verkaufsausstellung der Gaswerke. Vom Samstag angefangen sind die Verkaufsausstellungen der städtischen Gaswerke in der Josefstädterstrasse 10 und in Meidling, Theresienbadgasse 3 an Samstagen nur von acht Uhr früh bis zwei Uhr nachmittags geöffnet.

Wien, am Freitag, den 14. Mai 1926

.....
Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck". Die öffentlichen Gärten für deren Pflege die Gemeindeverwaltung bedeutende Mittel aufwendet und der Blumenschmuck der Lichtmaste und städtischen Gebäude dienen dazu, in der Bevölkerung den Sinn für das Schöne und die Liebe zur Natur zu wecken und zu erhalten. Sie erzielen eine Verschönerung der Stadt und bringen durch ihre Farbenpracht Abwechslung in das Grau des Häusermeeres. Bei der grossen Ausdehnung unserer Stadt genügt diese Tätigkeit der Stadtverwaltung nicht; es muss die Bevölkerung selbst an diesem Verschönerungswerk teilnehmen, indem sie die Fenster und Balkone mit Blumen ziert. Dieser Schmuck ist wie kein anderer geeignet, die Einförmigkeit grossen Häuserreihen zu mildern und einen Anziehungspunkt für das Auge zu schaffen, an dem der Blick des Beschauers mit Freude hängt. Besonders prächtig wirkt dieser Schmuck, wenn er sich auf eine ganze Hausfront erstreckt. Um nun die Bevölkerung anzuregen, an diesem Verschönerungswerk teilzunehmen, ruft die Gemeindeverwaltung auch heuer die Wiener auf, in einen Blumenschmuck-Wettbewerb zu treten. Die Gemeinde hat zehntausend Schilling gewidmet und davon die Hälfte zur Schaffung von Preisen für die Ausschmückung einzelner Fenster, Balkone und Geschäftsportale im geschlossenen verbauten Stadtgebiet bestimmt, während die andere Hälfte für Preise für die Ausschmückung ganzer Wohnhausfronten verwendet wird. Von diesem Wettbewerb sind Ausschmückungen von Höfen und Vorgärten ausgeschlossen. Anmeldungen für den Wettbewerb müssen bis spätestens 19. Juni schriftlich an die Magistratsabteilung 22 im Neuen Wiener Rathaus gerichtet werden. Die Preise werden von einem Preisgericht zuerkannt. Nähere Auskünfte erteilen die Magistratsabteilung 22, das Stadtgarten-Inspektorat, III. Heumarkt 2 und die Aktion "Schmückt Euer Heim mit Blumen, I. Parkring 12.

Früherer Schluss bei den städtischen Kassen. In der Zentralrechnungsabteilung, der städtischen Hauptkasse, den Rechnungsabteilungen und den Kassen der magistratischen Bezirksämter wird an den Samstagen vom 15. Mai bis 14. September nur von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags antiert. An allen anderen Werktagen ist der Parteienverkehr von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags.

.....
Die Fürsorgeabgabe für Lehrlinge.

Halbjährige Verrechnung.

Der Wiener Magistrat hat verfügt, dass Kleingewerbetreibende, die nur Lehrlinge beschäftigen, bis auf weiteres die Fürsorgeabgabe von den an diese Lehrlinge ausbezahlten Löhnen nicht wie bisher monatlich, sondern halbjährig abrechnen und bezahlen. Dadurch wird diesen kleinen Unternehmern immerhin eine gewisse Verwaltungsarbeit abgenommen. Als Abrechnungsperiode wird ein Kalenderhalbjahr bestimmt, so dass die Fürsorgeabgabe für die im ersten Kalenderhalbjahr ausbezahlten Lehrlingslöhne bis zum 14. Juli, für die im zweiten Halbjahr ausbezahlten Lehrlingslöhne bis zum 14. Jänner 1927 abzurechnen ist. Diese beiden Termine sind auch als Anfallstage für den Verzögerungszuschlag oder die Verzugszinsen entscheidend. Voraussetzung für diese Begünstigung ist, dass die Gewerbetreibenden die Zahl der Lehrlinge in der im Abrechnungsformular vorgesehenen Rubrik genau angeben. Beschäftigt der Gewerbetreibende wieder auch nur einen Gehilfen, so muss sofort die monatlich Abrechnung der Fürsorgeabgabe erfolgen. Es ist dann die Abrechnung für die im laufenden Halbjahr fällig gewordene Fürsorgeabgabe für die Lehrlingslöhne in die erste monatliche Abrechnung aufzunehmen. Für die Uebergangszeit können die Gewerbetreibenden, die nur Lehrlinge beschäftigen gleichfalls den erwähnten Abrechnungs- und Einzahlungsmodus wählen. Es kann also für die in den Monaten April, Mai und Juni 1926 ausbezahlten Lehrlingslöhne bereits die neue Verrechnungsart angewendet werden und muss dann zwischen 1. und 14. Juli 1926 die Abrechnung vorgelegt sein.

.....

Wien, am Samstag, den 15. Mai 1926

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat wurde für Freitag fünf Uhr nachmittags einberufen.

Entfallende Sprechstunde im Rathaus. Am Montag entfällt die Sprechstunde bei dem städtischen Baureferenten Stadtrat Siegel.

Wiener Jugendhilfswerk. Magistratsrat Dr. Breunlich hält in der kommenden Woche folgende Lichtbildervorträge über die Tätigkeit des Wiener Jugendhilfswerkes: Montag $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends, XIX. Vormosergasse 8, Mittwoch, 7 Uhr abends XIII. Hietzinger Hauptstrasse 66 und Donnerstag, $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends, IX. Glaser-gasse 8.

Eine Abordnung ungarischer Gemeinderäte in Wien. Morgen Sonntag kommt eine aus ungefähr siebzig Mitgliedern bestehende Delegation ungarischer Abgeordneter und Gemeinderäte nach Wien, um hier städtische Einrichtungen, insbesondere die kommunalen Wohnhausanlagen zu besichtigen. Die Abordnung wird bei der Ankunft von Vizebürgermeister Emmerling namens der Wiener Stadtverwaltung begrüßt werden. Am Montag werden die Gäste von dem Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Abgeordneten Glöckel empfangen und einige Schulen, das Pädagogische Institut, den Kindergarten im Waldmüllerpark und die neue Schülerherberge besichtigen. Nachmittags wird die Abordnung von Stadtrat Professor Tandler durch die städtische Kinderüber-nahmsstelle geleitet werden und abends wird sie von Bürgermeister Seitz im Rathaus empfangen werden. Am Dienstag werden städtische Betriebe und Wohlfahrtseinrichtungen und am Mittwoch Wohnhausanlagen der Gemeinde be-sucht. Am Donnerstag kehrt die Abordnung wieder nach Budapest zurück.

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Für das Schuljahr 1926/27 wer-den jetzt die Einschreibungen entgegengenommen. Auskünfte täglich von 10 bis 14 Uhr, Samstag von 10 bis 13 Uhr in der Kanzlei in Mariahilf, Brückengasse 3 oder in der Zweigstelle auf der Landstrasse, Petrusgasse 10.

Eröffnung eines städtischen Wohnhausbaues in Währing. Am Sonntag um 11 Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die bereits bezogene, mehr als sechshundert Wohnungen umfassende Anlage in der Kreuzgasse-Paulinengasse-Antonigasse in Gegenwart der Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretung von Währing eröffnen.

Die Zahl der Einäscherungen nimmt zu. Im April 1926 waren im Krematorium der Stadt Wien 248 Feuerbestattungen. Von diesen Verstorbenen waren 144 Männer und 104 Frauen. Römisch-katholischen Glaubensbekenntnisses waren 165; konfessionslos 37 Verstorbene. Im April 1925 wurden 171, im April 1924 nur 144 und im April 1923 insgesamt 73 Leichen im Krematorium der Stadt Wien eingeäschert.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n á y

153

Wien, am Samstag, den 15. Mai 1926. Zweite Ausgabe

Die Trauerfeier für Gemeinderat Müller. Im Krematorium der Stadt Wien hatten sich heute abends viele Trauergäste eingefunden, um dem verstorbenen Gemeinderat Müller die letzte Ehre zu erweisen. Mit Bürgermeister Seitz waren alle amtsführenden Stadträte und die meisten sozialdemokratischen Gemeinderäte erschienen. Vom christlichsozialen Gemeinderatsklub nahmen an der Trauerfeier die Gemeinderäte Biber, Doppler und Uebelhör teil. Mit Magistratsdirektor Dr. Hartl waren auch alle leitenden Beamten der Stadtverwaltung gekommen. Die Sänger der Baugewerkschaft eröffneten die Feier mit einem ergreifenden Abschiedslied. Namens der Baugewerkschaft, deren Sekretär Gemeinderat Rudolf Müller durch viele Jahr hindurch war, sprach Obmann Wessely zu Herzen gehende Dankes- und Abschiedsworte. Für den Bezirk Hernald, in dem Müller politisch gewirkt hat, nahm Bezirksrat Jiricek von dem toten Mandatar Abschied. Bürgermeister Seitz rühmte den lautereren Charakter und die Pflichttreue des Dahingeschiedenen, der für Wien so viel gearbeitet hat. Mit einem Bläserchoral und einem Trauerlied wurde die Feier beendet und die sterbliche Hülle Rudolf Müllers den Flammen übergeben.

Wien, am Montag, den 17. Mai 1926

Empfang des Brünner Männergesangsvereines im Rathaus. Die in Wien weilenden Mitglieder des Brünner Männergesangsvereines wurden am Sonntag vormittag im Wiener Rathaus vom Vizebürgermeister Emmerling empfangen. Zur Begrüssung hatten sich im Sitzungssaal des Stadtsenates Legationsrat Pacak, Vizebürgermeister Hoss, Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel, viele Gemeinderäte und so weiter eingefunden. Vizebürgermeister Emmerling betonte in einer herzlichen Begrüssungsansprache die völkerverbindende Kraft des Gesanges und hiess die Gäste im Rathause willkommen. Für die Wiener Sänger begrüsst der Vorstand des Ostmärkischen Sängerbundes Jaksch die Brünner, worauf für die Gäste Vorstandstellvertreter Direktor Frank erwiderte. Nach der Absingung des Chores "Daheim" unter der Leitung des Dirigenten Ch. Havran überreichte Vorstand Bruckmüller ein Bild der Stadt Brünn, für das Vizebürgermeister Emmerling namens der Stadtverwaltung den Dank aussprach und erklärte, dass diese Spende dem Museum der Stadt Wien einverleibt wird. Die Brünner Sänger besichtigten dann die Festräume des Rathauses.

Die ungarische Delegation in Wien. Am Sonntag nachmittags traf die aus Nationalräten und Gemeinderäten Budapests bestehende, ungefähr siebzig Mitglieder zählende Abordnung, zum Zwecke des Studiums der städtischen Einrichtungen in Wien ein. Namens der Gemeinde Wien begrüsst Vizebürgermeister Emmerling die Mitglieder der Delegation bei ihrer Ankunft am Landungsplatz der Ungarischen Schiffahrtsgesellschaft bei der Reichbrücke. Abgeordneter Paul Richter überbrachte den sozialdemokratischen Mitgliedern die Grüsse der Wiener Partei. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte von Budapest begaben sich dann auf den Zentralfriedhof, wo sie die Grabstätte Viktor Adlers mit einem Kranz schmückten. Schliesslich wurde noch das Krematorium besichtigt.

Fahrscheinkontrolle auf der elektrischen Stadtbahn. Die Strassenbahndirektion hat die allgemeine Fahrscheinkontrolle auch die Stadtbahnlinien ausgedehnt und ist insbesondere an Sonntagen mit Rücksicht auf die erhöhte Frequenz eine verschärfte Ueberprüfung der Fahrkarten verfügt worden. Diese Kontrolle ist infolge fast unbeschränkten Umsteigmöglichkeiten von der Strassenbahn auf die Stadtbahn und umgekehrt, unbedingt notwendig, was aus den Ergebnissen der Ueberprüfungen hervorgeht. Die Strassenbahndirektion wird nun an gewissen Tagen alle Kontrollorgane nur auf der Stadtbahn verwenden, wodurch gewisse Uebelstände beseitigt werden dürften.

Wien, am Montag, den 17. Mai 1926

.....

Empfang der Budapester Gemeindeabordnung im Wiener Rathaus. Die Mitglieder der Budapester Delegation, die heute vormittags städtische Schulen und Kindergärten besichtigt hatten, besuchten nachmittags unter Führung des Stadtrates Professor Tandler die Kinderübernahmestelle und das Rathaus. Abends wurden sie von Bürgermeister Seitz empfangen. An dem Empfang nahmen Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, alle amtsführenden Stadträte, Präsident Dr. Danneberg, Abgeordneter Glöckel, Magistratsdirektor Dr. Hartl u. s. w. teil. Bürgermeister Seitz begrüßte die Gäste und gab der Freude über die grosse Zahl von auswärtigen Stadtvertretern Ausdruck, die nach Wien gekommen sind, um die kommunalen Einrichtungen aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Solche Besuche wirken anregend und es sei zu hoffen, dass im edlen Wettstreit beide Teil von einander lernen. Namens der Abordnung dankte Abgeordneter Peyer für den freundlichen Empfang und erklärte, dass die Studienreise nach Wien des Zweck habe, die Wiener städtischen Einrichtungen genau zu überprüfen, um sich ein Bild von der Wiederaufbauarbeit machen zu können.

Die Gäste werden morgen städtische Unternehmungen und Wohlfahrts-einrichtungen besichtigen.

.....

Eröffnung des Lindenhofes in Währing durch Bürgermeister Seitz. Am Sonntag vormittags wurde die grosse, mehr als sechshundert Wohnungen zählende Wohnhausanlage der Gemeinde in Währing Kreuzgasse-Paulinengasse-Antonigasse, eröffnet. Zu der Feier hatte sich eine grosse Zahl von Gästen eingefunden. Von der Gemeindeverwaltung waren alle amtsführenden Stadträte, viele Gemeinderäte und Nationalräte, die Bezirksräte von Währing und die leitenden Beamten des Stadtbauamtes erschienen. Die Bewohner hatten Balkone, Fenster und Schaufflächen mit Blumen, Tannenreisig und Fahnen geschmückt, so dass die architektonisch prächtige Wohnhausanlage einen festlichen Anblick bot. Im Gartenhof des ersten Teiles, in dem auch ein grosser Kindergarten untergebracht ist, begrüßte der städtische Baureferent Stadtrat Siegel den Bürgermeister und schilderte kurz die Entwicklung des Baues, der bereits unter Bürgermeister Reumann beschlossen worden ist und zu dem die Architekten des Stadtbauamtes die Pläne entworfen haben. Für die Mieter dankte Schreiner der Gemeindeverwaltung für das grosse Werk, das so viele Wohnungslose aus ihrem Elend befreit und ihnen neue Lebenslust gebracht hat. Bezirksvorsteher Kleppell begrüßte den Bürgermeister namens der Bezirksvertretung und bat ihn die Anlage, die eine alte Linde schmückt, Lindenhof zu benennen. Nach einer Ansprache eines Schulknaben erwiderte Bürgermeister Seitz, der auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Mieterschutzes verwies. Es wurde dann die Anlage besichtigt und anschliessend auch der zweite Teil mit einer Ansprache des Bürgermeisters eröffnet.

.....

Wien, am Mittwoch, den 19. Mai 1926.

Jubilare der Ehe. Anfangs dieser Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Johann und Franziska Flachberger, Matthias und Katharina Neuziel, Franz und Antonie Richter, Josef und Antonie Trpisovsky und Franz und Therese Wawrik, anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Autobus-Firmungsverkehr. An den beiden Pfingstfeiertagen wird für die Firmlinge von acht Uhr früh bis elf Uhr vormittags und von ein Uhr mittags bis vier Uhr nachmittags ein Autobus-Separatverkehr vom Stephansplatz zum Praterstern eingerichtet werden. Fahrpreis einheitlich für Erwachsene und Kinder 40 Groschen.

Vorträge über Lehrlingswesen. Am Mittwoch, den 26. Mai und am Mittwoch, den 9. Juni wird Lehrlingsinspektor Gemeinderat Beisser im Festsaal des Fortbildungsschulsgebäudes in Mariahilf, Mollardgasse 87, einen Vortrag über Lehrlingswesen halten. Beginn halb sieben Uhr abends.

Ein Denkmalobelisk im Theresienbadpark. Die Bezirksvertretung Meidling wird einen 3'81 Meter hohen schlanken Obelisk aus Marmor im Theresienbadpark aufstellen. Auf den vier Seitenflächen des Obeliskens werden Marmorreliefs ausgeführt vom akademischen Bildhauer Hänlein angebracht. Diese Reliefs stellen dar den Maler Anton Hlavacek, die Schriftsteller Fritz Stüber-Günther, und Oskar Pach, sowie den Komponisten Franz Josef Zieher. Die Bezirksvorstehung wird für die Aufbringung der Kosten für die Aufstellung des Denkmals sorgen.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Die öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung wird nach einem Beschluss des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten noch auf folgende Strassen ausgedehnt: Innere Stadt, alle Strassen entlang dem Justizpalast, Volksgartenstrasse und Hansenstrasse; Josefstadt, die Trautsohnstrasse und Josefsstrasse; Alsergrund, die Althanstrasse, Marktstrasse, Thurystrasse und Newaldstrasse; Simmering, die Kaiserebersdorferstrasse bis zur Weissenböckstrasse, der Neugebäudeweg und in Floridsdorf, die Franz Zieglergasse und Leopoldauerstrasse. Die Kosten für die notwendigen Umgestaltungsarbeiten betragen 67.000 Schilling.

Abgeordneter Laurenz Widholz-Bürger der Stadt Wien. Der Wiener Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung den Beschluss gefasst, den Abgeordneten Laurenz Widholz in Würdigung der unvergänglichen Verdienste, die er sich auf sozialpolitischem Gebiet, insbesondere um die österreichische Arbeiterschaft erworben hat, aus Anlass seiner dreissigjährigen Tätigkeit als Obmann des Verbandes der Krankenkassen Wiens, zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen.

Oesterreichische Gemeinde-Zeitung. Das zweite Maiheft des offiziellen Organes des Städtebundes ist der Ausstellung für Gesundheitspflege in Düsseldorf gewidmet. Das sechzig Seiten starke Heft enthält Schilderungen der österreichischen Sozialversicherung, soweit sie auf der Düsseldorfer-Ausstellung zur Geltung kommt und zeigt auch die Zusammenhänge der Sozialversicherung mit den Arbeiterkammern auf. Das Heft wird deshalb besonderes Interesse finden, weil eine grosse Zahl graphischer Darstellungen über die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung und des Wirtschaftslebens vom Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum beigegeben wurden. Insbesondere die beiden Farbentafeln über die Erwerbstätigen- und nichterwerbstätige Bevölkerung Oesterreichs, die Krankenversicherten Lohnempfänger und die Lehrlingsfürsorgeaktion zeigen eine neue, leichtfassliche Art der Darstellung von Schaubildern. Das Heft kann im Neuen Wiener Rathaus im Sekretariat des Städtebundes bezogen werden.

Wien, am Mittwoch, den 19. Mai 1926. Zweite Ausgabe

Abreise der Budapester National- und Gemeinderäte. Die aus siebzig Mitgliedern bestehende Abordnung von Budapester National- und Gemeinderäten, die seit Sonntag zum Studium der Wiener kommunalen Einrichtungen hier weilte, wird morgen Donnerstag acht Uhr früh die Heimreise antreten. Die Gäste besichtigen am Dienstag unter Führung des Oberstadtbaurates Ingenieurs Fuchs den städtischen Wohnhausblock Lassallehof, die städtischen Gaswerke in Leopoldau, wo Direktor Ingenieur Menzel führte, die Gemeindewohnhausanlage Winarskyhof in der Stromstrasse, wo sie von Gemeinderat Michal begrüßt wurden, das Spital der Stadt Wien und das städtische Versorgungsheim in Lainz sowie die Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe; hier empfing amtsführender Stadtrat Professor Tandler die Delegation und erläuterte den Aufbau der Wohlfahrtspflege der Gemeinde. Mit einer Fahrt auf der elektrischen Strassenbahn schloss an diesem Tag das Programm. Heute wurden unter Führung der amtsführenden Stadträte Siegel und Weber die städtischen Wohnbauten Fuchsenfeldhof, Reumannhof und Metzleinstalerhof, das vor der Eröffnung stehende Amalienbad in Favoriten, das infolge seiner modernen Einrichtungen und seiner Grösse die ungeteilte Bewunderung der Gäste erregte, besichtigt. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Delegation statteten dann der Arbeiterhochschule in Döbling einen Besuch ab. Mit einer Besichtigung des städtischen Luft- und Sonnenbades Krapfenwaldl wurde die Studienreise beendet. Alle Teilnehmer begaben sich morgen Donnerstag zurück nach Budapest.

Die Grundkäufe der Gemeinde Wien. Im Jahre 1925 hat die Gemeinde 87 Grundkäufe durchgeführt und dadurch 898.11 Quadratmeter Grund innerhalb des Wiener Gemeindegebietes erworben. Die neu erworbenen Grundflächen sind fast auf alle Wiener Bezirke verteilt, doch liegt der grösste Teil davon in Floridsdorf. Ferner wurde durch 28 Grundtauschvereinbahrungen und Aufteilungsverträge über gemeinschaftlichen Besitz ein Grundzuwachs von 160.597 Quadratmeter innerhalb des Wiener Gemeindegebietes erzielt. Die Gemeindeverwaltung hat daher im Jahre 1925 insgesamt 1.058.712 Quadratmeter Grundflächen verstadtlicht. Die Ende 1925 in Gemeindebesitz befindlichen Grundflächen sind ungefähr 600.000.000 Quadratmeter gross und werden von einer Magistratsabteilung zentral verwaltet; ausgenommen sind davon nur die Grundflächen, die ganz bestimmten Verwaltungszwecken gewidmet sind, wie etwa die Gründe für die Wasserleitung, für Friedhofszwecke oder für humanitäre Einrichtungen. Soweit die städtischen Grundstücke nicht für Gemeindezwecke benötigt werden, sind sie teils für landwirtschaftliche, teils für kleingärtnerische und teils für gewerbliche Zwecke (Lagerplätze u. s. w.) verpachtet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

158

Wien, am Donnerstag, den 20. Mai 1926 .

Der Bürgermeister von Brünn im Rathaus. Heute vormittags kamen aus Brünn Bürgermeister Tomeš, Vize- Bürgermeister Máša, die Stadträte Landa und Fiala mit dem Sekretär Kalina in Wien an und wurden in Vertretung des Bürgermeisters von amtsführendem Stadtrat Speiser empfangen und begrüsst. Unter Führung des Oberbaurates Fuchs besichtigten die Stadtvertreter von Brünn die grossen städtischen Wohnhausbauten, zu deren besonderem Studium sie eingetroffen sind. Im Laufe des heutigen Nachmittages kehren sie nach Brünn zurück.

Ernennungen von Aerzten. Mit Beschluss des Stadtsenates vom 30. April wurden der Anstaltsoberarzt Dr. Hans Lehmann und die Assistenzärztin Dr. Hilda Riedler zu Primärärzten ernannt. Dr. Lehmann wurde mit Verfügung des Bürgermeisters zum Vorstande der chirurgischen Abteilung im Versorgungsheime Lainz, Dr. Riedler zum Vorstande der geschlechtskranken Abteilung im Zentralkinderheime bestellt. Der Aerztin der Kinderübernahme stelle Dr. Gertrude Bien wurde das Recht verliehen, den Titel " Primararzt " zu führen. Der Assistenzarzt der Wiener Universitäts-Ohrenklinik Dr. Lothar Hofmann wurde zum Facharzte für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten für die 3 Kinderspitäler der Stadt Wien, der Assistenzarzt des Krankenhauses Lainz Dr. Friedrich Kraft zum Facharzte für Röntgenologie für die Landes- Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" die Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe, das Entbindungsheim der Stadt Wien (Brigittaspital) und die Zentralaufnahmestelle für Kurbedürftige bestellt.

Entfernung der Speckbacherhütte. Im Zuge der Quellenschutzmassnahmen hat die Quellenschutzkommission zum besonderen Schutz der Quellen der I. Hochquellenleitung und ihrer Reinhaltung die Entfernung der der alpinen Gesellschaft "Speckbacher" gehörigen "Speckbacherhütte" auf der Loswandblösse der Raxalpe verlangt. Die Gemeinde hat nunmehr die gegen jederzeitigen Widerruf erteilte Bewilligung zur Benützung der der Gemeinde Wien gehörigen Grundparzelle der Katastralgemeinde Gross- und Kleinau sowie zur Ausübung des Gast- und Schankgewerbes widerrufen und der genannten Gesellschaft die rascheste Entfernung der Hütte aufgetragen.

Wien, am Freitag, den 21. Mai 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Mai 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um viertel Sechs Uhr die Sitzung und hält dem verstorbenen sozialdemokratischen Gemeinderat Rudolf Müller einen Nachruf, in dem er ausführt:

Wir haben abermals einen sehr schmerzlichen Verlust erlitten. Unser lieber Kollege, Gemeinderat Rudolf Müller ist am 12. Mai im 57. Lebensjahre verschieden. Es war nicht eine lange, wohl aber sehr schmerzhaft Krankheit, die ihn dahin gerafft hat. Gemeinderat Müller war am 4. Mai 1919 von der Wählerschaft des XVII. Bezirkes in den Gemeinderat entsendet worden und war bis zur Reform der Gemeindeverfassung auch Mitglied des Stadtrates. Sein ausserordentlicher Arbeitswille, seine grosse Energie haben ihn speziell auf das Gebiet des Bauwesens geführt, dem er besonderes Interesse durch seinen früheren Beruf entgegeng gebracht hat. Er hat in dem Fachausschusse für Bauwesen mit wirklicher Hingabe und mit Fleissgewirkt, er hat sich überhaupt vielfach mit technischen Angelegenheiten, besonders mit ^{bau} Strassenfragen beschäftigt und für die Gemeinde wirklich nützliche Arbeit geleistet. Wir haben ihn alle in Erinnerung als einen Mann von vielleicht etwas rauhem Wesen, der aber ein echtes Wienerkind, ein Wiener Arbeiter von bestem Schrott war. Wir werden ihm alle, der in seiner Art für die Gemeinde Wien gearbeitet und viel geleistet hat, ein treues Andenken bewahren. Die Mitglieder des Gemeinderates haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben und werden zustimmen, dass ich diese Trauerkundgebung dem Protokolle der heutigen Sitzung einverleibe.

Der Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat hat auf den Platz des Verstorbenen einen Lorbeerkranz mit Schlaufe ^{niederlegen lassen}. Ohne Wortmeldung werden genehmigt: Der Antrag des Gemeinderates Alt auf Ankauf des Hauses ^{und einiger B.ustellen im IV. und XII. Bezirk}, der Antrag des Gemeinderates Brocgyner auf Abänderung zweier Paragraphen des Statuts der Zentralsparkasse, auf Antrag des Gemeinderates Hüss folgende Subventionen: 500 Schilling an den Selbsthilfebund der Körperbehinderten Oesterreichs, 1000 Schilling an den Verein Heimt und 1000 Schilling für die Altersstiftung der befugten Zahntechniker, der Antrag des Gemeinderates Iser auf Strassenherstellungen in Simmering, der Antrag des Gemeinderates Michal auf einen Sachkredit von 135.000 Schilling für die Ausgestaltung der Benzolfabrik im Gaswerke Leopoldau, der Antrag des Gemeinderates Rzehak über Unfallfürsorge für Dienstordnungs-Angestellte in unfallsversicherungspflichtigen Betrieben, die Anträge des Gemeinderates Schütz über Festsetzungen im Generalregulierungsplan und Baulinienbestimmungen, der Antrag des Stadtrates Siegel über den Entwurf der Wohnhausanlage XXI. Kinserplatz (Kosten 1.650.000 S.), die Anträge des Stadtrates Speiser auf eine einmalige Notstandsunterstützung für die Abteilungs- und Anstaltsärzte der Wiener städtischen Humanitätsanstalten und auf Regelung der Amtszeit an Samstagen zwischen dem 15. Mai und dem 15. September. Ferner ^{der Antrag des} Gemeinderates Stein auf Anschaffung eines Zweidruckdampfturbinenaggregates, zweier Mitteldruckkessel und eines Hochdruckkessels für das Kraftwerk Simmering, der Antrag des ^{Stadtrates} Tandler, das Anbot des "Vienna Children milk relief in New York" auf Schenkung des Kreisler-Heimes in

Dornbach anzunehmen. Schliesslich auf Antrag des Gemeinderates Thaller folgende Subventionen: Der Sozialpädagogischen Gesellschaft in Wien von 500 Schilling, für den im Mai 1926 stattfindenden Deutschen Bibliothekartag 500 S., der Vereinigung bildender Künstlerinnen Oesterreichs 1000 S., dem Verein der Museumsfreunde und der Vereinigung bildender Künstler "Wiener Sezession" anlässlich der von ihnen heuer veranstalteten Ausstellung deutscher Kunst 3000 S., und ^{der} Antrag des Gemeinderates Michal ein Sachkredit von 120.000 S für die Errichtung von Putzgruben und Pflasterungen im Bahnhof Speising, die Anträge des Gemeinderates Reisinger auf einen Sachkredit von 400.000 S für die Erweiterung der Schwefelreinigungsanlage im Gaswerke Leopoldau und für die Errichtung von Gleichrichteranlagen für die Strassenbahn ein Nachtragskredit von 420.000 S., die Anträge des Gemeinderates Schön auf Grundkäufe in Unterbaumgarten und Kagran, der Antrag des Stadtrates Siegel über einen Zusatz zu den Jagdpachtverträgen im Quellengebiete der Hochquellenleitung, die Anträge des Gemeinderates Suchanek auf Ankauf von Parzellen in Hetzendorf und Ottakring und auf Antrag des Gemeinderates Thaller schliesslich noch folgende Subventionen: 2000 S an die Biologische Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften, 10.000 S an das Volksbildungshaus Wiener Urania, 15.000 S. an den Verein Volksheim, 15.000 S. an den Wiener Volksbildungsverein, 400 S dem Künstlerbunde Hagen und 15.000 S für den Zentralverein für Volksbüchereien. Schliesslich auf Antrag des Stadtrates Weber der Musterbaurechtsvertrag für das Siedlungsgelände Wolfersberg und der Betrag von 50.000 S für die Vorbereitung des im September stattfindenden ^{für} Internationalen Wohnungs- und Städtebaukongresses, besonders für den Druck der Vorberichte für die Kongressverhandlung, Lichtbilder und Filmaufnahmen.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über den zweigleisigen Ausbau der Linie Mauer-Mödling in der Strecke vom Mauerer Einschnitt bis zur Haltestelle Kalksburg-Liesing. Mit diesem Ausbau ist gleichzeitig ein Umbau der bestehenden Brücken verbunden. Die Kosten betragen 732.000 Schilling. Sie sind wie die Arbeiten auf zwei Jahre verteilt und im Investitions- ^{und} wirtschaftsplan der Jahre 1926 und 1927 bedeckt.

Stadtrat Kunschak (christl.-soc.) begrüsst den Ausbau der eine dringende Notwendigkeit ist. Der Bedner schlägt vor, dass im Zusammenhang mit diesem Ausbau auch der Umbau der Kirche in Mauer erwogen werde. Die Kirche ragt tief in die Strasse hinein und bildet ein grosses Verkehrshindernis, das nun noch grösser wird, wenn die Strecke zweigleisig ausgebaut wird. Vertreter der Gemeinde Mauer haben schon vor einiger Zeit in dieser Angelegenheit in der Strassenbahndirektion vorgeschrieben. In Mauer besteht ein Kirchenbauverein, der seinen Teil zum Umbau beitrüge. Auch die Gemeinde Mauer wird einen entsprechenden Beitrag leisten. Es liegt nun auch bei der Strassenbahndirektion, dass sie ihren Teil dazu beiträgt, dass die Kirche umgebaut und damit ein grosses Verkehrshindernis beseitigt wird.

Der Referent erwärdert, dass er von dem Wunsche nach einem Umbau der Kirche schon gehört habe und dass die Beseitigung dieses Verkehrshindernisses immer zu begrüssen sei. Die Strassenbahndirektion hat aber noch keinerlei Unterlagen bezüglich der Pläne und der Kosten. Er werde dafür sorgen, dass sich die Strassenbahndirektion mit der Gemeindevertretung Mauer ins Einvernehmen setze.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

G.E. Alt (soc.-dem.) berichtet über den Ankauf der Häuser Antonsplatz Nr. 7 und 8 von den Eheleuten Potuscek gegen eine Leibrente von 230 Schilling monatlich.

G.R. Zimmerl (christl.-soz.) erklärt, dass sich die Hausankäufe jetzt sehr mehren. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen noch zwei weitere solche Hausankäufe gegen Leibrenten. Man muss sagen, dass hier wahllos und planlos vorgegangen wird. Das drückt sich auch in den Zuschusskrediten aus. Für die Ankäufe sind im Voranschlag des heurigen Jahres 20 Milliarden Kronen eingesetzt. Jetzt wird aber schon bei 30 Milliarden Kronen gehalten. Der vorgesehene Betrag ist also um 50 % überschritten. Es handelt sich bei diesen Ankäufen um rein spekulative Geschäfte, bei denen die Gemeinde ein doppelt gutes Geschäft macht. Sie spekuliert auf die Notlage der Hausbesitzer und bezahlt die Häuser dazu noch aus Steuergeldern. Die Spekulation auf die Notlage der Hausbesitzer muss man als eine Bewucherung armer Menschen bezeichnen. Der Ankauf der Häuser ist auch unverantwortlich. Statt in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise die Steuern zu ermässigen, legen Sie Steuergelder in Realitäten an. Es gab eine Zeit, in der Sie in Aktien spekuliert haben. Das haben wir Ihnen abgewöhnt. Jetzt beginnen Sie in Realitäten zu spekulieren. Die Hausankäufe zeigen aber auch, wie treu Sie Ihren Grundsätzen sind. Sie sind grundsätzlich gegen jedes arbeitslose Einkommen und gegen ein Erträgnis des Hausbesitzes. Wenn Sie aber dabei Ihr Geschäft machen, dann vergessen Sie Ihre Grundsätze. Reibach, Reibach über alles! Dabei ist es Ihnen am liebsten, wenn die Leute, von denen Sie die Häuser gegen Leibrenten kaufen, möglichst an die siebzig Jahre schon sind, damit sie nicht lange im Bezuge der Renten bleiben. Während Sie selbst Häuser kaufen, verhindern Sie auf der anderen Seite die Lösung der Aufwertungsfrage. Sie obstruieren alles, was den Wiederaufbau in Stadt und Land ermöglicht. Sie tragen daher auch die Verantwortung für die grosse Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Der Referent weist den Vorwurf der Bewucherung schärfstens zurück. Die Leute erhalten für ihre Häuser eine Verzinsung von 10%, die Sie sonst nicht bekommen. Die Hausherren schreien doch immer, dass sie von ihren Häusern nichts haben, dass sie verhungern müssen. In den Versammlungen wird verlangt, dass die Gemeinde die Häuser gleich ganz übernehme. Nun reden Sie von Wucher, wenn wir den Leuten, von denen wir Häuser kaufen, wenigstens eine Existenzsicherheit bieten. Oder wollen Sie vielleicht, dass die Wiener Häuser noch mehr in den Besitz des Auslandes übergehen, als es ohnehin schon der Fall ist. Es handelt sich bei den Ankäufen auch zumeist um Häuser, die einem schlechten Zustande sind. Viele Hausherren lassen allerdings ihre Häuser absichtlich verfallen, es ist das ein Bosheitsakt, um den Mieterschutz vielleicht auf diesem Wege umzubringen. Wir sind aber überzeugt, dass der Mieterschutz erhalten bleibt. Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir den Wiederaufbau angeblich obstruieren, so möchten wir doch die Bundesregierung fragen, was Sie gemacht hat. Ihr stehen, wie wir heute aus den Zeitungen hören, fast 5 Millionen Schilling zur Verfügung. Hat sie auch nur annähernd das geleistet, das die Gemeinde Wien geleistet hat. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Die Vorlage wird genehmigt.

Gemeinderat Grünfeld berichtet über die Schlussabrechnung der Bauführungen für die im Jahre 1924 errichteten Leichenhallen. Es wurden auf den Friedhöfen Neustift am Walde, Heiligenstadt, Sievering und Gross Jedlersdorf Leichenhallenbauten errichtet für die ein Zuschusskredit in der Höhe von 10.449.36 Schilling zu bewilligen ist.

Gemeinderat Müller (chr. soz.) erinnert an den Bau der Leichenhalle auf dem Südwestfriedhof und wünscht, dass dort ein Kühlraum errichtet werden soll.

Gemeinderat Grünfeld erwidert in seinem Schlusswort, dass die Arbeit der Leichenhalle auf dem Südwestfriedhof schon sehr weit fortgeschritten ist, dem Projekte des Kühlraumes aber sehr hohe Kosten gegenüberstehen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Gemeinderat Hüss berichtet über eine Subventionierung des Vereines Tiergartenschutz mit dem Betrag von 400 Schilling.

G.R. Angermayer (chr. soz.) erwidert, dass die Verwendung von Steuergeldern alles zu wünschen übrig lässt. Die Subventionierungspolitik der Gemeinde ist eine ausschliesslich parteipolitische, wie überhaupt die ganze Gemeindepolitik im Dienste der Partei steht. Es wird kein Beamter angestellt, der nicht Sozialdemokrat ist und auch die Wohnhausbauten werden nur für parteipolitische Zwecke aufgeführt. Im Fürsorgewesen herrscht eine geradezu terroristische Parteipolitik. Wie die Gemeinde bei den Subventionierungen vorgeht, das ist geradezu empörend. 99 % aller Vereine die subventioniert werden sind entweder freisinnig, wenn nicht gar sozialdemokratisch. Von der Existenz des Tiergartenschutzvereines weiss man nichts. Der Tiergarten gehört dem Kriegsbeschädigtenfonds die auch eine eigene Gutsverwaltung hat. Der Verein soll angeblich das Publikum erziehen und den Tiergarten beaufsichtigen. Da könnten sich auch Vereine bilden, die dasselbe im Volksgarten, im Schönbrunn und im Prater machen würden. Ich will den Verein nicht nahetreten und ersuche daher den Herrn Referenten um Bekantgabe was der Verein eigentlich bezwecke und welche Tätigkeit er bis heute entwickelt hat.

G.R. Hüss weist die Angriffe des Gemeinderates Angermayer auf die Subventionspolitik der Gemeinde zurück und erklärt, dass er alle ihre Beschuldigungen schon Jahre hindurch widerlegt. Der Verein Tiergartenschutz beschäftigt ein Aufsichtsorgan das, wenn ein Besucher zum Beispiel ein Papier wegwirft, das Papier aufglaubt und den Besucher das Ungehörige seines Betragens vorhält. (Zwischenrufe Verein zum Papier aufglauben!) Dafür sind Aufsichtsorgane da! An 19 Sammeltagen hat zum Beispiel der Verein 86 Säcke voll Papier, jeder Sack fünf Kilogramm schwer, gesammelt. Das Papier wird zwar wieder verwertet, die Kosten aber die das Aufsichtsorgan kostet - der Mann kosten jährlich 170 Schilling - werden dadurch selbstverständlich nicht hereingebracht. Auch geht der Verein jetzt daran an die Schulen eine Broschüre abzugeben (Zwischenrufe: Theater! Dazu sind die Lehrer nicht fähig, ein Skandal, wie sich die Kinder im Tiergarten verhalten sollen).

Der Antrag wurde hierauf angenommen.

G.R. Michal (soz. dem.) beantragt für die Herstellung einer Aufhängevorrichtung und für die Auflagerung für Kabel über die Friedensbrücke und die Abtragung des provisorischen Kabelsteiges einen Nachtragskredit von 44.000 Schilling, da mit dem vorgesehenen Betrag nicht das Auslangen gefunden wird.

G.R. Scholz (chr. soz.) wendet sich dagegen, dass die Projektierung und die Ueberschläge so mangelhaft gemacht werden, denn eine Ueberschreitung von 70 % sei durchhaus unzulässig. Auch die Bestreitung aus den Betriebsmitteln muss wieder wie schon oft bemängelt werden. Redner wendet sich dagegen, dass die Brücke jetzt auf einmal Friedensbrücke heisst und dass man den früheren Namen Brigittabrücke für unwürdig findet. (Zwischenruf des Stadtrates Kunschak: Das ist eine Fälschung, es gibt keine Friedensbrücke, wenigstens vorläufig nicht.) Durch 55 Jahre führte die Brücke diesen Namen und man weiss nicht, wer diese Namensänderung beschlossen hat. Man fragt einfach nicht den Gemeinderat. Da sieht man wieder, wie Sie etwas

Lokalgeschichte halten. Der Name Floridsdorferbrücke ist sachlich ganz richtig und gegen die Umbenennung der Ferdinandbrücke in Schwedenbrücke ist nichts einzuwenden. Es wäre doch interessant zu wissen, wer auf diese pfiffige Idee gekommen ist. Es kommt jetzt so heraus, als ob zwischen dem IX. Bezirk und dem XX. ein Kampf bestanden hätte! Nun hört man, dass die Brücke verkauft werden soll und sogar ins Ausland wandern wird. Redner verlangt die Verlegung der Brücke auf die Höhe der Scholzgasse und Seegasse.

weil dadurch eine wünschenswerte Verbindung zwischen Leopoldstadt und Alsergrund geschaffen wird und auch die Stadtbahnstation auf der Rossauer-Lände für den II. Bezirk leichter zugänglich wird.

G.R. Kiesa (chr. soz.) wünscht, dass die Brücke in den XI. Bezirk verlegt werde, damit endlich eine Verbindung mit dem Prater hergestellt wird.

G.R. Michal erklärt, dass seinerzeit nur vier Leitungskästen und Kabelkasten vorgesehen waren und nunmehr sechs zur Einrichtung gelangen, dadurch erklärt sich die Überschreitung des Präliminaries. Die Brückentabelle war einmal, die neue Brücke, die nach dem Krieg in Angriff genommen wurde hat mit der ehemaligen nichts mehr zu tun. Es liegt keine Notwendigkeit vor, die Bezeichnung, die vor 55 Jahren gewählt wurde, heute wieder zu wählen. (Gemeinderat Uebelhör: Dafür haben Sie keinen Sinn!) In der Brigittenau kommen die Namen schon im Brigittaplatz, in der Brigittgasse, in der Brigittenerlände vor. (Gemeinderat Jos. Müller: Das ist ja keine Kaiserin! (Stadtrat Kunschak: Wer hat das beschlossen? - Gemeinderat Preyer chr. soz.: Das ist wohl in der Republik Brigittenau beschlossen worden!) Anregungen aus der Bevölkerung werden vielfach beachtet und der Ausschuss für Bauwesen, in dem auch Ihre Leute vertreten sind, hat dem Antrag zugestimmt. (Gemeinderat Jos. Müller: Der Ausschuss hat kein Recht dazu! Nur der Senat oder der Gemeinderat können das). Der Referent erklärt, dass die Entscheidung, wohin die Brücke verlegt wird, erst beim Abbrüche erfolgen wird.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

St.R. Siegel beantragt einen Zuschusskredit von 20.000 S zur Deckung der Mehrkosten bei der Errichtung des Schwimmbad- und Luftbades im XVI. Bezirk nächst der Steinhofstrasse. Bei den Grabungen kam man auf den Fels und Grundwasser muss fortwährend ausgepumpt werden. Daraus erklären sich die Mehrausgaben.

G.R. Angermayer (chr. soz.) bemängelt, dass trotz stabilisierter Währung so ungenau budgetiert wird. Einmal stösst man auf einen Felsen, dann auf ein Grundwasser und hat so immer Ausreden für die ungenaue Budgetierung. Wieso kommt es zu den Ersparungen bei den Kinderfreibädern, die überaus notwendig und nützlich sind. Es geht nicht an dort zu baden, wo es nicht gestattet ist. Redner wünscht sodann eine Aenderung der Frauenschwimmstunden in den städtischen Bädern, die, weil sie meistens von neun bis zwölf oder von neun bis eins sind den erwerbstätigen Frauen daher die Benützung der Bäder verwehren. Er ersucht um Aenderung dieser Schwimmstunden.

In seinem Schlusswort verweist Stadtrat Siegel, dass man bei jeder Budgetierung auf eine Überraschung gefasst sein muss (Das haben Sie früher nicht geglaubt) Bezüglich der Einteilung der Badezeiten für die Frauen wird bei der Eröffnung des Amalienbades den Wünschen weitgehendst Rechnung getragen werden und überhaupt ein Abbau der berechtigten Klagen stattfinden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Weiters referierte Stadtrat Siegel über den Bau einer Kohlenpunkeranlage für das Jörgerbad in der Jörgerbadgasse und einer automatischen Kohlenförderungsanlage im Gesamtbetrag von 60.000 Schilling. Durch die Anlage dieser Kohlenbunkers werden viele Uebelstände abgeschafft. Die Kohlen wird viel näher zum Kesselhaus gebracht werden können und der Verkehr der elektrischen Strassenbahn, der bis jetzt durch das Kohlenaufladen behindert ist, wird dann überhaupt nicht tangiert werden.

G.R. Doppler (chr. soz.) verweist auf die Verunreinigung der

Eine Stromstörung in ganz Wien. Infolge eines plötzlich eingetretenen Defektes an einem 28.000 Volt-Transformators im Kraftwerk Simmering wurde das von diesem Werke gespeiste Hochspannungsnetz um 17 Uhr 20 Minuten spannungslos. Die Folge davon war, dass die Stromlieferung an die Stadtbahn und Strassenbahn in ganz Wien auf die Dauer von zehn bis fünfundfünfzig Minuten unterbrochen war. Auch Teile der Licht- und Kraftkabelnetze waren gestört. Bereits nach fünfzehn Minuten konnte ein Teil der Kabelstrecken wieder eingeschaltet werden. Um 18 Uhr 30 Minuten waren alle Anlagen wieder in Betrieb.

durch die sich dort befindliche Kehrlichtkiste.

In seinem Schlusswort führt Stadtrat Siegel aus, dass der Jörgerpark mit der Kohlenbunkeranlage nichts zu tun hat. Es werden von der Anlage nur auf dem Gehsteig Schachtdeckeln sichtbar sein, die es ermöglichen, in einigen Minuten die Kohle mittels Kippwagen in das Kesselhaus zu befördern. Bezüglich der Strassenverunreinigung verspricht Stadtrat Siegel die Strasse sofort in Augenschein zu nehmen und die verantwortlichen Organe zur Verantwortung zu ziehen.

Sodann wird der Antrag angenommen.

Ferner referierte Stadtrat Siegel über den Bauentwurf für den Wohnhausbau im 18. Bezirk, Weinhausergasse, Währingerstrasse, Innozenz Langgasse mit den erforderlichen Kosten von 2.720.000 Schilling nach den Plänen des Architekten Ingenieur Michael Rosenauer. Der Bau wird 209 Wohnungen enthalten, die modern eingerichtet werden. Der grosse Hof wird gärtnerisch ausgestellt.

G.R. Uebelhör (chr. soz.) kritisiert die oftmalige Gerüstaufstellung bei den Gemeindefohnhäusern Bergsteiggasse, Hernalserhauptstrasse und bezeichnet diese als unnütze Geldvergeudung.

In seinem Schlusswort bemerkt Stadtrat Siegel, dass bezüglich der Anbringung der Aufschriftstafeln an den Gemeindefohnhäusern die Weisung hinausgegangen ist, dieselben einheitlich zu gestalten, worauf der Antrag angenommen wurde.

St.R. Siegel berichtet über den Wasserlieferungsvertrag mit der Gemeinde Mödling. Der Wasserkonsum ist in Wien ausserordentlich gestiegen und daher muss die Gemeinde für eine klaglose Wasserversorgung die nötige Vorsorge treffen. Der Grundwasserstrom Moosbrunn bietet die Möglichkeit mit der Vergrößerung der Wasserzufuhr einzusetzen und daher ist der Wasserlieferungsvertrag mit Mödling ^{von} ausserordentlicher Bedeutung.

G.R. Bäber (chr. soz.) bemängelt einzelne Vertragspunkte so zum Beispiel, dass im § 5 die Gebühr eines Kubikmeters Hochquellenwassers mit 50 Groschen (in Gold) bezeichnet ist. Was soll das bedeuten? Sicher nur, dass sich die Gemeinde vor einer Entwertung sichert, wenn unsere Valuta wieder fallen sollte. Die Gemeinde aber soll zu unserer eigenen Währung Vertrauen haben. Er empfiehlt den Zusatz: In Gold, wegzulassen und vielleicht dafür eine Relation, zum Beispiel gegenüber dem Dollar zu setzen.

Im Schlusswort kommt St.-R. Siegel auf die einzelnen Anregungen zurück und bemerkt, dass alle Punkte im Einvernehmen mit dem anderen vertragschliessenden Teil beschlossen wurden. Lediglich in der Textierung des Vertrages sei er dafür, dass der Magistrat einzelne Aenderungen, die am Wesen des Vertrages nichts Wesentliches abändern, vornimmt, womit einem Wunsche des Vorredners entsprochen wird.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Speiser berichtet dann über die Kündigung des Uebereinkommens der Gemeinde Wien mit der Deutschen Kamillianer-Ordensprovinz über die Ausübung der Seelsorge im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz und im Versorgungsheim in Lainz. Eine Anzahl von Priestern und Katecheten hat sich an die Gemeinde Wien gewendet mit dem Ersuchen, dass man ihnen als Ergänzung ihrer Pension eine Seelsorgestelle in einer städtischen Humanitätsanstalt überlasse. Im Versorgungsheim versehen drei Mitglieder des Kamillianer Ordens und im städtischen Krankenhaus zwei Mitglieder dieses Ordens die Seelsorge. Es sind das Reichsdeutsche Priester. Das Uebereinkommen mit der Kamillianer Ordensprovinz soll nun gekündigt und die Seelsorge einheimischen Priestern übertragen werden.

St.R. Kunschak (chr. soz.) erklärt, dass die Gemeinde formal im Recht ist. Sie kann ohne Abgabe von Gründen den Vertrag dreimonatig kündigen. Die Kamillianer versehen seit vielen Jahren in schon den Dienst in beiden Anstalten und nie hat es irgend einen Anlass zu ernstlichen Beschwerden gegeben. Was etwa gegen sie vorliegen würde, geht, wie ich den Eindruck habe auf die systematische Arbeit des Freidenkerbundes in diesen Anstalten zurück. Wir haben schon wiederholt feststellen müssen, dass der Freidenkerbund und besonders sein Obmann

Hofrat Dr. Frantzl in den Gang der Verwaltung in diesen Anstalten eingegriffen und grosse Erregung hervorgerufen hat, die vermieden hätte werden können. Es scheint, dass der Freidenkerbund seine Haupttätigkeit in diese Anstalten verlegt. Daraus ist auch die Angeberei gegen die Kamillianer entstanden. Diese förmlichen Nachstellungen und Schnüffelereien und die daraus sich ergebenden Anzeigen an die Gemeinde Wien wurden aber nie, wie ich mich überzeugen konnte, zum Gegenstand einer wirklichen ernstlichen Untersuchung gemacht. Aktenmässig liegt auch nichts vor, und ich habe selbst mit den Kamillianern gesprochen und sie gefragt, ob sie jemals irgendwie zur Verantwortung oder Rechtfertigung gezogen werden sind. Das war nicht der Fall. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch eines hier feststellen, es ist einmal Gegenstand einer Beschwerde gewesen, dass man bei der Äusserung letzter Wunsch eine unzulässige Einflussnahme auf Kranke vornehme. Das konnte aber gar nicht festgestellt werden, und eine solche Sache ist auch sehr schwer festzustellen. Aber etwas anderes: Es ist erst einige Wochen her, dass man auf dem Steinhof einen Mann, der entmündigt war und schon zweimal nahe auf dem Steinhof als Kranker zugebracht hat, eine Erklärung unterschreiben liess, dass er wünscht verbrannt zu werden. Der Mann war Kirchenkammerer und gehörte zu den frömmsten Leuten im Bezirk. Wenn man also einen solchen Druck auf einen Menschen nicht als Seelenfängerei im schlimmsten Sinne des Wortes bezeichnet, was ist dann überhaupt Seelenfängerei. Es ist dann eine förmliche Rauferei um den Leichnam entstanden, wobei schliesslich die Leute vom Freidenkerbund mit Unterstützung der Gemeindeorgane die Oberhand gewonnen und den Leichnam der Verbrennung zugeführt haben. Zum Schluss sprach der Redner den Wunsch aus, dass der Uebergang zu einem anderen System der Seelsorge nicht eine Verschärfung und eine Verschlimmerung der Verhältnisse in den beiden Anstalten herbeiführe, und dass die Verpflichtung der Gemeinde eine Seelsorge zuzulassen, nicht zur Faree herabsinke. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

St.R. Speiser erwiedert im Schlusswort, dass Kündigungen solcher Art bereits vorgekommen sind. Vor Kurzem hat erst ein Nonnenorden der Gemeinde Wien den Dienst gekündigt. Ich habe es absichtlich auch unterlassen, von irgendwelchen Beschwerden gegen die Kamillianer zu sprechen. Es sind verschiedene solche kleine Beschwerden vorgelegen, aber das Referat hat darauf nicht Bezug genommen, sondern sich lediglich von dem Gedanken leiten lassen, dass einige Priester eine Zubusse finden sollen. Herr Stadtrat Kunschak hat gesagt, dass die Freidenkerorganisation an den Humanitätsanstalten agitieren. Mir ist nichts da-

von bekannt, aber ich kann sagen, dass man in diesen Anstalten von anderen Agitationen hört, die nicht auf die Freidenker zurückgehen. Ich kann nur wünschen, dass der Friede sowohl für die Religiösen als auch für die freidenkenden Menschen in diesen Anstalten erhalten bleiben möge. Vielleicht wird die Uebernahme der Seelsorge durch Wiener Priester zur Erhaltung des Friedens in den Anstalten einiges beitragen. (Zustimmung bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird sodann angenommen und G.R. Thaller berichtet über eine Subvention des Vereines Zentralbibliothek im Ausmasse von 10.000 Schilling. Der Verein besitzt in Wien 17 Filialen und zwei in Niederösterreich. Er entlehnt jährlich gegen 5 1/2 Millionen Bände.

G.R. Dr. Alma Motzke (chr. soz.) wünscht die Subventionierung des Vereines Volkslesehalle, der heute sein 25 jähriges Bestandsjubiläum feiert. Der Verein besitzt 73 Büchereien, davon 43 in Wien. Er hat schon mehreremale um eine Subventionierung durch die Gemeinde angesucht, wurde jedoch immer abgewiesen. Sie stellt den Antrag, den Verein Volkslesehalle mit 10.000 Schilling zu subventionieren.

In seinem Schlusswort schlägt Gemeinderat Thaller vor, den Antrag der Stadträtin Dr. Alma Motzke der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

Sodann wird der Antrag angenommen und beschlossen, den Antrag Dr. Motzke der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

Die Sitzung wird um 8'20 geschlossen.

Ein Neues Wiener Kinogesetz. Da seit 1. Oktober 1925 die Theater- und Kinoangelegenheiten nach Gesetzgebung und Vollziehung in die Kompetenz der Länder fallen, hat der Magistrat den Entwurf eines Wiener Kinogesetzes ausgearbeitet. Es wird die Konzessionspflicht für alle ~~nicht~~ öffentlichen Vorführungen beibehalten. Die Verleihungsbehörde war bisher die Landesregierung, nur in Wien die Polizeidirektion. Da die Angelegenheit nunmehr Landessache ist, soll als Verleihungsbehörde der Wiener Magistrat fungieren mit Berufungsmöglichkeit an den Statssenat als Landesregierung. Im Sinne des Verfassungsgerichtshofentscheidungs bezüglich der Zensur enthält der Gesetzentwurf keine Zensurbestimmungen, wohl aber die Verpflichtung, jedem Film der Behörde vorzuführen. Der Film darf auf Grund dieser Vorführung nach dem Kinogesetz nicht verboten werden, es wird aber bloss eine Bescheinigung ausgestellt, die die Bestimmung zu enthalten hat, dass sie nicht eine behördliche Erlaubnis zur Vorführung beinhaltet und dem Inhaber nicht vor einer etwaigen strafrechtlichen Verfolgung aus Anlass der Vorführung schützt. Für Jugendliche, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird ein allgemeines Verbot des Besuches von Kinematographentheatern festgesetzt. Ausnahmsweise können gewisse Filme auch für diese Personen zugelassen werden. Hierüber entscheidet der Magistrat nach Anhörung eines Beirates, der vom Bürgermeister als Landeshauptmann aus Fachleuten auf dem Gebiete der Erziehungs- und Jugendfürsorge zusammengesetzt ist. Die Konzession muss in der Regel persönlich ausgestellt werden. Ihre Verpachtung bedarf der Genehmigung der Behörde. In die Verwendung mangelhaft ausgebildeter Operateure und die damit verbundene Gefährdung des Publikums zu verhindern, werden bestimmte Erfordernisse für die Kinooperateure festgesetzt. (Operateurprüfung und Lehrzeit). Die Bau-, feuer- und sicherheitspolizeilichen Vorschriften werden auf dem Verordnungsweg gewiesen. Im Gesetzentwurf wird auch die Vorführung von Stehbildern (Glas-) bildern mittels Skioptikon oder sonstiger Apparate geregelt. Sie bedarf wie bisher einer besonderen Bewilligung, jedoch nur dann wenn sie im Rahmen eines Erwerbsunternehmens geschieht. Hiedurch soll der lästige Zwang beseitigt werden, für Skioptikonvorführungen auch dann um eine Bewilligung anzusuchen, wenn sie im Zusammenhange mit einem Vortrage stehen. Durch das Gesetz wird die bestehende Kinoverordnung von 1912 für Wien ausser Kraft gesetzt.

**

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 160
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 22. Mai 1926

.....
Eine Reumannbüste vor dem Reumannhof. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dass im Strassenhof des städtischen Volkswohnhauses "Reumannhof" auf dem Margareten Gürtel eine Monumentalbüste des verstorbenen Bürgermeisters Jakob Reumann aufgestellt werde.

.....
Radiovortrag über die städtischen Sommerbäder. Montag, den 31. Mai 1926 hält um 18 Uhr Oberstadtbaust Ing. Johann Barousch einen Radiovortrag über die Wiener städtischen Sommerbäder.

.....
Autobus-Firmungsverkehr. An den beiden Pfingstfeiertagen, 23. und 24. Mai 1926, findet für die Firmlinge zwischen 8 und 11 und 13 und 16 Uhr ein Autobusseparatverkehr vom Stephansplatz zum Praterstern statt. Der Fahrpreis beträgt einheitlich für Erwachsene und Kinder 40 Groschen.

.....
Strassenbahnfahrpreis am Pfingstmontag. Montag, den 24. Mai, gilt der Sonntagsfahrpreis; es sind demnach an diesem Tage die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten und Fürsorgefahrtscheine ungültig.

.....
Bei schönem Wetter Leuchtbrunnen. Heber Auftrag des amtsführenden Stadtrates Siegel wird bei schönem Wetter am Pfingstsonntag und am Pfingstmontag der Leuchtbrunnen zwischen halb neun und halb zehn Uhr in Betrieb gesetzt werden.

.....
Keine Sitzungen im Rathaus. In der nächsten Woche entfallen die Sitzungen des Stadtsenates und des Gemeinderates.

♣

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur;
Karl H o n a y

161

Wien, am Dienstag, den 25. Mai 1926

.....
Sudetendeutsche im Rathaus. Heute vormittags erschienen etwa dreihundert Sudetendeutsche aus Müglitz in Nordmähren unter Führung des Heimatsverbandes der Müglitzer in Wien im Rathause, wo sie im Festsaal vom amtsführenden Stadtrat Richter begrüsst wurden. Stadtrat Richter verwies auf die umfassende Bautätigkeit der Gemeinde Wien nach dem Kriege und die seither geschaffenen Fürsorgeeinrichtungen, von denen ^{die} Gästen die Kinderübernahmestelle, ^{ferner} der Kindergarten Waldmüllerpark, das im Bau befindliche Amalienbad, der Fuchsenfeldhof, das Krematorium und der Zentralfriedhof im Laufe der nächsten zwei Tage ^{en} besichtigt werden. Bürgermeister-Stellvertreter Franz Leitner (Müglitz) dankte für den den Müglitzern bereiteten Empfang und schilderte die nationale Not der Deutschen in der Tschechoslowakei, ihren Kampf um die Schule und gegen das Bodenamt. Unter Führung des Rates der städtischen Sammlungen Dr. Wagner und des Skriptors Dr. Mück besichtigten die Fremden das Historische Museum und die Festräume des Rathauses.

.....
Jubilare der Ehe. In der vorigen Woche überreichte amtsführenden Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters die Ehrengabe der Gemeinde Wien zur goldenen Hochzeit den Ehepaaren: Ignaz und Kamilla Duschak, und VI., Gumpendorferstrasse 79 und Karl und Adelheid Wurzer, 19., Sievringerstrasse.

Wien, am Mittwoch, den 26. Mai 1926.

Eröffnung der städtischen Sommerbäder. Freitag, den 28. Mai werden mit

dem Strandbade "Gänsehüfel" auch alle übrigen städtischen Sommerbäder eröffnet. In fast allen Badeanstalten wurden heuer umfangreichere Ausstattungsarbeiten durchgeführt, von denen besonders die Errichtung einer Eisenbetonbrücke zum Gänsehüfel und die Erweiterung des Stradbades "Alte Donau" hervorzuheben sind. Die städtische Bäderdirektion macht besonders aufmerksam, dass mit der heurigen Badeaison auch in den städtischen Sommerbädern das Trinkgeldverbot eingeführt wurde. Die Angestellten stellen an alle Badegäste das höfliche Ersuchen, keine Trinkgelder zu verabfolgen.

Empfang Bayrischer Baugenossenschaftler. Heute vormittags wurden Vertreter des Verbandes der Bayrischen Baugenossenschaften, Gesellschaften und Vereine (E.V.), die sich auf einer Studienreise nach Oesterreich befinden um hier das Siedlungswesen und das System der Wohnhausbauten der Gemeinde zu studieren, von Vizebürgermeister Emmerling im Sitzungssaal des Stadtsenates begrüsst. Von dem Verbande, der einer der grössten unter den Baugenossenschaftsverbänden Deutschlands ist, waren etwa 50 Mitglieder unter Führung des Universitätsprofessors Dr. Busching (München) und des Regierungsrates Dr. Kampffmayer vom Siedlungsamt erschienen. Vizebürgermeister Emmerling verwies in einer kurzen Ansprache auf die Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohnhausbaues, wo heute nicht mehr das Privateigentum alles zu leisten im Stande ist und die Baugenossenschaften eingreifen mussten. Wir haben im Laufe der letzten Jahre mehr als 3500 Siedlungshäuser errichtet und unterstützen auf das kräftigste die Bestrebungen, zu einem eigenen Heim zu gelangen. Professor Busching verwies darauf, dass vor dem Kriege vielfach bessere Gesetze in Oesterreich bestanden, die besseren Häuser aber in Deutschland errichtet wurden. Das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien, das unter unsäglichen Schwierigkeiten zustande kommt, fordert die Bewunderung aller und findet in ganz Deutschland nirgends seinesgleichen. Nachahmenswert ist die innige Verbindung der Wohnungsfürsorge mit der kommunalen Fürsorge überhaupt, da ein grosser Teil der Wohnhausbauten auch Mutterberatungsstellen und sonstige Wohlfahrtseinrichtungen enthält. Die Grundlage jedes Wiederaufbaues ist das Heim ohne Heim gibt es keine Heimat und ohne Heimat keine Liebe zu Staat und Volk. Redner dankte für die Herzlichkeit des Empfanges und das grosse Entgegenkommen, das alle städtischen Behörden den Teilnehmern an der Studienreise entgegengebracht haben.

Empfang deutscher Pädagogen im Rathaus. Heute mittags wurden die Teilnehmer an einer Studienreise der pädagogischen Universitätsinstitute deutscher Städte im Sitzungssaal des Stadtsenates feierlich empfangen. Von den Universitäten Jena, Leipzig, Dresden, Mainz, Darmstadt und Hamburg wurden Professoren, Dozenten und Assistenten sowie eine grosse Anzahl von Hörern der pädagogischen Institute entsendet, die in einem achttägigen Aufenthalt Gelegenheit haben, das Wiener Schulwesen und seine Einrichtungen eingehend zu studieren. Schon in den letzten Tagen wurde den Teilnehmern Gelegenheit gegeben, die Bundeserziehungsanstalt in Traiskirchen, den Kindergarten im Waldmüllerpark, die Kinderübernahmestelle, den Fuchsfeldhof, das Pädagogische Institut sowie eine Reihe von allgemeinen Mittelschulen, das Gebäude des Zentralfortbildungsschulrates zu besichtigen. Zu der Begrüssung hatten sich eingefunden Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Stadträte Dr. Richter, Tandler, Siegel und Rummelhardt, Stadtschulratspräsident Glöckel, Regierungsrat Washuber, Landtagspräsident Zimmerl, viele Gemeinderäte und sämtliche Landes- und Bezirksschulinspektoren. Vizebürgermeister Emmerling begrüsst die Erschienenen auf das herzlichste und führte unter anderem aus, dass bei jedem Wiederaufbau das Fundament gut gelegt werden muss, soll das Werk gelingen. Eine politische Umwälzung hat es möglich gemacht, dass jeder der dazu berufen ist, an die nächsten Stellen im Staate vorrücken kann. Das er-

fordert aber, dass jeder das Beste leistet. Auf dem Gebiete des Schulwesens sucht die Gemeinde auch das Beste zu leisten, sie hat in ihren Etat den Betrag von vier Millionen Goldmark für das Jahr 1926 eingesetzt. Eine neue Methode stellt auch an die Lehrer ganz ausserordentliche Anforderungen, und wir sind bestrebt, die Ausbildung der Lehrer aufs Beste zu gestalten. Präsident des Stadtschulrates Glöckel begrüsst die Mitglieder und Hörer der fünf Universitäten und gab der Freude darüber Ausdruck, dass ein Lehrausgang in des Wortes bester Bedeutung über die Grenzen des Reiches unternommen wurde. Dadurch wird auch klar ausgedrückt, dass wohl ein Gewaltfrieden Grenzen ziehen kann, geistige Strömungen aber ungehindert hinüber und herüber fluten können. Wir fühlen uns als ein Reich und ein Volk. Wir begrüssen besonders die Jugend als die Trägerin eines gesunden Idealismus und einer Romantik, die sie sich gottseidank bewahrt hat. Wir können hoffen, dass sie sich diesen Idealismus bewahrt. Denn in einem so schweren Berufe wie dem des Lehrers ist er notwendig. Auf diese Jugend setzen wir unsere ganze Hoffnung, sie wird bessere Zeiten herbeiführen. Sie wird eine Welt aufbauen, die schön und geachtet sein wird als die heutige. Professor Petersen (Jena) drückte den Dank der 24 Professoren und 270 Hörer für den Empfang und die Gelegenheit zum Studium des Wiener Schulwesens aus. Keine Stadt Deutschlands hat es seit der Revolution wie Wien verstanden, unter Ueberwindung grosser Schwierigkeiten mit solcher Zielsicherheit zum Aufbau ihrer Einrichtungen zu schreiten. Hier kann man neue Kraft und neuen Antrieb für ähnliche Werke schöpfen.

Nach der Begrüssung gab die Stadt Wien den Gästen im Grinzingerkeller des Rathauskellers ein einfaches Mittagessen, wo Professor Seifert (Dresden) und Stadtrat Tandler humoristische Trinksprüche hielten. Darnach schloss sich eine Besichtigung des Rathauses und im Sitzungssaal des Gemeinderates ein Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Bühler über Psychologie und des Bezirksschulinspektors Theodor Steiskal über die Neugestaltung der Volksschule.

Schulschluss und Schulanfang an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen. Der Stadtschulrat teilt amtlich mit: Der letzte stundenplanmässige Unterricht findet im Sinne des Ministerialerlasses vom 12. Mai 1926 Samstag, den 10. Juli 1926 statt. Nach Schluss des Vormittagsunterrichtes werden die Zeugnisse und Schulnachrichten an die Schüler verteilt. Die Schüler einschreibungen werden in der Zeit vom 1. bis 8. Juni (ausgenommen Donnerstag, 3. und Sonntag, den 6. Juni) von 8 bis 12 Uhr vormittags am 7. und 8. Juni auch von 3 bis 5 Uhr nachmittags vorgenommen. Zur Einschreibung ist der Tauf- oder Geburtschein des Kindes, ein Heimatsnachweis und bei geimpften Kindern das Impfzeugnis mitzubringen. Die Einschreibungen jener Schüler, die eine öffentliche Volksschule in Wien nicht besucht haben, in die Bürgerschule erfolgen zwischen 8 und 11 Uhr vormittags am 11. September. Die Anmeldungen für den einjährigen Lehrkurs der Bürgerschulen (4. Bürgerschulklasse) finden am 8. und 9. Juli und am 20. und 21. September in den Kanzleien der in Betracht kommenden Bürgerschulen ebenfalls in der Zeit von acht bis 11 Uhr vormittags statt. Donnerstag, den 6. September haben sich alle Schüler um 9 Uhr vormittags zur Einteilung in die Klassen und zum Empfang der Lernmittel in ihren Schulen einzufinden. Freitag, den 17. September beginnt um 8 Uhr früh der regelmässige Unterricht. Die einjährigen Lehrkurse beginnen den Unterricht Mittwoch, den 22. September um 8 Uhr früh.

Eine Autographenausstellung im Rathaus. Die Direktion der städtischen Sammlungen veranstaltet anlässlich des Deutschen Bibliothekarstages eine Ausstellung der Stadtbibliothek in den Räumen des Historischen Museums unter dem Titel "AUTOGRAPHEN ZUR GESCHICHTE DER OESTERREICHISCHEN LITERATUR SEIT DER AUFKLÄRUNG". Die Ausstellung ist Freitag und Samstag von 9 bis 12 Uhr dann jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag zu den üblichen Besuchsstunden 9 bis 12 Uhr frei zugänglich. Zugang zur Abteilung III des Museums über die Festtreppe I des Neuen Rathauses.

E I N L A D U N G

zu der am Donnerstag den 27. Mai 1926 um halb zehn Uhr vormittags
stattfindenden

Pressereueberichtigung

der anlässlich des Deutschen Bibliothekartages von der Direktion der städtischen Sammlungen veranstalteten Ausstellung der Stadtbibliothek "AUTOGRAPHEN ZUR GESCHICHTE DER OESTERREICHISCHEN LITERATUR SEIT DER AUFKLAERUNG". Treffpunkt: halb zehn Uhr vor der Museumsabteilung III, Zugang über Feststiege I des Neuen Rathauses.

Die geehrte Redaktion wird eingeladen, zu dieser Beichtigung bestimmt einen Vertreter zu entsenden.

AUTOGRAPHEN ZUR GESCHICHTE DER OESTERREICHISCHEN LITERATUR SEIT DER AUFKLAERUNG.

Die von der Stadtbibliothek in den Räumen des Historischen Museums der Stadt Wien anlässlich des Deutschen Bibliothekartages veranstaltete "Autographenausstellung zur Geschichte der Oesterreichischen Literatur seit der Aufklärung" bietet von rund 300 österreichischen Schriftstellern Briefe, Gedichte und Manuskripte und vermittelt einen Einblick in die Handschriftenabteilung der Stadtbibliothek, die Rat Dr. Katann leitet, und die ein Literaturarchiv seltenen Umfanges umfasst. Es wurden nur Autographen aus den eigenen Beständen der Stadtbibliothek ausgestellt.

Die Ausstellung beginnt mit Briefen von Denis, Alxinger, Haschka, bietet ein interessantes Stammbuchblatt von Gieseke und Briefe von Perinet, Gleich und Hensler, führt zu H. Collin, Caroline Pichler und ihrem Kreis, bringt die Romantiker Friedrich Schlegel, Matthäus Collin und Zacharias Werner (von diesem eine bisher unbekannte Fassung seines Gedichtes auf den Stephansturm) und zeigt Originalhandschriften von Ferdinand Raimund, Bauernfeld, Grillparzer, Halm, Lenau (die erste Mitteilung der Schilflieder) Anastasius Grün, Selbstverständlich begegnet man Schreyvogel, Castelli, Vogl und Seidl und ihren zahlreichen Zeitgenossen, darunter auch Karl Beck, Moriz Hartmann, Betty Paoli. Mehrere Briefe sind von Franz Stelzhammer und Stifter zu sehen, von Josef Rank findet man das "Hoferkätzchen" ausgestellt. Von Johann Nestroy wird unter anderem die Handschrift von dem Stück "Zu ebener Erde und erster Stock" interessieren, die durch die systematische Mischung der schwarzen und roten Tinte auffällt. Von Hebbel wird eine unbekannte Abschrift der "Annes Bernauer" mit eigenhändigen Korrekturen gezeigt, von Kürnberger ein Manuskript zum "Schloss der Frevel"; Kaube ist mit mehreren Stücken vertreten, u. a. mit einem Apterabrief; ebenso sind Nissel, Weilen und Mossenthal vertreten. Die interessante erste Niederschrift der "Wiener Elegien" von Saar, die schönen Briefe von Robert Hamerling, ein Manuskript von Ebner-Eschenbach (Die Novelle "Ihr Beruf") mit Varianten, die Handschriften von Julius von der Traun, Ada Christen, Kompert und Franzos leiten zur neueren Zeit über, aus der Peter Rosegger mit einem Brief an Silberstein und seinem ersten Brief an Anzengruber und die Anzengruber Manuskripte zum "Pfarrer von Kirchfeld" und "Sternsteinhof" auffallen. Die Wiener Skizze ist in einem Niglerstück Ed. Pötzls und in Chiavacci vertreten, das Volksstück durch Karlweis, Costa, Hawel und ihre Vorfahren. Die Fülle von ausgestellten Namen aus dieser Periode lässt die Ausdehnung der literarischen Betätigung in der neuen Zeit offenbar werden.

Die Ausstellung reicht bis zur Gegenwart; man hat daher Gelegenheit die erste Niederschrift von Schnitzlers "Liebelein", einen Brief von Bahre über Saar, Proben von Peter Altenberg, I. Davis, Karl Schönherr, Jakob Wassermann, Philipp Langmann, eine Niederschrift von Hofmannsthals Molierebearbeitung der "Lästigen" und Beer-Hosmanns Moliere Rede in ihren Entwicklungsstufen, Gedichte von Richard Schaukal und Petzold, Jugendbriefe von Ginzkey, Zweig und Karl Kraus und das Originalmanuskript von Werfels "Bocksgesang" mit ausgestellten Varianten kennen zu lernen. Auch die bekannten Romanschriftsteller unserer Zeit wie Bartsch, Ertl (Jugendbrief), Handel-Mazzetti usw. haben ihren Platz gefunden.

Zum Verständnis der Ausstellung sei bemerkt, dass sie vom geographischen Begriffe des heutigen österreichischen Staatsgebietes ausgeht und mit ihren rund 300 Namen einen Einblick in die etwa 40.000 Nummern umfassende Handschriftenabteilung der Stadtbibliothek geben will, die ihre Stärke in der neueren österreichischen Literaturgeschichte hat. Die Wände des Ausstellungsraumes wurden durch Gemälde und Stiche aus dem Besitze des Historischen Museums geschmückt.

Anhangsweise sind in zwei Schaukasten ausserdem etwa 60 Autographen berühmter deutscher Dichter von Klopstock Wieland, Goethe, Schiller bis zu Dehmel, Arno Holz und die Brüder Hart ausgestellt, die geeignet sind, in die Bestände der Stadtbibliothek neue Einblicke zu geben.

Der Deutsche Bibliothekartag im Rathaus. Anlässlich des Empfanges der Teilnehmer am Deutschen Bibliothekartag und an der Jubelfeier der Nationalbibliothek in Wien hat das Redaktionskomitee des Städtewerkes "Das neue Wien", dessen Erscheinen unmittelbar bevorsteht, den Teilnehmern eine interessante Festgabe gewidmet, in der eine Darstellung der Wiener Stadtbibliothek aus der Feder des Rates Dr. Oskar Katann enthalten ist. Eine grosse Anzahl von auswärtigen Bibliotheken hat bereits ihr Interesse für das grosse Standwerk moderner Kommunalpolitik kundgegeben.

Wien, am Donnerstag, den 27. Mai 1926.

Strassenbahnverkehr zum Blumenkorso. Am Samstag, den 29. Mai nachmittags werden folgende Aenderungen im Strassenbahnverkehr vorgenommen werden: Die Linien A und AK werden zur Rotunde anstatt zum Luciaplatz geführt. In der Strecke zwischen Lagerhaus und Luciaplatz wird als Ersatz ein Pendelverkehr der Linie 21 eingerichtet. Die Linien 16, 24 und 25 werden von ihren Abfahrenden nicht zum Praterstern sondern nur bis zur Vorgartenstrasse geleitet. Als Ersatz für den Ausfall in der Lassallestrasse wird ein Teil der Züge der Linie 5 zur Reichsbrücke anstatt zum Volksprater geführt. Zur Verstärkung des Verkehrs zum Praterstern wird im Bedarfsfalle die Linie P (Ottakring-Thaliastrasse-Lerchenfelderstrasse-Ring-Schwedenplatz-Taborstrasse Heinestrasse zur Rotunde) eingelegt und die Linie 3 vom Nordwestbahnhof zum Volksprater verlängert. Als Verstärkung für den Verkehr zur Prater Hauptallee wird die Linie J2 von der Rettungsgesellschaft durch die Radetzkystrasse und Löwengasse zur Prater Hauptallee verlängert, die Linie H anstatt durch die Schüttelstrasse zur Friedensgasse durch die Wittelsbachstrasse zur Prater Hauptallee abgelenkt und eine Linie T TK (Hauptallee-Ring beziehungsweise Kai rund) neu eingelegt, die in der Fahrt vom und zum Kai durch die Radetzkystrasse und Löwengasse, in der Fahrt vom und zum Stubenring durch die Marxergasse geführt wird. Sämtliche über die Praterstrasse verkehrenden Züge werden über die Schwedenbrücke laufen; in der Aspernbrückengasse und über die Aspernbrücke wird der Strassenbahnverkehr gänzlich eingestellt sein.

Das Ergebnis der Kinderrettungswoche.

Zweihunderttausend Schilling gespendet.

Die Sammlung für das Wiener Jugendhilfswerk ist so ziemlich abgeschlossen. Das Ergebnis ist trotz der wirtschaftlichen Krise gegenüber dem Vorjahre gleich geblieben. Infolge der schwierigen Lebensverhältnisse sind allerdings die Anforderungen an das Wiener Jugendhilfswerk ausserordentlich gestiegen. Dazu kommt noch, dass der Bundesbeitrag für heuer, der ja voriges Jahr immerhin noch 65.000 Schilling betragen hat, vollständig entfällt. Es ist zu erwarten, dass sich das Ergebnis etwas verbessert, weil auch der Bankenverband und eine Reihe von Banken, die im Vorjahre Beiträge geleistet haben, noch keine Entscheidung getroffen haben. Bisher sind bloss vom Bankhaus Rothschild 3.000 Schilling eingelangt.

Das Sammelergebnis in den Bezirken ist folgendes:

Innere Stadt	13.000	Schilling
Leopoldstadt	13.000	"
Landstrasse	10.000	"
Wieden	9.000	"
Margareten	10.000	"
Mariahilf	8.000	"
Neubau	9.000	"
Josefstadt	5.000	"
Alsergrund	15.000	"
Favoriten	10.000	"
Simmering	4.000	"
Meidling	9.000	"
Hietzing	18.000	"
Rudolfsheim	5.000	"
Fünfhaus	5.000	"
Ottakring	10.000	"
Hernals	9.000	"
Währing	7.000	"
Döbling	7.000	"
Brigittenau	8.000	"
Floridsdorf	7.000	"

Das Wiener Jugendhilfswerk dankt den Bezirksvorstehungen, Fürsorgeinstituten, Fürsorgeräten, Hausbesorgern und den vielen sonstigen freiwilligen Helfern bestens für ihre uneigennützigte Unterstützung.

Wien, am Donnerstag, den 27. Mai 1926. Zweite Ausgabe.

Die Teilnehmer am Deutschen Bibliothekartag im Rathaus. Heute mittags wurden die Teilnehmer am Deutschen Bibliothekartag im Rathaus begrüsst. Im Sitzungssaal des Stadtseñates hatten sich eingefunden die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, Stadtrat Richter vom Bundesministerium für Unterricht Sektionschef Dr. Egon Loebenstein, die Direktoren Reuther und Dr. Stowasser und von den Teilnehmern am Bibliothekarstag: Dr. Christian Berghoeffer, Direktor in Frankfurt am Main; Dr. Hermann Escher, Direktor in Zürich; Hofrat Dr. Eduard Leisching, Wien; Professor Dr. Albert Schramm, Direktor des Buchmuseums in Leipzig; der Direktor der Deutschen Bücherei in Leipzig Dr. Heinrich Uhlendahl; Hofrat Dr. Max Vancsa, Wien; Professor Dr. Gustav Wahl, Hamburg; Professor Dr. Rudolf Wolk, Wien, ferner: der Direktor der Wiener Nationalbibliothek Universitätsprofessor Hofrat Dr. Bick, der Direktor der Universitätsbibliothek Regierungsrat Dr. G. A. Crüwall; Direktor Professor Dr. Richard Fick, Göttingen; sowie Staatsminister Dr. F. Schmidt-Ott, Berlin. Insgesamt waren etwa 300 Gäste erschienen. Vizebürgermeister Emmerling begrüßte die Erschienenen in herzlicher Weise und gab der Freude darüber Ausdruck, dass man den Deutschen Bibliothekarstag heuer in Wien abgehalten hat. Es ist ein glücklicher Augenblick, dass im selben Jahr der zweihundertjährige Bestand der Nationalbibliothek gefeiert werden kann. Wenn sich auch unsere Schätze mit denen Deutschlands nicht vergleichen lassen können, so ^{haben} wir doch mit unserer Nationalbibliothek ein gewaltiges Stück deutscher Kultur zur Pflege erhalten. Wir sind stolz darauf, in den Mauern unserer Stadt eine solche Bibliothek zu besitzen. Wir selbst verfügen über eine Bibliothek und über wertvolle Sammlungen. Wir sind bestrebt, beide des Ranges einer Weltstadt würdig auszugestalten. Neben den vielen Viennensia haben wir auch die übrigen Geisteserzeugnisse deutscher Zunge vertreten. Wir haben die Empfindung, dass sich die Menschen heute wieder mehr mit dem Buch beschäftigen und das Buch ist besonders geeignet, sie zu verinnerlichen. Wir hoffen, dass die Tagung, die sie in unserer Stadt abhalten, von bestem Erfolg begleitet ist und wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt.

Hierauf dankte Direktor Dr. Uhlendahl (Leipzig) für die herzlichen Worte der Begrüssung und merkte an, dass der Bibliothekarstag zum erstenmal auf österreichischen Boden abgehalten wird. Die Teilnahme daran ist überaus gross, sie übertrifft die an der Berliner Tagung gezählte Anzahl der Teilnehmer um mehr als die Hälfte. Die Berliner Tagung war in der Geschichte des Vereines Deutscher Bibliothekare, dem nunmehr auch die Oesterreicher angehören, bisher die grösste. Mit den Worten Eichendorffs "Vivat Oesterreich vivat Wien" schloss die Ansprache.

Die Gäste begaben sich hierauf in die dritte Abteilung des Historischen Museums, wo die von Direktor Reuther Rat der städtischen Sammlungen Dr. Oskar Katann und Dr. Wagner veranstaltete Ausstellung von "Autographen zur Geschichte der österreichischen Literatur seit der Aufklärung" eröffnet wurde. Die/Beamtin des Historischen Museums Dr. Biberhofer, Katann, Mück, Ortel und Wagner sowie Staatssekretär Schulz (Berlin) waren erschienen. Direktor Reuther erläuterte in einer Ansprache Umfang und Inhalt der Ausstellung.

Indessen war auch Bürgermeister Seitz erschienen, der durch eine Parlamentsberatung abgehalten gewesen war, und begrüßte die Deutschen Bibliothekare mit einigen herzlichen Worten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

165

Wien, am Freitag, den 28. Mai 1926

.....
Autobus-Schnellverkehr zum Gänsehüfel. An schönen Sonn- und Feiertagen werden in ganz kurzen Intervallen während der Badezeit städtische Automobile vom Praterstern zum städtischen Strandbad Gänsehüfel geführt. Die Fahrzeit vom Praterstern zum Gänsehüfel ist zehn Minuten. Fahrpreis wie im Vorjahr für eine Person für die einfache Fahrt dreissig Groschen, für die Hin- und Rückfahrt fünfzig Groschen.

.....
Verkehrsbeschränkungen in der Liniengasse. Der Wiener Magistrat hat wegen des schlechten Bauzustandes der Häuser in der Liniengasse verfügt, dass die Durchfahrt zwischen der Stumper- und Wallgasse, ferner durch die Seitengassen der Liniengasse gegen die Mittelgasse sowie durch die Strohmayergasse für Schwerfahrwerke gesperrt wird. Die Zu- und Abfahrt in diesen Gassenteilen und in der Strohmayergasse ist nur im Schritt gestattet. Lastkraftwagen dürfen die Liniengasse zwischen Bürgerspital- und Gfrornergasse sowie die Aegidigasse zwischen Linien- und Strohmayergasse überhaupt nicht befahren. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu zweihundert Schilling oder Arrest bis zu vierzehn Tagen geahndet.

.....
Feilbietung eines Lagerkellers der Gemeinde. Am Mittwoch, den 2. Juni um 2 Uhr nachmittags findet in Unter-Markersdorf 136 die gerichtliche Feilbietung eines Lagerkellers der Gemeinde Wien statt. Die näheren Bedingungen können beim Bürgermeisteramt Unter-Markersdorf eingesehen werden.

.....
Eröffnung des städtischen Wohnhausbaues "Hanuschhof". Bürgermeister Seitz wird am Sonntag um 11 Uhr vormittags in Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretung Landstrasse die neue grosse städtische Wohnhausanlage in der Lechnerstrasse-Dietrichgasse-Erdbergerlände eröffnen. Der Wohnhausblock ist bereits seit längerer Zeit bewohnt.

.....
John Galsworthy im Wiener Rathaus. Auf Einladung des Bürgermeisters Seitz erschienen heute im Rathaus der Dichter Galsworthy mit Frau und eine grosse Zahl von Vertretern der Wiener Kunst- und Theaterkreise. Es waren unter anderem erschienen der amerikanische Gesandte Dr. Henry Washburn, der grossbritanische Gesandte Viscount Chilston, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die meisten Stadträte, Polizeipräsident Dr. Scherber, Abgeordneter Sever, Präsident Glöckel, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Hofrat Dr. Leisching, Rektor Magn. Dr. Liu Luik, Dr. Arthur Schnitzler, Professor Reinhardt, Professor Georg Reimers, Direktor Körner, Frau Helene Thimig, Frl. Hilde Wagener, Gerda Reimers, Mary Mell u. s. w. Bürgermeister Seitz begrüßte in herzlichen Worten den Dichter und dankte ihm namens der Stadtverwaltung für den Besuch.

Wien, am Samstag, den 29. Mai 1926.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung einberufen.

Die städtischen Strassenbahnen auf der Verkehrsschutzausstellung.

Eigene Unfallverhütungswoche.

An der vom 5. bis 19. Juni in den Räumen des Oesterreichischen Museums für Kunst und Industrie, I., Spubenring 1 stattfindenden Verkehrsschutz-Ausstellung werden sich auch die städtischen Strassenbahnen beteiligen. In Oesterreich wird dadurch zum ersten Male grosszügig Aufklärungsarbeit auf dem Gebiete der Unfallverhütung in die Wege geleitet. Die Nachrichten über die Verkehrs- und Unfallentwicklung mit schon vorgeschrittenem Strassenbahnverkehr haben im Verein mit der aus der eigenen Unfallstatistik hervorgegangenen Erkenntnis dargetan, dass es nunmehr für uns an der Zeit ist, die warnende Stimme eindringlich zu erheben. Ueberall steigt die Zahl der Unfälle am Strassenverkehr und lassen als vorübergehende Ursache die grosse Sorglosigkeit und Unkenntnis des Publikums über die Gefahren des Grosstadtverkehrs erkennen. Nicht weniger als vier Fünftel aller Strassenunfälle sind auf unbedachtes oder unrichtiges Verhalten der Passanten zurückzuführen.

Zur Förderung der auf Verringerung der Unfälle ausgehenden Bestrebungen werden die städtischen Strassenbahnen vom 7. bis 13. Juni eine Unfallverhütungswoche durchführen.

Die Strassenbahndirektion hat bereits Winke für Strassenbahnfahrergäste, für Eltern, für Fussgänger, für Fuhrwerkslenker und Radfahrer ausgearbeitet, die anlässlich der Verkehrsschutz-Ausstellung in Druck gelegt werden. Sie lauten:

Winke für die Fussgänger.

Die Strasse ist für die Fahrzeuge da, für die Fussgänger ist der Gehsteig!

Auf dem Gehsteig gehe immer links und nicht zu knapp an dem Rande!

Überschreite die Strasse womöglich nur an Kreuzungen!

Gehe nicht schräg und nicht knapp vor oder hinter einen Strassenbahnzug oder Fuhrwerk über die Strasse und halte vorher Umschau!

Bis zur Mitte der Strasse blicke nach rechts und von da an nach links!

Winke für die Strassenbahnfahrergäste.

Erwarte den Zug oder den ^{Autobus} auf dem Gehsteig oder auf der Rettungsinsel!

Auf- oder Abspringen ist höchst gefährlich!

Auch bei stehendem Zuge beachte immer: "Rechte Hand an die vordere Griffstange, rechten Fuss auf das Trittbrett, Gesicht in der Fahrtrichtung!"

Bleibe nicht auf dem Trittbrett stehen!

Strecke weder Kopf noch Arme oder Fuss aus dem Wagen heraus!

Halte dich an!

Winke für die Eltern.

Lasst die Kinder nicht auf der Strasse spielen!

Halte ihnen immer die Gefahren des Grosstadtverkehrs vor Augen und warnt sie noch besonders vor dem Anhängen an ^{Strassenbahnzüge} oder Fuhrwerke!

Winke für die Fuhrwerkslenker und Radfahrer.

Schneide nicht die rechte Ecke!

Fahre nicht ohne zwingenden Grund auf dem Strassenbahngleis!

Übersetze nicht unmittelbar vor dem Herannahen eines Strassenbahnzuges das Gleis!

Bei Annäherung an Haltestellen, in denen Strassenbahnzüge stehen bleiben, halte an und lasse die Fahrgäste aus- und einsteigen!

In Strassen, in denen Strassenbahngleise liegen, fahre besonders vorsichtig ein!

Radfahrer, hänge dich nicht an Strassenbahnzüge an!

Französische Fussballer im Rathaus. Heute vormittags erschienen im Wiener Rathaus die Mitglieder des französischen Fussballverbandes. Sie wurden im Sitzungssaal des Stadtsenates in Vertretung des Bürgermeisters von Stadtrat Richter begrüsst, der insbesondere auf die völkerverbindende Macht des Sportes verwies. Vizepräsident Gevain (Paris) dankte namens der Gäste für die Begrüssung und betonte ebenfalls die völkerverbindende Tendenz der verschiedenen Sportdisziplinen. In Vertretung des Oesterreichischen Fussballbundes sprach Präsident Pantucek, der die Gäste in der Stadt Wien herzlich willkommen hiess. Unter sachkundiger Führung besichtigten die ausländischen Sportsleute sodann die Räume des Rathauses und die Sammlungen der Stadt Wien.

Radiovortrag über die städtischen Sommerbäder. Am Montag um 6 Uhr abends spricht Oberstadtbaurat Ingenieur Barousch am Radio über die Wiener städtischen Sommerbäder.

Eröffnung von städtischen Jugendhorten. Der Wiener Gemeinderat hat beschlossen, in einer Reihe von städtischen Wohnhausanlagen Jugendhorte zu errichten. Nun sind einige dieser Bauten fertiggestellt worden und es werden in den nächsten Tagen die darin untergebrachten Jugendhorte der Benützung übergeben. Es sind vorläufig vier Horte, die zur Eröffnung gelangen. In Simmering wird in der Grillgasse ein Jugendhort mit zwei Abteilungen eröffnet. In Favoriten/in der Van der Nullgasse, in Währing in der Paulinengasse und in Döbling in der Felix Mottlstrasse städtische Jugendhorte mit je zwei Abteilungen eröffnet werden. In den kommenden Monaten wird abermals in einer Anzahl von städtischen Neubauten durch die Errichtung von Jugendhorten eine zweckmässige Unterbringung der Kinder ermöglicht.

Koch- und Haushaltungsschule der Gemeinde Wien. Für das Schuljahr 1926/27 werden jetzt die Einschreibungen entgegengekommen. Auskünfte täglich von 10 bis 11 Uhr, Samstag von 10 bis 13 Uhr in der Kanzlei in Mariahilf, Brückengasse 3 oder in der Zweigstelle auf der Landstrasse, Petrusgasse 10.

Wien, Samstag, den 29. Mai 1926, Zweite Ausgabe.

Die Eröffnung der Kinderabteilung der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe.

Der Gemeinderat hat mit seinem Beschlusse vom 16. Juni 1925 eine Abteilung für lungenkranke Kinder in der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe genehmigt. Zunächst wurde am 5. November 1925 eine Abteilung ~~von~~ für 100 Kinder eröffnet. Ursprünglich gehörten die Objekte zu dem vom niederösterreichischen Landesauschusse im Jahre 1907 als Mittelstandssanatorium für Geistes- und Nervenranke errichteten Anstalt. Nach dem Trennungsgesetze vom Dezember 1921 gingen sie an das Land Wien über. Die geeigneten Baulichkeiten und Einrichtungen des ehemaligen Sanatoriums wurden sodann allmählich für eine Heilstätte für Leichtlungenkranke weiblichen Geschlechtes verwendet. An dem Betrieb dieser Heilstätte, die seit Mai 1925 belegt ist, wurde nunmehr die Kinderabteilung angeschlossen. Der ^{Normal-}Belag beträgt derzeit in der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe insgesamt 320 Betten, davon 100 für Kinder. Zur Eröffnung hatten sich eingefunden: Bürgermeister Seitz die amtsführenden Stadträte Weber und Professor Dr. Tandler, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Oberstadtphysikus Dr. Böhm, der Dekan der medizinischen Fakultät Hofrat Wasicky, Mehrere Bezirksvorsteher und viele Gemeinderäte und Bezirksräte, die leitenden Beamten und Direktoren der Wohlfahrtsanstalten.

Universitätsprofessor Dr. Tandler wies/darauf hin, dass die Tuberkulose als eine vor allem in Wien hausende Krankheit bekannt ist, sodass man sogar von einem Morbus vindobonensis spricht. Gerade hier musste sich ein System der Tuberkulosebekämpfung entfalten, das heute überall anerkannt wird. Wir trachten die Jugend ^{jenseits jenes} Augenblickes zu erfassen, wo es keine Heilung mehr gibt. Von den in die erste Klasse eintretenden Kindern wurden heute 13.000 untersucht, und es zeugt für das Verständnis der Eltern, dass sie die Kinder dieser Tuberkuloseuntersuchung zuführten. Die Tuberkulose hat sich in Wien nicht vermehrt, weil wir mehr Anstalten dafür haben, wir behandeln ^{heute} um hundert Prozent ^{Erkrankte} als früher. Die Aufklärung dringt in weitere Kreise und wir geniessen das volle Vertrauen der Bevölkerung, das ^{wir} zu unserer Arbeit brauchen. Beim Besuche dieser Anstalt wird jedermann die Ueberzeugung gewinnen, dass wir alles daran setzen, die Verheerenden Wirkungen dieser Krankheit zu bannen.

Bürgermeister Seitz dankt dem amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler und seinen Mitarbeitern für die Idee und die Durchführung dieses Werkes. Viele Beobachter der neuen Formen der Fürsorgeorganisation Wiens und insbesondere solche, die aus dem Ausland zum Studium nach Wien kommen, preisen oft diese Aktionen als ein humanitäres Werk guter Menschen. Nun, wir haben nicht den Ehrgeiz vor allem als gute Menschen zu gelten, wir fühlen uns als Krieger und Kämpfer gegen einen der gefährlichsten Feinde: die Tuberkulose. Diese Krankheit befällt allerdings zunächst Personen, die an Mangel an Nahrung, an Kleidung, an Wohnung und Schlaf leiden, sie ist eine Proletarierkrankheit. Aber die Bakterien machen auch vor den Türen der Besitzende nicht halt, die Tuberkulose wird zu einer Volksgefahr und ist daher im allgemeinsten Interesse mit allen Mitteln zu bekämpfen. Wien ist wohl die erste der Millionenstädte, die ihre Tuberkulosefürsorge auf neuer Grundlage aufbaut. Der Bürgermeister gedenkt aller der Männer, die dieses Werk geschaffen haben und erklärte die Anstalt für eröffnet.

Sodann führten Kinder einen von der Lehrerin Brandl einstudierten Reigen auf, worauf die Besichtigung der Küchenanlage, der Kinderabteilung der Schule, die für die Kinder eingerichtet ist und wo sie täglich Unterricht empfangen, unter der Führung des Direktors Dr. Poindecker erfolgte.

Wien, am Sonntag, den 30. Mai 1926

Die Eröffnung des Hanusch-Hofes durch Bürgermeister Seitz. Heute vormittags wurde der grosse, 434 Wohnungen umfassende Bau der Gemeinde Wien an der Erdbergerlände-Dietrichgasse-Lechnerstrasse, feierlich eröffnet. Die Bewohner hatten schon am Samstag abends die Fenster, Erker und Schaufflächen mit Blumen, Tannenreisig und Fahnen geschmückt und festlich beleuchtet. Der halb kreisförmige Hof, der ein um einen Meter vertieftes Rasenparterre von Bäumen umsäumt und mit einer Bruchsteinmauer eingefriedet, aufweist und als Kinderspielplatz dient, war besonderes festlich dekoriert. Hier hatten sich heute vormittags viele Gäste eingefunden. Mit Bezirksvorsteher Lahner waren nahezu alle Mitglieder der Bezirksvertretung Landstrasse erschienen, ferner die Nationalräte Otto Bauer und Rieger, Bundesrat Müller, die Stadträte Breitner, Professor Tandler, Weber, Siegel und Richter die Gemeinderäte Dr. Danneberg.

Die Eröffnungsfeier wurde mit einem Chor der Landstrasser Sängerkörpers eingeleitet. Stadtrat Siegel begrüßte den Bürgermeister, besprach die Entwicklung dieser grossen Wohnhausanlage, dankte dem Planverfasser Architekten Oerley und allen Mitarbeitern für die Mühe und bat den Bürgermeister den Bau zu eröffnen. Den Gruss der Mieter überbrachte Neverkla, der in bewegten Worten für die Erlösung aus Wohnungselend und Wohnungsnot dankte. Bezirksvorsteher Lahner betonte in seiner Begrüßungsansprache die grosse kulturelle Bedeutung der von der Gemeindeverwaltung geschaffenen Volkswohnungen.

Stürmisch begrüßt ergriff nun Bürgermeister Seitz das Wort: In der Durchführung des grossen Programms des Wiederaufbaus von Wien, vor allem des Wiederaufbaues der Volksgesundheit, im Kampf gegen die Tuberkulose und andere Volkskrankheiten haben wir gestern auf der Baumgartnerhöhe im Wieerwald das neue Heim für tuberkulosgefährdete Kinder eröffnet. Im Zuge dieses Verfahrens eröffnen wir heute einen Wohnhausbau für ungefähr fünfhundert Familien, die bisher in den schrecklichsten Wohnverhältnissen gelebt haben. Es ist richtig; Was immer wir grossen bisher unternommen haben, es ist noch immer zu wenig, um der furchtbaren Wohnungsnot ein Ende zu machen. Auch in diesem Bezirk ist noch manches zu tun. Wir können mit Stolz sagen, dass die Gemeinde Wien unter den Millionenstädten Europas in der Wohnungsfürsorge vorangeht. Wir hören es immer wieder mit Stolz, wie alle Fachmänner, die aus dem Ausland zu uns kommen, über die Organisation unsere Wohnungsfürsorge sprechen. Aber wenn wir im Bau von Wohnungen und in der Wohnungshygiene an der Spitze marschieren, so sind wir in einer anderen Frage, die für die Durchführung eines grossen Wohnhausprogrammes die wichtigste ist, in der Frage der Expropriation, des Enteignungsrechtes, der aller rückständigste Staat. Es ist uns nicht gelungen ein Enteignungsgesetz durchzusetzen, das es uns ermöglichte, den Grund und Boden so zu verbauen, wie es notwendig ist. In dieser Frage versagt leider die Gewalt der Gemeinde. Die Regelung des Enteignungsrechtes ist eine Sache des Nationalrates. Wo wir aber im Rahmen unserer Machtbefugnisse den Kampf aufnehmen können, gegen das Wohnungselend und seine Begleiterscheinungen werden wir unser Werk fortsetzen. Wir werden das Versprechen, fünfundzwanzigtausend Wohnungen zu bauen vor Ablauf von uns gestellten Terminen einlösen und wir werden da-

mit alle Spötter und Defaitisten beschämen. Wir geben diesem Wohnhausbau den Namen eines Mannes der unvergänglich ist in der Geschichte Oesterreichs, vor allem in der Geschichte der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung. Wir weihen diesem Bau den Namen Ferdinand Hanusch. Wenn wir diesen Namen nennen taucht vor unserem geistigen Auge das alte Oesterreich auf, wir sehen den hungernden Webergesellen, zwölf, vierzehn, sechzehn Stunden im Tag arbeitend, sein dürftiges Stück Brot und Wurst essend, kaum einmal in der Woche ein Stückchen Fleisch, wir sehen vor uns die traurigen Gestalten der Webergesellen im nördlichen Schlesien und Mähren, bedroht von der Seuche des Alkoholismus und der Tuberkulose, dumpf in Elend verzweifelt. Nur ein Menschenleben hat es gedauert von damals als Hanusch als junger Webergeselle in Schlesien aufwuchs bis heute wo wir sein Andenken feiern. Der Arbeiter von damals, der vom Elend zermürbte Proletarier hat heute in Wien die Kraft durchzusetzen, dass solche Bauten errichtet werden können. Der Proletarier hat sich aus der elenden Hütte befreit, er hat aus sich selbst erst den Menschen gemacht. So soll dieses Haus ein Symbol sein des Aufstieges zu höheren Kultur, zur Zivilisation. Wenn wir dieses Haus nach unserm Freund Hanusch benennen, so deshalb, weil wir in ihm die Verkörperung sehen, jener Kraft und Stärke, die die Massen des Volkes emporführen wird aus den Niederungen von heute. Möge dieser Bau den fünfhundert Frauen und Müttern, den Kinder ein glückliche Zukunft bedeuten, mögen die Mütter in diesem Bau ihre Kinder zu wahrhaft glücklichen, echten Wienern erziehen.

Die Rede des Bürgermeisters wurde mit grossem Beifall und Hochrufen auf die Gemeindeverwaltung aufgenommen.

Es wurde nun von den Kindern mit Musikbegleitung Reigen getanzt und Lieder gesungen. Die Gäste besichtigten dann einzelne Wohnungen, die Badeanlagen, die zentrale Wäscherei, die Tagesheimstätte für Kinder, die Volksbibliothek und den städtischen Kindergarten.

Wien, am Montag, den 31. Mai 1926.

.....
Die Fortführung der Mittelschulreform. Der Stadtschulrat für Wien teilt
amtlich folgendes mit:

Da es im Hinblick auf die bevorstehenden Einschreibungen an den Mittelschulen notwendig war, unverzüglich Klarheit darüber zu schaffen, welche Mittelschultypen zu Beginn des kommenden Schuljahres in Wien den Eltern zur Verfügung stehen werden, wurde nach eingehenden Verhandlungen zwischen den beteiligten Faktoren am 29. Mai über die Fortführung der Mittelschulreform eine Vereinbarung getroffen. Ihr zufolge werden diejenigen humanistischen Gymnasien, deren erste Klasse im laufenden Schuljahre noch nach dem alten Lehrplan eingerichtet waren, auch weiterhin nach diesem Lehrplan geführt werden.

Alle anderen Wiener Knabenmittelschulen erhalten einen gemeinsamen vierklassigen Unterbau, entsprechend dem an mehreren Schulen bereits in Erprobung stehenden Lehrplan der Deutschen Mittelschule. Diese Umgestaltung, ^{die} im Schuljahr 1926/27 mit der ersten Klasse beginnend und dann stufenweise ansteigend durchgeführt wird, ermöglicht es den Eltern, sich im dritten Schuljahr für Latein oder eine lebende Fremdsprache zu entscheiden, während die endgültige Entscheidung über die Wahl der Obermittelschule erst nach Abschluss des vierten Schuljahres zu treffen ist. Es werden verschiedene zur Hochschulreife führende Oberschulen humanistischer und realistischer Richtung zur Verfügung stehen, darunter auch eine altsprachliche Type (mit Latein und Griechisch).

Die Bundesanstalten für Lehrerbildung, die durch die Ausgestaltung der Lehrerbildung ihren unmittelbaren Wirkungskreis eingebüsst haben, werden in allgemein bildende, zur Hochschulreife führende Schulen umgewandelt und zwar besteht die Absicht, die Lehrerinnenbildungsanstalt in der Hegelgasse sowie die Lehrerbildungsanstalt in der Kundmann-
gasse in Deutsche Oberschulen, die Lehrerbildungsanstalt in der Hegelgasse in ein humanistisches Gymnasium umzuwandeln. Die Aufnahmebedingungen für diese Anstalten werden im einzelnen noch bekanntgegeben werden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur; 170
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 31. Mai 1926- Zweite Ausgabe.

.....
Jubilare der Ehe. Im Laufe der vorigen Woche überreichte amtsführender
der Stadt Wien
Stadtrat Richter in Vertretung des Bürgermeisters die Ehrengabe/zur Golde-
nen Hochzeit den folgenden Hochzeitspaaren: Rudolf und Katharine Prinz,
II. Aprikanergasse 5, Emmerich und Katharine Janauscek, III., Beatrixgas-
se 28, Josef und Marie Wagner, VII., Bandgasse 31, Bartholomäus und Pet-
ronella Nesiba, X., Quellenstrasse 12, Johann und Leopoldine Theissl,
X., Triesterstrasse 11, Friedrich und Anna Urein, XIII., Gurkgasse 11,
Peter und Therese Dedic, XVI., Grundsteingasse 6, Johann und Leopoldine
Karner, XVI., Ottakringerstrasse 49 und Georg und Magdalena Molzer, XXI.,
Wimpffengasse 23.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsaus-
schuss für technische Angelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung be-
schlossen, folgenden Strassenzügen an Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung
die öffentliche elektrische Beleuchtung einzuführen: in Rudolfsheim in
der Märzstrasse von der Huglgasse bis zur Gurkgasse, in Floridsdorf in der
Erzherzog-Karl-Strasse und in Meidling auf dem Gaudenzdorfer Gürtel
zwischen der Eichenstrasse und Herthergasse und in der Gartenanlage
auf den Gründen des ehemaligen Hundstürmer Friedhofes. Insgesamt gelangen
102 Stück hochherzige Halbwattlampen zur Neuinstallation. Die Kosten für
diese Arbeiten sind mit 70.000 Schilling vorgesehen.

.....
Stipendien der Gemeinde Wien. Im Studienjahr 1926/27 gelangen für Schüler
der Wiener Obermittelschulen (Obergymnasien, Oberrealschulen und sonstigen
Obermittelschulen, die dieselben Berechtigungen zum Besuche von Hochschu-
len gewähren), der Wiener Lehrerbildungsanstalten, der Wiener Staatsgewer-
beschulen, des Wiener Technologischen Gewerbemuseums, der Wiener Handels-
Akademien mit Öffentlichkeitsrecht, der Kunstgewerbeschule des österrei-
chischen Museums für Kunst- und Industrie, der Bundeslehranstalt für Tex-
tilindustrie und der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien meh-
rere von der Gemeinde Wien errichtete Stipendien von je 180 Schilling
jährlich und für Hörer der Wiener Universität, der Wiener Technik, der Wie-
ner Tierärztlichen Hochschule, der Hochschule für Welthandel, der Hoch-
schule für Bodenkultur, der Akademie für Musik und darstellende Kunst, der
Akademie der bildenden Künste und der akademischen Spezialschule für Me-
dailleurkunst gleichfalls mehrere von der Gemeinde Wien errichtete Sti-
pendien von je 300 Schilling jährlich nach den hiefür bestehenden allge-
meinen Vorschriften und unter nachstehenden besonderen Voraussetzungen und
Bedingungen zur Verleihung. Zum Genusse dieser Stipendien sind nur unbe-
mittelte öffentliche Schüler und Schülerinnen und ordentliche Hörer und
Hörerinnen der genannten Lehranstalten berufen. Privatisten an Mittelschu-
len und ausserordentliche Hörer an Hochschulen sind von der Beteiligung mit
einem Stipendium ausgeschlossen. Unter sonst gleichen Bedingungen haben
nach Wien zuständige Bewerber den Vorzug. Die mit der Würdigkeitsbestätigung
der Schulleitung und dem Nachweis der österreichischen Staatsbürgerschaft
versehene Gesuche sind bis längstens 21. Juni unmittelbar beim Wiener
Magistrat, Abteilung 8 (Neues Rathaus) einzubringen. Dem Gesuche sind beizu-
schliessen: Geburts-(Tauf-)schein, Heimatsschein, die Studiennachweise der
beiden letzten Semester, allenfalls auch Prüfungs- oder Frequentations-

zeugnisse; Hörer der Technischen Hochschule haben überdies das vorge-
schriebene Einheitenverzeichnis beizubringen; legale Mittellosigkeits-
zeugnis, aus dem die Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse des
Einschreiters und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, besonders
auch der allfällige Genuss von Stipendien, Freiplätzen usw. des Bewerbers
oder seiner Geschwister zu ersehen sind. Die mit einem Mittellosigkeits-
zeugnisse belegten Gesuche sind stempelfrei. Die Stipendien werden Mit-
telschülern für eine Zeit verliehen, die zur Vollendung ihrer Studien
an der Mittelschule bei normalem Studienfortgang erforderlich ist. Hoch-
schülern jeweils auf ein Jahr, jedoch kann das Stipendium in der Regel
bis zur Vollendung der Studien alljährlich wieder verliehen werden, falls
nicht besondere Gründe dagegen sprechen.

.....
Die Förderung des Badens und Schwimmens. Seit einer Reihe von Jahren wer-
den der Schuljugend alljährlich vom Gemeinderatsausschuss für technische
Angelegenheiten im Bezug auf das Baden und die Erteilung des Schwimm-
unterrichtes in den städtischen Badeanstalten, besonders in den Sommerbä-
dern (Schwimm-Ström- und Strandbädern) weitgehendste Begünstigungen bewil-
ligt. Auch im heurigen Jahre werden diese Begünstigungen der Schuljugend
mit Einschluss der Mittelschüler und der Lehrlingsfürsorgestellten in vol-
lem Umfang gewährt. In insgesamt 39 städtischen Badeanstalten werden die
Kinder gegen sehr niedrige Preise und unter Mitwirkung der verschiedensten
Jugendfürsorgevereine ohne jedes Entgelt ein Bad nehmen und Schwimmunter-
richt erhalten können. Die Gemeinde sucht mit der grosszügigen Förderung
des Badens und Schwimmens eine der ihr auferlegten sozialhygienischen
Pflichten zu erfüllen.

*